

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ANDREAS PREDÖHL

Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise

HERMANN MAU †

Die „Zweite Revolution“ — Der 30. Juni 1954

HANS ROTHFELS

Zur Krise des Nationalstaats

THEODOR ESCHENBURG

Franz von Papen

HEINRICH STUEBEL

Nationalsozialismus in Südwestafrika

DOKUMENTATION ZUR MASSENVERGASUNG

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel

Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Andreas Predöhl* . . . Die Epochenbedeutung der Weltwirtschafts-
krise von 1929 bis 1951 97
- Hermann Mau* † . . . Die „Zweite Revolution“ — Der 30. Juni 1934 119
- Hans Rothfels* . . . Zur Krise des Nationalstaats 138

MISZELLEN

- Theodor Eschenburg*. Franz von Papen 155
- Heinrich Stuebel* . . . Die Entwicklung des Nationalsozialismus in
Südwestafrika 170

DOKUMENTATION

- Augenzeugenbericht zu den Massenver-
gasungen 177

NOTIZEN 194

BIBLIOGRAPHIE 25

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51 / 52;
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15 / 9 23 32 —
Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement
(4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

ANDREAS PREDÖHL

DIE EPOCHENBEDEUTUNG DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE VON
1929 BIS 1931

Die Fragestellung des Wirtschaftswissenschaftlers gegenüber wirtschaftlichen Vorgängen ist eine andere als die des Historikers. Ihn interessiert weniger das individuelle Geschehen als solches, als das generelle Phänomen, das sich in ihm zum Ausdruck bringt, weniger die Geschichte als die Theorie. Unter Theorie verstehen wir dabei allerdings nicht nur den funktionalen Zusammenhang der wirtschaftlichen Größen, also das ökonomische Gesetz im engeren Sinne, sondern auch die historische Abstraktion im Sinne des Idealtypus Max Weberscher Prägung, die wir im Gegensatz zum Gesetz im engeren Sinne als Gestalt begreifen können. Dem Historiker leistet die Wirtschaftswissenschaft damit Vorarbeit, indem sie die Grenzen wirtschaftlichen Geschehens aufzeigt, die durch Bindung sowohl an wirtschaftsgesetzliche Zusammenhänge als auch an entwicklungsgesetzliche Abläufe gezogen sind. Eine solche Hilfsstellung ist für den Historiker der modernen Zeit um so wichtiger, als die Wirtschaft im historisch-politischen Geschehen so ungemein an Gewicht gewonnen hat. Die eigentliche Aufgabe des Historikers bleibt davon unberührt, und der Nationalökonom wird seinerseits die Mannigfaltigkeit des lebendigen Geschehens nicht begreifen können, wenn er nicht die historische Forschung zu Rate zieht.

Für kein Ereignis gilt die Notwendigkeit der wechselseitigen Ergänzung geschichtswissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Forschung mehr als für die große Weltwirtschaftskrise von 1929/31. Alle Probleme der Weltwirtschaftspolitik der Gegenwart von Bretton Woods über Havanna bis zur Europäischen Zahlungsunion und zu den vielfältigen Bemühungen um die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa sind aus dieser Krise erwachsen, wie immer der zweite Weltkrieg das politische Gesicht der Welt revolutioniert haben mag. Jedes Urteil in weltwirtschaftlichen Fragen der Gegenwart ist bewußt oder unbewußt bestimmt durch ein Urteil über die Weltwirtschaftskrise. Hat sie nur einen Einschnitt in das wirtschaftliche Geschehen gebracht oder einen Umbruch begründet? Ist sie — vom Standpunkt

1 Zeitgeschichte 7

des Nationalökonomien — ein historischer Zufall oder ein Glied im entwicklungs-gesetzlichen Ablauf? Können wir an die Vorkrisenzeit anknüpfen oder sind wir gezwungen, neue Lösungen auf neuen Wegen zu finden?

1. Der Ablauf der Weltwirtschaftskrise

Der äußere Hergang ist schnell in die Erinnerung zurückgerufen. Ausgangspunkt war der Zusammenbruch der durch eine wilde Spekulation übersteigerten New-Yorker Börsenhausse im Oktober 1929. Dieser Zusammenbruch breitete sich über die Vereinigten Staaten aus, die mit einer weit übertriebenen Konsumfinanzierung dem Gedanken der stetigen Prosperity verhaftet gewesen waren. Die Kette depressiver Erscheinungen vom Preisverfall über Produktionsstockungen bis zur Massenarbeitslosigkeit rollte ab in jener typischen Verstärkung, die der spätkapitalistischen Entwicklung eigen ist. Krise und Depression sprangen auf die anderen Länder über, auf England vor allem über den Außenhandel, auf Deutschland über die Zerrüttung der Binnenmärkte. In den Strudel wurde der internationale Kapitalverkehr hineingerissen, zunächst und vor allem in Deutschland. Die deutsche Reichsbank verlor nach den Septemberwahlen von 1930 in wenigen Wochen mehr als eine Milliarde Reichsmark von ihren Gold- und Devisenbeständen. Sie konnte zwar bis Mai 1931 mit Hilfe auswärtiger Anleihen bei steigender Aktivität der Handelsbilanz und sinkenden Reparationszahlungen die Zahlungsbilanz noch im Gleichgewicht halten, im Mai 1931 aber setzte mit dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt die eigentliche Katastrophenphase der Krise ein, die in lawinenhaftem Rückzug der Auslandsgelder zum Ausdruck kam. Dem Run der Auslandsgläubiger folgte der Inlandsrun und der Zusammenbruch des deutschen Kreditgebäudes, nachdem sich die Reichsbank vergeblich nach allen klassischen Regeln der Kunst, zuletzt durch Erhöhung des Bankdiskonts auf 15 Prozent, dagegen gestemmt hatte.

Die Zwangsmaßnahmen, die alsdann in Deutschland ergriffen wurden, namentlich die Devisenbewirtschaftung und was damit zusammenhängt, sind bei ihrer Einführung genau so unvermeidlich gewesen wie für die meisten anderen Länder, die zu späterem Zeitpunkt zu ihnen gegriffen haben. Als am 13. Juli 1931 die Darmstädter und Nationalbank zusammenbrach, war die deutsche Wirtschaftspolitik mit ihren liberalen Methoden am Ende. Durch Notverordnungen vom 15. und 18. Juli und vom 1. August wurde der freie Devisenverkehr durch eine umfassende Devisenzwangswirtschaft ersetzt. Viel wichtiger für die Weltwirtschaft als Ganzes aber ist die Lage und Haltung Großbritanniens gewesen. England hatte keine Übersteigerung des Aufschwungs erlebt wie die USA.; das hätte schon die Überbewertung des Pfundes bei der Rückkehr zum Goldstandard im Jahre 1925 verhindert. Es wurde zwar von der Depression, namentlich in seinen strukturell besonders gefährdeten Ausfuhrindustrien schwer getroffen, es konnte aber eine regelrechte Deflation vermeiden und sich bis 1931 abwartend verhalten. Als aber die schwere Kreditkrise einsetzte und der Abzug der kurzfristigen Kapitalien begann, die sich in England niedergelassen hatten, wurde die britische Wirtschaftspolitik zur Entscheidung ge-

zwungen. Devisenrestriktionen hätten Englands Stellung als Kreditvermittler der Welt erschüttert. Es blieb also nichts anderes übrig, als den Goldstandard zu verlassen und das Pfund abzuwerten.

Die Aufhebung der Goldeinlösung der Bank von England erfolgte am 20. September 1931. Hier liegt der entscheidende Wendepunkt. Die liberale Währungspolitik hatte sich an den Automatismus der Goldbewegungen gehalten und orientierte Kreditausweitung und Krediteinschränkung am Pegelstand der Goldvorräte; die nun einsetzende autonome Währungspolitik richtete sich nach den wirtschaftspolitischen Zielen der einzelnen Staaten. An die Stelle stabiler Wechselkurse bei schwankenden Preisniveaus traten damit autonom bestimmte Preisniveaus mit schwankenden Wechselkursen. Die englische Devaluation ist der Ausgangspunkt für eine weltweite Welle von Abwertungen gewesen. Automatisch gingen die Länder mit Pfunddevisenwährungen, Britisch-Indien, Ägypten, Palästina und Irland mit. Es folgten Australien und Neuseeland, später auch Südafrika. Dazu kamen die skandinavischen Länder mit unterschiedlichen Abwertungssätzen, also unterschiedlichen Abstufungen auch gegenüber dem Pfund, wie denn die Gesichtspunkte einer währungspolitischen Autonomie in der Wechselkurspolitik überall ihren deutlichsten Ausdruck fanden. Auch Portugal, Finnland und Estland haben sich dem Pfunde angeschlossen. So ist jenes Gebilde entstanden, das bis zum zweiten Weltkrieg eine der charakteristischen Erscheinungen der autonomen Währungspolitik gewesen ist, der Sterlingblock.

Kanada schloß sich diesem Block nicht an. Es wertete zwar seinen Dollar mit dem Pfunde ab, lehnte sich aber nach Aufgabe des Goldstandards durch die Vereinigten Staaten an den amerikanischen Dollar an. Andere Länder sind dem Beispiel der Sterlingblockländer etwas später gefolgt, so Japan im Dezember 1933 und die Tschechoslowakei im Februar 1934. Noch krasser, weil willkürlicher als bei den Sterlingblockländern, trat die Wendung zur Autonomie in der Währungspolitik der Vereinigten Staaten zutage, die sich im März 1933 zur Abwertung entschlossen. Hier handelte es sich nicht um eine primär außenwirtschaftliche Maßnahme, sondern vielmehr um einen Akt der amerikanischen Binnenwirtschaftspolitik, der in engem Zusammenhang mit jenem System von Lenkungsmaßnahmen steht, die als New Deal die Wirtschaft der USA. bis kurz vor dem zweiten Weltkrieg bestimmt haben. Die Verminderung des Goldgehalts des Dollars diente dem Zweck der Preissteigerung. In Anlage und Durchführung sorgfältig vom Brain Trust in Washington eronnen, stellt sich die Devaluation des Dollars als ein Akt währungspolitischer Autonomie dar, wie er unabhängiger aber auch rücksichtsloser gegenüber der Goldwährung nicht denkbar ist.

In diesen Maßnahmen tritt schon klar zutage, daß die währungspolitische Autonomie keineswegs nur eine Reaktion gegen den Zusammenbruch des Goldwährungsmechanismus gewesen ist. Sie war zugleich, in den USA. sogar ausschließlich, eine konjunkturpolitische Reaktion gegen die Depression. Schumpeter¹ hat zwar über-

¹ Schumpeter, Joseph A., *Business Cycles. A theoretical, historical and statistical analysis of the capitalist process.* Two Volumes. New York and London 1939, S. 906 ff., S. 924 ff.

zeugend nachgewiesen, daß der Tiefpunkt der Depression in den wichtigsten kapitalistischen Ländern bereits im Sommer 1932 erreicht war, ehe die staatlichen Eingriffe wirksam werden konnten, so daß wahrscheinlich auch ohne sie die Wirtschaft wieder aus der Depression herausgekommen wäre. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Krise in allen Ländern Kräfte entfesselt hat, die mitbestimmend, ja entscheidend in die Depression eingegriffen haben. In England war es die Politik des billigen Geldes, in den USA. der New Deal, in Deutschland die dem New Deal sehr ähnlichen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, die mit den Papenschen Steuergutscheinen im Herbst 1932 schon begannen.

Dazu kommt nun, daß die einzige Gruppe von Ländern, die an der Erholung der Jahre 1932, 1933, 1934 nicht teilgenommen hat, diejenige gewesen ist, die sich unter Aufrechterhaltung des Goldstandards mit deflationistischen Mitteln den weltwirtschaftlichen Umstellungen anzupassen versucht hat. Das sind die Länder des sog. Goldblocks gewesen, Frankreich und in seinem Gefolge Belgien, die Niederlande und die Schweiz. Auch Polen ist ähnliche Wege gegangen. Dabei handelt es sich nicht um die monetäre Deflation, wie sie zwangsläufig alle Länder in den ersten Phasen der Depression erlebt haben, sondern um eine Deflation vermittelt direkter Eingriffe in das Preisgefüge, die die Anpassung an das weltwirtschaftliche Gleichgewicht mit konjunkturpolitischen Anreizen verbinden sollte. Es war das die gleiche Deflationspolitik, wie sie mit gleichem Mißerfolge in Deutschland schon Brüning um die Wende 1931/32 betrieben und wie sie mit echter Konsequenz nur ein Agrarland wie Polen hat durchführen können. Der Grund des Scheiterns lag darin, daß eine solche Deflationspolitik durch die Ungleichmäßigkeit der Prozedur nicht minder depressive Wirkungen auslöst wie eine monetäre Deflation, und daß andererseits die Anpassung an das weltwirtschaftliche Gleichgewicht durch die Abwertung anderer Länder immer wieder zunichte gemacht wurde. So haben auch Frankreich — und in seinem Gefolge die Niederlande und die Schweiz — 1936 unter gleichzeitiger Abwertung die Wendung zu autonomer Konjunkturpolitik vollzogen. Belgien war schon 1935 aus der Front der Goldblockländer ausgebrochen.

Die Depression war spätestens 1936 in allen Ländern wieder einem regelrechten Aufschwung gewichen. Wie dieser Aufschwung dann durch die nationalsozialistische Kriegsrüstung und in ihrem Gefolge auch in den anderen Ländern inflationistisch überspannt worden ist und was das für die Weltwirtschaft bedeutet hat, ist nicht das, was uns hier interessiert. Hier geht es um die Tatsache, daß die autonome Konjunkturpolitik, je konsequenter sie betrieben wurde, um so weiter vom Wettbewerbsautomatismus fortgeführt hat. Indem sie diesem die Funktion der Lenkung abnimmt, übernimmt sie auch die Steuerung des strukturellen Wachstums in ihrem autonomen Machtbereich. Damit aber schafft sie neue wirtschaftliche Tatbestände, die mit der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht verträglich sind und die in den alten Zusammenhang einzuordnen immer schwieriger wird.

Nun hat man allerdings, namentlich in England, die autonome Konjunkturpolitik zunächst nicht überspitzt. Die Rücksichtnahme auf die internationalen Wirtschafts-

beziehungen und die geschmeidige Anpassung der Sterlingblockländer hat es möglich gemacht, die Wechselkurse trotz autonomer Konjunkturpolitik verhältnismäßig stabil zu halten. Das Dreierabkommen zwischen den USA., England und Frankreich im Jahre 1936, das die Währungsfonds der beteiligten Länder zur Intervention im Interesse der Stabilität der Wechselkurse verpflichtete, hat wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen. Auch konnte gerade Großbritannien sich mit einer milden Konjunkturpolitik begnügen, nachdem es unter der Depression verhältnismäßig wenig gelitten und auch die Prozedur der Abwertung in denkbar bester Form überstanden hatte. Aber autonome Konjunkturpolitik bleibt autonome Konjunkturpolitik. Bei starken einseitigen Ungleichgewichten läuft auch der größte Währungsfonds leer. So hat Frankreich trotz Dreierabkommen infolge inflationistischer Währungspolitik mehrmalige Abwertungen nicht vermeiden können. Auch England ist seiner Autonomie verhaftet geblieben, selbst wenn man von dem kriegsbedingten Übergang zur Devisenzwangswirtschaft zunächst ganz absieht. Alle Bemühungen um echte Stabilisierung der Währungen sind in akademischen Erörterungen stecken geblieben.

Die deutsche Devisenbewirtschaftung hat die Autonomie auf die Spitze getrieben. Sie hat zwar an stabilen Wechselkursen festgehalten, die Quadratur des Zirkels, eine autonome Konjunkturpolitik bei stabilen Wechselkursen zu betreiben, aber selbstverständlich auch nicht lösen können. Vielmehr hat sie die Anpassung an das weltwirtschaftliche Gleichgewicht aus der Währungssphäre in die Preissphäre verlegt, indem sie bei formaler Aufrechterhaltung des Goldwertes der Reichsmark die Auslandspreise von Fall zu Fall entsprechend der Elastizität der ausländischen Nachfrage unter die Inlandspreise gesenkt hat. Diese Preisdifferenzierung erreichte das gleiche wie die Abwertung, nur in verfeinerter Form, und war mit großen Erfolgen verbunden. Sie führte aber noch konsequenter von den Normen der liberalen Weltwirtschaft fort als die Politik der Abwertungsländer. Dazu kamen alle möglichen Arten von Nebenwährungen, die eine partielle Abwertung in bestimmten Waren- und Länderbereichen bedeuteten, wie Askimark, Reisemark u. dgl. Alle diese Maßnahmen haben der alten multilateralen Weltwirtschaft vor allem dadurch immer mehr Abbruch getan, daß sie dem Bilateralismus im internationalen Austausch recht eigentlich den Boden bereitet haben.

Diese Entwicklung hat nun aber mit dem zweiten Weltkrieg kein Ende genommen. Im Gegenteil, sie hat sich erst recht, namentlich auch durch die Inflationen, die er entfesselt hat, immer stärker verbreitet. Immer mehr Länder sind zur Devisenbewirtschaftung übergegangen. Vor allem hat Großbritannien, das kurz nach Beginn des zweiten Weltkrieges den lockeren Sterlingblock in verkleinertem Rahmen zu einer festgefügtten Einheit („Area“) mit zentraler Devisenbewirtschaftung in London umgebildet hatte, am System der Devisenbewirtschaftung bis zum heutigen Tage festgehalten. Es gibt zwar einen mehr oder minder freien Devisenverkehr innerhalb des Sterlinggebietes, nach außen aber ist dieses Gebiet durch eine autonome Währungspolitik abgeriegelt, die nicht minder rigoros ist als die deutsche der dreißiger Jahre. In Kontinentaleuropa vollends hat sich die autonome

Konjunkturpolitik nach dem Kriege zunächst immer stärker entwickelt und immer weiter von der alten Weltwirtschaft fortgeführt.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929/31 hat also zwar in den meisten Ländern bis spätestens 1936 einem starken wirtschaftlichen Aufschwung Platz gemacht. Auch sind nach Überwindung der Kriegskonjunktur und ihrer Folgen keine schweren Rückschläge eingetreten. Vielmehr hat sich die Nachkriegsentwicklung unter dem Impuls und der Kontrolle autonomer Konjunkturpolitik, namentlich in den Vereinigten Staaten, ziemlich stetig vollzogen. Aber die Kehrseite der autonomen Konjunkturpolitik, die Desorganisation der weltwirtschaftlichen Ordnung, ist bis zum heutigen Tage nicht überwunden worden. Wir dürfen also mit Fug und Recht von einer chronischen Krise der weltwirtschaftlichen Struktur sprechen, die aus der Weltwirtschaftskrise im engeren Sinne erwachsen ist. Diese Strukturkrise zu überwinden, ist die weltwirtschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart. Ihr die Wege zu ebnen durch eine umfassende Analyse der Krise, die Ansatzpunkte für ihre Überwindung erkennen läßt, ist eine der dringendsten Aufgaben der Wissenschaft.

2. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise

Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise sind vielfach geschichtet. Nur ein Entblättern des komplexen Problems kann uns von der Oberfläche bis zum Kern hinführen. Die Krise war zunächst ein rein konjunkturelles Phänomen mit allen typischen Merkmalen des krisenhaften Umschwungs im Konjunkturzyklus. Unter konjunkturellen Krisen verstehen wir Zusammenbrüche der Wirtschaft, die sich aus dem Rhythmus der Wirtschaft selbst entwickeln, im Gegensatz zu Krisen, die durch äußere Einwirkungen auf die Wirtschaft entstehen, wie sie von jeher durch natürliche und soziale Katastrophen, wie Erdbeben, Mißernten, Kriege, Revolutionen hervorgerufen worden sind. Seit Clément Juglar im Jahre 1860 den Konjunkturzyklus entdeckt hat, wissen wir, daß sich die kapitalistische Wirtschaft in Wellenbewegungen entwickelt. Mit dem Aufschwung aus einer Art Gleichgewichtslage bilden sich in zunehmendem Ausmaß Ungleichgewichte, die schließlich den Umschwung in eine rückläufige Bewegung erzwingen. Dem Rücklauf folgt die Depression, in der sich die Wirtschaft fängt, um wieder in die Gleichgewichtslage einzupendeln, von wo sie sich unter neuen Impulsen zu einem neuen höheren Höhepunkt entwickelt. Die Umkehr ist oft, nicht immer, mit krisenhaften Zusammenbrüchen verbunden, in jedem Fall aber in regelmäßigen Abständen von 8 bis 10 Jahren aufgetreten. Für England ist der Konjunkturzyklus vom Beginn der industriellen Revolution ab, zum mindesten seit den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts statistisch nachgewiesen, für den Kontinent zum mindesten seit etwa 1840.

Es ist hier nicht der Ort, die Probleme der Konjunkturtheorie aufzurollen. Nur so viel sei hervorgehoben, daß heute Einigkeit darüber herrscht, daß der Zyklus nicht aus einer einzigen Ursache erklärt werden kann, wie es die rein monetären Theorien oder die Überproduktionstheorien versucht haben, sondern daß er einer Erklärung aus mehreren Ursachen bedarf. Einigkeit herrscht auch darüber, daß es sich nicht um einen gesetzlichen Ablauf strenger Observanz, sondern um einen

idealtypischen Ablauf handelt, der oft von politischen Ereignissen verzerrt und verschoben wird. Jeder einzelne Zyklus hat zudem seine historische Individualität und kann als solche nur mit Hilfe konjunkturtheoretischer und historischer Erklärung verstanden werden.

Schumpeter² ist dieser komplexen Natur der Zyklen am besten gerecht geworden. Er hat auch die überzeugendste Gesamterklärung gegeben, indem er den Aufschwung aus den „innovations“ erklärt; das sind neue Kombinationen der Produktionsmittel mit Hilfe zusätzlicher Kreditschöpfung durch geniale Unternehmer unter dem Impuls einmaliger Gewinnchancen. Sie kommen in dem Zeitpunkt zum Zuge, in dem die Wirtschaft wieder in die „Nachbarschaft des Gleichgewichts“ gekommen ist, so daß übersehbare Kalkulationen angestellt werden können. Sie äußern sich in neuen Produktionsmethoden, in der Produktion neuer Produkte, zumeist sogar in der Schaffung von neuen Industrien. Ihnen folgt der Schwarm der Mitläufer, bis der Impuls ausgelaufen ist. Je mehr sich der Welle des Produktionsaufschwungs eine zweite spekulative Welle überlagert, desto stärker wird die Tendenz zu krisenhaften Erscheinungen im Umbruch.

Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten den Ablauf der Wirtschaft vor der Börsenkrise von 1929, dann zeigt sie alle Züge eines Aufschwungs im Stile der Juglar-Zyklen. Während in Europa, namentlich in Deutschland, noch viele äußere Faktoren durch- und gegeneinander wirken, erweist sich die amerikanische Wirtschaft eindeutig als die Trägerin des weltwirtschaftlichen Konjunkturaufschwungs, und in ihr ist es vor allem die Automobilindustrie, die als innovation den Aufschwung in Gang gebracht hat. Die übermäßig starke spekulative Welle, die schon erwähnt wurde, hat zu jener Übersteigerung geführt, die recht eigentlich die Schwere des Zusammenbruchs erklärlich macht.

Nun hat man frühzeitig entdeckt, daß die Zyklen insofern in Serien auftreten, als einer Gruppe mit betonten Aufschwungsphasen eine andere mit betonten Depressionsphasen folgt. Spiethoff hat diese Gruppen zuerst erkannt und nach Aufschwungs- und Stockungsspannen unterschieden, ohne eine schlüssige Erklärung zu geben. Erst im Jahre 1926 hat der russische Statistiker Kondratieff entdeckt, daß unter den Mittelwellen Juglars — inzwischen hat man auch noch kürzere Wellen gefunden, die hier nicht interessieren — eine lange Welle schwingt. Die erste dieser langen Wellen datiert von 1787 bis 1842, die zweite von 1843 bis 1897, die dritte ab 1898. Sechs Juglar-Zyklen sind jeweils einem Kondratieff-Zyklus eingepaßt. Lagern sie auf einem Kondratieff-Aufschwung, dann werden ihre Aufschwungsimpulse verstärkt, ihre Abschwungsimpulse abgeschwächt; lagern sie auf einem Kondratieff-Abschwung, dann werden ihre Abschwungsimpulse verstärkt, ihre Aufschwungsimpulse abgeschwächt. Wenn also beide Zyklen in die gleiche Phase eintreten, verzeichnen wir die kumulativen zyklischen Effekte. Das ist bei drei Krisen der Fall gewesen: 1825, 1873 (in Deutschland die sogenannte Gründerkrise) und 1929.

² Schon in seinem frühen Werk: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. 1. Aufl. München 1912.

Diesen drei Krisen folgen die drei schwersten und längsten Depressionen, nämlich von 1825 bis 1830, von 1873 bis 1878 und von 1929 bis 1934 bzw. 1936.

Mit Recht macht Schumpeter, dem wir mit dieser Erklärung folgen, darauf aufmerksam, daß man ihr den Vorwurf der Tautologie machen könne, wenn sie nicht mehr bieten würde als eine statistische Beschreibung. Es wird ja nur eine konkrete Bewegung durch statistische Operationen in zwei Bewegungen auseinandergerechnet. Dieser Einwand entfällt aber, wenn wir für die einzelnen Zyklen die wirklichen historischen Ursachen kennen, die in der Tat eindeutig gegeben sind. Der erste Kondratieff-Zyklus ist der Zyklus der industriellen Revolution, so wie die einzelnen ihm eingelagerten Juglar-Zyklen von den einzelnen innovations dieser Revolution getragen werden. Der zweite Kondratieff-Zyklus ist der Zyklus des Eisenbahnbaus, seine Juglar-Zyklen repräsentieren die einzelnen Schübe vor allem des amerikanischen Eisenbahnbaus, die ja die eigentlichen Schrittmacher der kapitalistischen Expansion des vergangenen Jahrhunderts gewesen sind. Der dritte Kondratieff-Zyklus ist nach Schumpeter der Zyklus der Elektrizität, der Chemie und des Motors. Wir werden später noch sehen, daß und warum dieser Zyklus sich zunehmend kompliziert und verbildet. Wir können aber schlüssig folgern, daß die Krise von 1929 nicht nur eine normale, sondern eine verstärkte zyklische Krise, und daß sie nicht nur eine einfache, sondern eine doppelte zyklische Krise gewesen ist.

Das erklärt viel, aber es erklärt nicht genug. Warum ist in der Depression der Goldwährungsmechanismus zusammengebrochen? Wir wissen zwar, daß die Goldwährung schweren Erschütterungen nicht gewachsen und in Kriegszeiten regelmäßig suspendiert worden ist. Konjunkturellen Krisen aber war sie bisher noch nie zum Opfer gefallen. Im Gegenteil, sie ist recht eigentlich das Instrument gewesen, das den Automatismus der Überwindung der Krise gesteuert hat. Wir können den Zusammenhang zwischen der Krise und dem Zusammenbruch der Goldwährung nur begreifen, wenn wir die Verknüpfungen der konjunkturellen Wellen mit den strukturellen Veränderungen verstanden haben. Der Zyklus ist, wie wir schon festgestellt haben, kein beliebiges Auf und Ab, sondern die Form des Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft. Im Aufschwung setzt sich das Neue neben das Alte; auch die veraltete Technik, der ungünstige Standort, die überlebte Industrie kommen noch zum Zuge. Erst der Rückschlag wirft sich auf das Alte und schaltet es aus.

In den zwanziger Jahren nun hatte man dem Goldwährungsmechanismus eine Aufgabe aufgebürdet, der er nicht gewachsen war: die Disposition über die Milliardenbeträge der deutschen Reparationen und der interalliierten Schulden. Dadurch, daß man aus der kapital schwachen deutschen Wirtschaft große Kapitalbeträge herausholte und sie der kapitalstarken amerikanischen Wirtschaft, die ja der letzte Empfänger war, zuführte, verstärkte man das Gefälle zwischen dem hohen deutschen und dem niedrigen amerikanischen Zinsniveau. Dieses Zinsgefälle induzierte einen Strom amerikanischen Leihkapitals in das deutsche Kapitalvakuum, der fast in jedem Jahr nach Beendigung der deutschen Inflation größer war als die Summe der Reparationszahlungen. Dadurch wurden zwei Probleme gleichzeitig gelöst: das Problem der deutschen Kapitalbeschaffung und das Problem der Transferierung

der Reparationssummen. Aber die amerikanischen Kapitalien wurden überwiegend kurzfristig gegeben und langfristig angelegt. Daß eine so labile Kapitalbilanz überhaupt jahrelang bestehen konnte, ist nur dem starken Juglar-Aufschwung zu danken. Die Krise deckte den Strukturfehler auf. Als der Umschwung eingesetzt und die Depression begonnen hatte, erfolgte der Rückzug dieser Kapitalien und löste einen doppelten Zusammenbruch aus: eine Liquiditätskrise in der deutschen Wirtschaft und eine Transferkrise auf den Devisenmärkten.

Das soll nun beileibe nicht die Behauptung stützen, die Reparationen seien die Ursache der Weltwirtschaftskrise gewesen. Zweifellos haben sie eine wichtige Rolle gespielt, zweifellos sind sie dafür verantwortlich, daß der Goldwährungsmechanismus gerade im Spätsommer 1931 zusammenbrach. Unerklärt bleibt aber dann immer noch, warum er nicht wiederhergestellt worden ist. Zwar lag zunächst noch der Druck der Schulden wie ein Riegel vor dem Wiederaufschwung und verlängerte die Depression. Aber man hat die Reparationen bis auf den unbedeutenden Hoover-schein bald darauf liquidiert. Auch hat man sehr wohl erkannt, daß die Vorstellung, man könne Kriegsschulden großen Umfangs der automatischen Liquidierung durch den liberalen Marktmechanismus überlassen, diesen Mechanismus überfordert. Man hat demgemäß über die Sterilisierung der Schulden verhandelt, um die weitere Bedrohung der Währungen durch so gewaltige Kapitalüberhänge auszuschalten, und ja auch nach dem zweiten Weltkrieg die Nutzbarmachung der Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise als selbstverständlich erachtet.

Warum konnte man also trotz ernster Bemühungen den Goldstandard nicht wiederherstellen? Er ist ja auch im ersten Weltkrieg suspendiert und im September 1925 mit der Stabilisierung des Pfundes in seine alten Rechte wieder eingesetzt worden. Auch hat es bis an die Schwelle des zweiten Weltkrieges, wie wir schon angedeutet haben, nicht an Diskussionen und Verhandlungen zu diesem Zweck gefehlt. Fast möchte man sagen, daß die Auffassung, die Goldwährung sei die selbstverständliche Norm, zu der man so oder so zurückkehren müsse, zum mindesten von der Wirtschaftspraxis niemals in Frage gestellt worden ist. Erst wenn wir begriffen haben, warum diese Bemühungen keinen Erfolg gehabt haben, können wir die Frage beantworten, ob die Weltwirtschaftskrise einen nicht wieder umkehrbaren Prozeß eingeleitet hat oder nicht. Zu diesem Zweck müssen wir noch eine Schicht tiefer gehen.

Eigentlich bedarf bereits die Tatsache, daß man dem Goldwährungsmechanismus überhaupt die Aufgabe zugemutet hat, Kapitalbewegungen solchen Umfangs zu verarbeiten, einer zusätzlichen Erklärung. Wenige Jahrzehnte früher wäre ein solches Verfahren unmöglich gewesen. Die ausländischen Kapitalanlagen flossen vor dem ersten Weltkrieg aus vielen einzelnen privaten Quellen zu dem breiten Strom zusammen, der sich in die Neuländer ergoß. Heute ist dieser Strom ein Rinnsal geworden. Dagegen werden Milliardenbeträge vom amerikanischen Staat vergeben, die die gleichen Aufgaben erfüllen. Es hat sich ein Wandel der Haltung vollzogen, der grundlegend ist.

Mannigfaltig sind die Ursachen dieser Wandlung. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Weltkriege daran einen wesentlichen Anteil gehabt haben. Die staatliche Kriegswirtschaft, die zwangsläufig entwickelt werden mußte, hat über beide Kriege hinausgewirkt. Die Zunahme der sozialen Verpflichtungen hat dem Staat gewaltige Aufgaben aufgebürdet. Die politische Unsicherheit hat die private Initiative gehemmt oder doch zum mindesten in bestimmte staatlich geschützte Richtungen gedrängt. Aber auch abgesehen von all dem hat allein die technische Entwicklung die Aufgaben so sehr vergrößert, daß in vielen Fällen — man denke etwa an das Tennessee-Valley-Projekt — selbst die Kumulation privaten Kapitals in der Aktiengesellschaft nicht mehr ausreicht, ganz abgesehen davon, daß die Rentabilitätsbegriffe sich verschoben haben in dem Sinne, daß die Daten durch staatliche Setzung verändert werden.

Die Vielseitigkeit dieser Wandlungen und ihrer Ursachen soll uns hier nicht interessieren. Selbstverständlich müßten sie in einer historischen Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten fünf Jahrzehnte in ihrer ganzen Fülle berücksichtigt werden. Worauf es uns ankommt, ist zu zeigen, daß die Wirtschaft aus sich heraus Kräfte entwickelt hat, die zu dieser Wandlung führten. Der atomistische Wettbewerb der liberalen Zeit ist in zunehmendem Umfang entartet. Er entwickelte einerseits aus sich heraus in immer stärkerem Umfange Monopole, namentlich im Bereich der Großindustrie und des Großverkehrs. Auf der anderen Seite entartete er zum ruinösen Wettbewerb, nicht nur in den Kämpfen einzelner Machtgruppen — diese lösen sich ohnehin meist in Monopole auf —, sondern gerade auch im Bereich der Kleinbetriebe. Der Grenzproduzent, jener Produzent mit den höchsten Kosten, der bei gegebenem Preise gerade noch zum Zuge kommt, weicht nicht mehr aus dem Markt, wenn die Preise sinken. Typisch dafür ist die chronische Verschuldung der Landwirtschaft, typisch die Übersetzung der Binnenschifffahrt und vieler anderer Wirtschaftszweige, in denen handwerkliche Existenzen im Kleinbetrieb sich halten können.

Auch innerhalb dieser wirtschaftlichen Entwicklung sind die Ursachen mannigfaltig. Eine aber würde allein ausgereicht haben, um den Wandel der Marktbedingungen zu erzwingen. Sie bildet den zureichenden Grund für das Urteil, daß der Wandel unausweichlich war. Diese Ursache ist das Ende der Expansion. Die subtilen Funktionen des Mechanismus der freien Konkurrenz fanden unter der Herrschaft der Goldwährung überall in der Welt Ausweichmöglichkeiten. Der verdrängte Wettbewerber wurde nicht arbeitslos. Über andere Gewerbe und Zwischenstationen fand der Druck in jedem Fall den direkten oder indirekten Ausweg in das Neuland. Die Expansion gab dem atomistischen Wettbewerb recht eigentlich die grundlegende Voraussetzung, sie war das Ventil der liberalen Entwicklung. Sobald jedoch Land zum Preise 0 nicht mehr zu haben war, setzten die Stockungen und Hemmungen ein, die den bisherigen Mechanismus zum Erliegen brachten. Nicht als ob freier Wettbewerb nicht auch heute noch in weiten Bereichen der Wirtschaft wirksam und erwünscht wäre! Wir können sogar mit den Neoliberalen der Gegenwart sagen, daß der freie Wettbewerb gar nicht weit genug ausgedehnt werden

kann. Aber er ist nicht mehr imstande, das leitende Prinzip der Wirtschaft zu bilden. Die Politik ist nicht willkürlich in einen intakten Marktmechanismus eingebrochen, sondern ihre Eingriffe sind die Reaktion auf seinen Zusammenbruch.

Frühzeitig hat sich das Ende der Expansion angekündigt. Der Wechsel in der Zusammensetzung der amerikanischen Einwanderung war bereits ein sehr charakteristisches Vorzeichen. Während in den achtziger Jahren noch mehr als vier Fünftel der sog. alten Einwanderung zugehörte, die aus nord-, west- und mitteleuropäischen Siedlern bestand, hat sich das Verhältnis 25 Jahre später zugunsten der „neuen“ Einwanderung umgekehrt, die aus Ost-, Südost- und Südeuropäern bestand, die als Proletarier in den Städten blieben. Die USA. haben nach dem ersten Weltkrieg die Konsequenz gezogen, indem sie die Einwanderung bis auf relativ geringe Quoten abgedrosselt haben. Gewiß hat sich innerhalb der Vereinigten Staaten die Ausweichmöglichkeit in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts noch erhalten. Die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ventils aber ist erschöpft. Nicht als ob die neuen Länder nicht noch gewaltige Möglichkeiten für zusätzliche Menschen hätten! Aber sie haben sie nicht mehr nach den Spielregeln der liberalen Expansion.

Damit ist zugleich auch schon zum Ausdruck gebracht, daß die These vom Ende der Expansion nicht mit der neomarxistischen These von der Erstarrung des Kapitalismus auf Grund des Fortfalls akapitalistischer Räume verwechselt werden darf. Diese Lehre übersieht die ungeheuren Möglichkeiten intensiver Entwicklung der Wirtschaft auf gegebenem Raum, und zwar sowohl im Neuland als auch in den alten Ländern. Allein die gewaltige Entwicklung, die in den Vereinigten Staaten im zweiten Weltkrieg auf vielen Gebieten zu einer Verdoppelung der industriellen Produktion, ja geradezu einer zweiten industriellen Revolution geführt hat — sollte uns davor warnen, mit einer Erstarrung zu rechnen. Auch die augenfällige Regenerationskraft der vom Kriege zurückgeworfenen Industrieländer Europas sollte zu denken geben. Diese Entwicklung zeigt, daß die kapitalistische Dynamik keineswegs gebrochen ist, ja daß sie in intensiver Entwicklung noch größere Stärke entfaltet als zur Zeit der liberalen Expansion. Daß dabei staatliche Kräfte wirtschaftend und wirtschaftsfördernd mitwirken, ja daß die staatliche und die private Wirtschaftssphäre, kaum noch voneinander unterscheidbar, ineinander fließen, daß sich mithin der liberale Kapitalismus längst zu einem organisierten Kapitalismus, ja zum Staatskapitalismus gewandelt hat, — alles das ändert nichts an der Tatsache, daß es sich um die Fortsetzung einer Entwicklung handelt, die mit der liberalen Expansion begonnen hat.

Das zwangsläufige Ende des bisherigen Mechanismus dagegen erkennen wir am deutlichsten an der Entartung des Konjunkturzyklus. Während die Juglar-Zyklen des liberalen Jahrhunderts sich verblüffend modellgerecht vollzogen, zeigen die jüngsten Zyklen alle Züge des Verfalls. Hatte die Depression früher die legitime Aufgabe, die Wirtschaft in rückwärtiger Lage zu ordnen und zu neuem Aufschwung vorzubereiten, so führt sie nunmehr zur Dauerkrise und Massenarbeitslosigkeit. Gewiß hat es Arbeitslosigkeit auch im liberalen Jahrhundert in jeder Depression gegeben. Dabei handelte es sich aber meist nur um die sog. konjunkturelle Ar-

beitslosigkeit, die mit der Umschichtung der Produktion und der Überführung der Arbeitskräfte in neue Produktionen verbunden war. Bei großen Strukturwandlungen mag sich zwar auch damals schon neben der konjunkturellen eine strukturelle Arbeitslosigkeit gebildet haben. Dann hat sie aber, wenn auch nicht der laufende, so doch der nächste Zyklus aufgesaugt. Voraussetzung dafür waren bewegliche Preise bei freier Konkurrenz. Jetzt verhindern die Stockungen und Hemmungen die Wirksamkeit der automatischen Anpassung und verlängern und vertiefen die Depression.

Schumpeter bringt den langfristigen Wandel der Zyklen dadurch zum Ausdruck, daß er den zweiten Langwellenzyklus mit seinen Mittelwellen den Bourgeois-Kondratieff, den dritten Langwellenzyklus dagegen den neomerkantilistischen Kondratieff nennt. So klar damit der Unterschied zwischen staatlicher Enthaltensamkeit und staatlicher Intervention betont wird, so scheint uns die Bezeichnung „neomerkantilistisch“ doch nicht deutlich genug zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei der staatlichen Einmischung nicht um einen Faktor handelt, der von außen her den Wandel der Zyklen herbeigeführt hat, sondern um Kräfte, die aus der Wirtschaft heraus die Entartung des Mechanismus bewirkt und damit die staatlichen Eingriffe herausgefordert haben. Das zeigt sich besonders klar bei den Juglar-Zyklen des 20. Jahrhunderts, deren innovations geradezu in der Bildung und der Rationalisierung der Konzerne und Monopole bestehen. Am deutlichsten wird das bei der Neuordnung der deutschen Schwerindustrie in den zwanziger Jahren. Damit schafft der zyklische Aufschwung aus sich heraus geradezu die Bedingungen, die seine modellgerechte Weiterentwicklung stören und schließlich aufheben.

Selbst wenn, wie Schumpeters Forschungen nahelegen, die These von Keynes nicht zu Recht besteht, daß sich unter spätkapitalistischen Voraussetzungen regelrechte Gleichgewichte mit Unterbeschäftigung bilden, aus denen die Wirtschaft überhaupt nur mit staatlichen Mitteln herausgeholt werden kann, selbst dann bleibt die Tatsache bestehen, daß die Zerrüttungen in der Depression von 1931 ein Ausmaß angenommen haben, das die Wirtschaftspolitik sämtlicher großen Länder zum Handeln gezwungen hat. Wie immer diese Konjunkturpolitik beschaffen sein mag und wie prekär ihre Erfolge gewesen sein mögen, es gibt kein Land mehr, das sich dem Konjunkturzyklus gegenüber passiv verhält. Fast möchte man sagen, es gibt keine Konjunkturzyklen im alten Sinne mehr. Die Vereinigten Staaten haben zwar kurz vor dem zweiten Weltkrieg noch neue Rückschläge erlebt und eine regelrechte Vollbeschäftigung erst im Kriege erreicht, aber selbst Schumpeter sieht sich gezwungen, den letzten Mittelwellenzyklus vor dem zweiten Weltkrieg als „disappointing“ Juglar zu bezeichnen und damit den Wandel, den die Krise ausgelöst hat, anzuerkennen. Grundsätzlich ist seit 1931 an die Stelle der Passivität gegenüber dem Konjunkturzyklus die Vollbeschäftigungspolitik getreten.

Nun hat man natürlich auch vor der Weltwirtschaftskrise schon mit allen möglichen Mitteln der Arbeitslosigkeit zu begegnen versucht. Das sagt aber nichts gegen unsere These. Im Gegenteil, wir haben ja gerade betont, daß die Wandlungen, die die Weltwirtschaftskrise ausgelöst hat, sich Jahrzehnte lang vorbereitet haben. Im

Grunde war schon Englands Rückkehr zum Goldstandard im Jahre 1925 ein Atavisimus. Es hat sich aber bei allen diesen Vorkrisenmaßnahmen nur um Aushilfen gehandelt, die sich dem Wandel der Verhältnisse schrittweise anpaßten, ohne das Problem grundsätzlich neu zu stellen. Erst die Weltwirtschaftskrise hat das getan. Erst nach Ausbruch der Krise ist Keynes' „General Theory of Employment“ erschienen, die das Problem vor das Forum der Wissenschaft gestellt hat.

Auf der anderen Seite sind keineswegs alle Länder so weit gegangen, sich Vollbeschäftigung als letztes Ziel zu stellen. Wir werden sogleich noch darlegen, welche gefährlichen Konsequenzen die Vollbeschäftigungspolitik für die weltwirtschaftliche Ordnung und damit für die Vollbeschäftigungspolitik treibenden Länder selbst gehabt hat. Die Länder mit sog. liberaler Wirtschaftspolitik sind zumeist sogar ausdrücklich davon abgerückt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch diese Länder sich gezwungen sahen, eine autonome Konjunkturpolitik zu betreiben, die sich von der Vollbeschäftigung nur graduell unterscheidet und der Vorstellung von automatischer Vollbeschäftigung vollkommen entgegengesetzt ist. Jede weitere Diskussion und jede künftige Wirtschaftspolitik muß von der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung Kenntnis nehmen.

3. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise

Die sichtbarste Folge der Weltwirtschaftskrise für den Aufbau und das Funktionieren der Weltwirtschaft ist die Tatsache, daß die Staatsgrenzen eine grundlegende Bedeutung gewonnen haben. Solange das Wettbewerbsprinzip unter der Herrschaft der Goldwährung die Weltwirtschaft beherrschte, wurde sie überwiegend von ökonomischen Kräften gesteuert. Zwar ist auch die Goldwährung zu keiner Zeit eine internationale Währung im völkerrechtlichen Sinne gewesen, aber sie wirkte auf Grund ihrer Spielregeln, als ob sie eine Weltwährung sei. Kosten und Preise waren über die Staatsgrenzen hinaus durch einen ungestört funktionierenden Marktmechanismus verbunden. Zwar haben die Zölle, die an den Staatsgrenzen erhoben werden, auf den internationalen Austausch erheblichen Einfluß gehabt. Das Raumbild der Weltwirtschaft aber haben sie nur unwesentlich verzerrt. Kein einziger Staatsraum hat im liberalen Jahrhundert wirtschaftsraumbildende Kräfte entfaltet.

Wollen wir die Bedeutung des Einbruchs der Staatsgrenzen in die Weltwirtschaft begreifen, dann müssen wir uns zunächst, wenn auch nur grob schematisch, die räumliche Ordnung der Weltwirtschaft vor Augen führen³. Am einfachsten läßt sich diese Ordnung darstellen, wenn wir sie uns in der Entwicklung vorstellen. Sie beginnt mit der industriellen Revolution. Während die Baumwollindustrie ihr Schrittmacher war, hat die Eisenindustrie mit ihren kurzen Absatzradien in einem raumgreifenden Integrationsprozeß die übrige Industrie und mit ihr die Landwirtschaft konzentrisch auf sich ausgerichtet. Jetzt erst trat an die Stelle kleinräumiger

³ Vgl. besonders zur räumlichen Ordnung der Weltwirtschaft mein Buch „Außenwirtschaft (Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik)“. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1949.

wirtschaftlicher Kreisläufe jener großräumige Kreislauf, der die Wirtschaften der Welt zur einheitlichen Weltwirtschaft verband.

Die industrielle Revolution griff im Laufe des 19. Jahrhunderts auf den europäischen Kontinent über, zunächst auf Belgien und Nordfrankreich, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Westdeutschland, wo von den siebziger Jahren an die Produktionskurven der Eisen- und Stahlindustrie steil anstiegen. Der englische Industriekern, ursprünglich das einzige Zentrum der Weltwirtschaft, wurde dadurch zum Teilkern eines größeren europäischen Industriekerngebietes, das nun seinerseits als industrielles Gravitationsfeld die Weltwirtschaft konzentrisch um sich gruppierte. Intensive Landwirtschaft entwickelte sich zwischen und nahe den Industriekernen. Sie nimmt ab in Richtung auf die Randgebiete und weiter bis hin zu den extensiven Steppen- und Waldregionen der weltwirtschaftlichen Peripherie. Die Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion verlagerte sich in beträchtlichem Umfang nach Übersee.

Selbstverständlich wird dieser konzentrische Aufbau durch historische und geographische Einflüsse mannigfach verzerrt. Auch entstehen zahlreiche größere und kleinere Randkerne in dem Maße, wie das Ganze wächst. Diese Randkerne bilden ihrerseits wieder kleinere konzentrische Systeme, aber sie ordnen sich dem zentralen Gravitationsfeld ein. Auch der Austausch ordnet sich konzentrisch: er ist am dichtesten innerhalb der Kerngebiete selbst, wird weniger dicht zwischen Kern und Rand sowie zwischen Kern und Peripherie. Er ist ziemlich schwach zwischen den Randgebieten und entfällt nahezu ganz zwischen den einzelnen Bereichen der Peripherie. Es ist eine unikonzentrische, eine auf ein industrielles Gravitationsfeld ausgerichtete Weltwirtschaft, die sich im Zug der industriellen Revolution in der Integrationsphase der Weltwirtschaft herausbildet.

Aber die Wirtschaft wächst im 19. Jahrhundert gewaltig und breitet sich bei diesem Wachstum aus. Riesige Menschenmassen fließen aus Europa nach Übersee, 35 Millionen allein in das große, fast leere Reservoir der Vereinigten Staaten von Amerika. In dem Maße aber, wie sich die Siedlung im Neuland verdichtet, bilden sich unter dem Schutz der Transportkosten neue periphere Industriekerne, die sich zunehmend aus dem alten Gravitationsfeld lösen. So entstehen zunächst im Osten der Vereinigten Staaten neue schwerindustrielle Zentren. In dem Maße wie die Besiedlung in die reichen Gebiete des Mittelwestens vordringt, wächst am Südende des Michigansees wiederum ein neues schwerindustrielles Zentrum heran. Altkern und Neukern bilden schließlich wie in Europa eine neues großes industrielles Gravitationsfeld, das nun seinerseits die Wirtschaft konzentrisch um sich gruppiert mit zahlreichen kleineren Randkernen. Schon vor Ablauf des 19. Jahrhunderts beginnt das amerikanische Industriekerngebiet, das seither auch auf kanadischen Boden hinübergewachsen ist, in die Weltwirtschaft hineinzugreifen. Das europäische und das amerikanische Gravitationsfeld durchdringen sich wechselseitig und überschneiden sich mannigfach an der Peripherie.

Was sich im Zuge der Expansionsphase bis zum ersten Weltkrieg herausgebildet hat, ist mithin eine bikonzentrische Weltwirtschaft, denn in keiner anderen

Region der Welt hat sich eine ähnliche Konzentration entwickeln können. In den übrigen Bereichen der westlichen Kolonisation hat die Tiefe des Raumes nicht ausgereicht, um eine so tragfähige Landwirtschaft zu entwickeln, daß ein zentrales Industriekerngebiet sich hätte bilden können. In den menschengefüllten Räumen des Ostens aber ist die Landwirtschaft vor allem dank feudalistischer Fesseln nicht entwicklungsfähig genug gewesen, um eine starke Industrie tragen zu können. Sie sind über Randkerne im Einflußbereich des großen Gravitationsfeldes nicht hinausgekommen. Nur Japan hat eine industrielle Revolution im englischen Stil erlebt, jedoch ohne daß sich ein annähernd gleichwertiges industrielles Gravitationsfeld hätte bilden können. Ohne das asiatische Hinterland kann sich hier auch kein Industriekern entwickeln, der über die Bedeutung eines großen Randkernes hinausreicht.

Erst nach dem ersten Weltkrieg ist unter dem Impuls der bolschewistischen Revolution ein drittes großes und fast autarkisch abgeschlossenes Gravitationsfeld im sowjetischen Raum entstanden. Auch hier geht die Industrialisierung mit einer Rationalisierung der Landwirtschaft einher. Auch hier werden wie bei den übrigen Gravitationsfeldern schwerindustrielle Kerngebiete aufgebaut, die die übrige Wirtschaft konzentrisch auf sich ausrichten. Schon nach zehn Jahren hat die russische Eisen- und Stahlindustrie mit 18 Mill. Tonnen Rohstahl ein dreimal so hohes Potential aufgebaut, wie es Japan in vier Jahrzehnten erreicht hatte. Für die trikonzentrische Weltwirtschaft, wie wir sie heute vor uns sehen, ist in der Tat die Rohstahlkapazität besonders charakteristisch: sie erreichte 1950 90 Mill. Tonnen im amerikanischen, 60 Mill. Tonnen im europäischen und 30 Mill. Tonnen im sowjetischen Raum. Ihnen stehen in der ganzen übrigen Welt nur 10 Mill. Tonnen, also nicht viel mehr als 5 Prozent der Weltkapazität gegenüber, von denen etwa die Hälfte wiederum auf Japan entfällt.

Projizieren wir nun den Einbruch der Staatsgrenzen auf das Raumbild der trikonzentrischen Weltwirtschaft, dann erkennen wir, daß sich im amerikanischen und im sowjetischen Raum wenig verändert hat. Zwischen Atlantik und Pazifik, zwischen Arktis und Golf vollzieht sich der Austausch in der alten Ordnung. Der riesige Staatsraum der Vereinigten Staaten umfaßt ja nicht nur das industrielle Kerngebiet, sondern auch noch weite Bereiche seiner weltwirtschaftlichen Peripherie. Das gilt erst recht, wenn man in Betracht zieht, daß die kanadisch-amerikanische Staatsgrenze, die den nördlichen industriellen Rand und die nördliche und nordwestliche Peripherie abtrennt, nur eine ganz geringe ökonomische Bedeutung hat. Der außeramerikanische Außenhandel verursacht nur unerhebliche Störungen, da er nur einen kleinen Bruchteil der inneramerikanischen Austauschvorgänge ausmacht. Auch zwischen Pazifik und Ostsee, zwischen Arktis und indischer Grenze, also im sowjetischen Bereich, bleibt die alte Ordnung bestehen, hier sogar noch unbedingter, weil der Außenhandel überhaupt nicht störend hinzutritt.

Blickt man dagegen auf Europa, dann sieht man, daß die Staatsgrenzen mit ihren einschneidenden ökonomischen Wirkungen sich mitten hindurchziehen durch die dichtesten Austauschgebiete der europäischen Integration. Wie stark dieser Einfluß

ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß weit über die Hälfte des Außenhandels der europäischen Länder Handel mit europäischen Ländern gewesen ist; beim deutschen Außenhandel sind es sogar zwei Drittel gewesen. Und dieser innereuropäische Außenhandel betraf zur vollen Hälfte den Austausch von Grundstoffen, zu einem weiteren Drittel den Austausch von Fertigprodukten spezifisch nationaler und regionaler Begabung. Diese Arbeitsteilung war recht eigentlich die Grundlage, auf der die ökonomische Stellung Europas in der Welt beruhte. Nun hat sich zwar bis zum zweiten Weltkrieg der Anteil des innereuropäischen Austausches am europäischen Außenhandel nicht stark vermindert. Aber er ist, beherrscht vom Bilateralismus der deutschen Devisenbewirtschaftung, unökonomisch verzerrt worden, so daß die alte ökonomische Arbeitsteilung stark beeinträchtigt wurde.

Nach dem zweiten Weltkrieg vollends hat mit der Verstärkung der konjunkturpolitischen Autonomie ein reines Staatsraumdenken immer stärker um sich gegriffen. Jeder einzelne europäische Staat ging von einer engen Staatsraumplanung aus und ordnete seinen Außenhandel zusätzlich dieser Planung ein. Damit erst wurde die Abkehr von der ökonomischen Raumordnung der liberalen Zeit mit ihrer subtilen Arbeitsteilung und ihr Ersatz durch eine unökonomische Staatsraumplanung auf die Spitze getrieben. Man verfiel bei Kriegsende ja sogar dem Irrglauben, man könne das Zentrum des europäischen Gravitationsfeldes niederhalten und dennoch in den übrigen Räumen blühendes Leben entfalten. Als ob es überhaupt eine selbständige französische, holländische, deutsche Volkswirtschaft gäbe, nicht vielmehr nur Glieder eines integralen Ganzen, die auf Gedeih und Verderb genau so miteinander verbunden sind wie die Wirtschaft der amerikanischen Einzelstaaten! Das Ruhrgebiet ist von demselben Interesse für den Schweizer oder den holländischen Bauern wie für den deutschen; es ist sein eigenes europäisches Industriekerngebiet; es bedeutet für ihn das gleiche wie Pittsburgh oder Chicago für den amerikanischen Farmer in Ohio oder Wisconsin.

Vergleicht man die Desorganisation der europäischen wirtschaftlichen Raumordnung mit der vollendeten Rationalität der amerikanischen, in der jeder einzelne wirtschaftliche Betrieb am optimalen Standort steht, dann nimmt es nicht wunder, daß es eine europäische Dollarlücke gibt. Damit soll nicht behauptet werden, daß sie ausschließlich eine Folge falscher Raumökonomie sei. Natürlich spielen auch andere Faktoren mit, nicht zum wenigsten die Kapitalverluste, die Europa durch den Krieg erlitten hat, wenn sie auch durch die amerikanische Wirtschaftshilfe schon weitgehend ersetzt worden sind. Natürlich trägt auch die politische Abtrennung der östlichen Randgebiete zur Schwächung der ökonomischen Position Europas bei, wenn auch die Abhängigkeit der agrarischen Peripherie Europas vom industriellen Kern von jeher stärker gewesen ist als die Abhängigkeit des Kerns von der Peripherie. Auf jeden Fall aber ist die Desorganisation der Raumökonomie des Kerngebietes ein entscheidender Faktor der Dollarlücke.

Ebenso gilt aufs Ganze gesehen, daß ohne Wiederherstellung der Raumökonomie, zum mindesten im westeuropäischen Raum, das europäische Gravitationszentrum

seine alte Aufgabe in der tri-konzentrischen Weltwirtschaft nicht mehr erfüllen kann, ja zur Randzone der beiden übrigen Gravitationsfelder herabzusinken droht, mit allen Folgen, die das für den europäischen Wohlstand haben würde. Für den osteuropäischen Rand gilt das schon heute. Ein Absinken der europäischen Prosperität hat aber bei der engen Verflechtung der Weltwirtschaft auch Rückwirkungen auf die außereuropäische Wirtschaft einschließlich des amerikanischen Gravitationsfeldes. Selbstverständlich würde auch das sowjetische Industriekerngebiet starken Auftrieb erfahren, wenn es den autarkischen Abschluß aufgeben und in engeren Austausch mit den übrigen Industriezentren, namentlich im europäischen Gravitationsfeld treten würde. Die wirtschaftliche Desintegration Europas ist mithin der Kernfehler der Weltwirtschaft, die Wiederherstellung seiner Raumökonomie die weltwirtschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart.

4. Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise

Die Entwicklungsgesetzlichkeit, die wir im zweiten, und die Raumgesetzlichkeit, die wir im dritten Teil unserer Untersuchung behandelt haben, zeigen uns, daß die Freiheitsgrade der Entscheidungen in den weltwirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen begrenzter sind, als die landläufige Diskussion meint. Das Entwicklungsgesetz verbietet die neoliberale Lösung; ihre Marktformenlehre arbeitet im geschichtsleeren Raum. Es geht dabei zunächst gar nicht um politische oder gar weltanschauliche Fragen, sondern um die Frage Ordnung oder Unordnung. Die liberale Ordnung ist eine gut funktionierende Ordnung gewesen, solange ihre historischen Voraussetzungen gegeben waren; heute führt sie zur Unordnung und diese wiederum zu einer solchen Fülle von Eingriffen, daß gerade wer eine möglichst freie Wirtschaft wünscht, die Rückkehr zur liberalen Ordnung nicht wünschen darf. Das gilt auch für den Fall, daß man den Wettbewerb ordnungspolitisch sichert, also verhindert, daß sich der Wettbewerb in Monopol oder ruinöse Konkurrenz auflöst.

Nun verbietet aber auf der anderen Seite das Raumgesetz eine dogmatische Verfolgung der Vollbeschäftigungspolitik. Vollbeschäftigung ist wie alle autonome Konjunkturpolitik an den Staatsraum gebunden, den die Politik beherrscht. Wenn die Wirtschaft dieses Staatsraumes Glied eines größeren wirtschaftlichen Gravitationsfeldes ist, dann kann die Wirtschaftspolitik nur Teilplanungen vollziehen, die zwangsläufig unökonomisch sind. Die Vollbeschäftigung geht auf Kosten der Prosperität, sie wird eine teure Vollbeschäftigung. Natürlich kann eine Vollbeschäftigungspolitik im beschränkten Staatsraum inmitten einer chaotischen Weltwirtschaft unvermeidlich sein, weil sie das geringere Übel ist. Sie muß sich dann aber ihres Aushilfscharakters bewußt sein. Wenn eine solche Vollbeschäftigungspolitik nun gar wie die der britischen Labour Party als Vorbild einer sozialistischen Wirtschaftspolitik auftritt, dann verfällt sie einem unökonomischen Dogmatismus, ganz abgesehen von dem Paradoxon, daß die Vollbeschäftigungspolitik in Konflikt gerät mit der internationalen Tradition des Sozialismus.

In diesem Punkt haben die Neoliberalen den richtigeren Ausgangspunkt. Sie übersehen nicht das integrale Ganze, in das ihre Wirtschaft eingeordnet ist. Sie

suchen auch mit Recht die internationale Arbeitsteilung durch Liberalisierung zu fördern. Sie übersehen nur die Grenzen der Wirksamkeit des liberalen Prinzips, indem sie die Liberalisierung in der gleichen Weise dogmatisieren wie die Sozialisten das Vollbeschäftigungsprinzip. Für die europäischen Länder ergibt sich daraus die Folgerung, daß sie die Folgen der Weltwirtschaftskrise weder überwinden können durch Rückkehr zu den Regeln der alten Weltwirtschaft noch durch autonome Vollbeschäftigungspolitik. Der erste Weg würde zurück in das Chaos führen, der zweite führt zu unökonomischer Ordnung und Mangel an Prosperität. Die Weltwirtschaftskrise, im weiteren Sinne eine Krise der weltwirtschaftlichen Struktur, läßt sich nur überwinden durch gemeinsame Autonomie der europäischen Wirtschaften zusammen mit der weitestgehenden Liberalisierung, die mit den Zielen dieser autonomen Ordnung verträglich ist.

Alle Versuche der Nachkriegszeit, die diese Grenzen übersehen haben, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Dazu gehören alle Pläne, die eine globale Lösung versucht haben. Sie wären entweder auf eine Rückkehr zu den Spielregeln der Goldwährung hinausgelaufen, und das ist unmöglich. Oder sie hätten eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik aller Länder der Welt bedeutet, was ebenso utopisch ist. Das Währungsabkommen von Bretton Woods aus dem Jahre 1944 ist im übrigen nicht einmal zu dem entscheidenden Problem vorgegangen, wie der Währungsordnung mit den freien aber stabilen Wechselkursen, die sie statuiert, eine Ordnung der Güterströme zugeordnet werden könnte, die die Stabilität der Wechselkurse verbürgen würde. Die Auflagen für Länder mit passiver Zahlungsbilanz bedeuten nichts anderes als eine Korrektur *ex post*, nicht eine Regelung *ex ante*, und auch diese Korrekturen sind viel zu schwach, um schwerwiegenden Ungleichgewichten begegnen zu können. Auch die in Bretton Woods geschaffene Weltbank würde, wenn sie überhaupt für solche Aufgaben geplant worden wäre, nicht stark genug sein, um die Aufgabe einer weltweiten Koordination bewältigen zu können. Das besagt nichts gegen die Schaffung einer Weltwährungsinstanz als solcher. Zweifellos wird der in Bretton Woods geschaffene Internationale Währungsfonds große Aufgaben zu erfüllen haben, wenn eine Lösung des Weltwährungsproblems auf anderen Wegen gefunden ist. Er hat jetzt schon nützliche Funktionen. Aber der in Bretton Woods bezogene Ausgangspunkt ist nicht geeignet, zur Lösung des Weltwährungsproblems zu führen.

Nun könnte man der Währungsregelung von Bretton Woods zugutehalten, daß sie von vornherein auf eine Ergänzung durch handelspolitische Abmachungen, wie sie 1948 auf der Konferenz von Havanna getroffen worden sind, abgestellt gewesen sei. Aber die Charta von Havanna ist nicht minder unfruchtbar. Sie geht aus auf eine Liberalisierung des Außenhandels, ohne den Widerspruch zu sehen, in den sich diese Liberalisierung zu der autonomen Konjunkturpolitik setzt. Ja, sie verlangt sogar das Unmögliche, indem sie nicht nur Liberalisierung des Außenhandels sondern zugleich Vollbeschäftigung der beteiligten Länder fordert. Im übrigen ist in Havanna — im Gegensatz zu Bretton Woods — das Prinzip von vornherein in Kompromissen erstickt worden, wie sie die wohlberechtigten Interessen der um eine

funktionierende Wirtschaft besorgten Länder erzwungen haben. Praktische Folgen hat die Charta von Havanna nicht gehabt. Dennoch war es auch in diesem Fall gegenüber früheren Weltwirtschaftskonferenzen ein Fortschritt, daß es zu einem Abkommen gekommen ist, das, wenn schon nicht die Lösung gebracht, so doch den Wunsch nach einer Lösung unter Beweis gestellt hat.

Praktisch viel bedeutsamer ist das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) von Genf geworden, das auf eine allseitige Senkung der Zollsätze abgestellt war. Eine solche Zollsenkung bedeutet wie die Liberalisierung eine wirksame Unterstützung der Bemühungen um die Wiederherstellung einer internationalen Arbeitsteilung. Niemals aber löst sie das Problem, vor das uns die Weltwirtschaftskrise gestellt hat. Im Zeitalter der autonomen Konjunkturpolitik sind Zölle nur eines unter vielen Hemmnissen der internationalen Arbeitsteilung und nicht einmal das wichtigste. Deshalb können auch Zollunionen keine Lösung bringen. Sie entstammen dem geistigen Arsenal einer Zeit, in der die Zölle die einzigen Hemmnisse des freien Austausches waren. Weit eher wären Zölle heute geeignet, nach Abbau der übrigen Hemmungen die Reibungsverluste abzufangen, die sich bei allzu stürmischer Rückkehr zu echter internationaler Arbeitsteilung ergeben würden. Bei aller Zweckmäßigkeit des Abbaus überhöhter Zölle wäre eine grundsätzliche Beseitigung der Zölle der letzte, nicht der erste Schritt zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung.

Der gegenwärtige Zustand der Weltwirtschaft verlangt ja nun aber, wie wir gesehen haben, gar keine globale Lösung. Er verlangt zunächst nur eine regionale Lösung, die das europäische Gravitationszentrum wieder zu einem vollwertigen Kraftfeld machen, also von unten her erst einmal die Voraussetzungen schaffen würde für eine neue weltwirtschaftliche Ordnung. Und es ist bemerkenswert, daß die Amerikaner, die eigentlichen Initiatoren von Bretton Woods und Havanna, in offenbarem Gegensatz zu ihren früheren Plänen die entscheidenden Förderer der europäischen Integration geworden sind. In der Tat beschreiten sie damit den einzigen Weg, der aus der Zerrüttung der Weltwirtschaft heraus zu einer neuen Weltwirtschaft führen könnte, wie denn die einzige Chance des liberalen Standpunktes darin liegt, sich nicht zu orientieren an den Ideologien des 19. Jahrhunderts, sondern an den Realitäten des zwanzigsten.

Was auf dem Wege der regionalen Ordnung geschehen ist, ist durchaus realistisch. Realistisch ist vor allem, daß man für die europäische Währungsordnung nicht auf den Whiteplan zurückgegriffen hat, der sich auf der Konferenz von Bretton Woods durchgesetzt hatte, sondern auf den Keynesplan, der in Bretton Woods dem Whiteplan hatte weichen müssen. Der Keynesplan stellt nicht wie der Whiteplan eine Währungsaufsichts- und -ausgleichsinstanz neben einen freien Devisenverkehr, sondern er konstituiert eine Clearing Union, durch die der ganze internationale Zahlungsverkehr hindurchgeschleust wird. Nun ist aber die Europäische Zahlungsunion (EZU), die den Keynesplan im regionalen, europäischen Raum verwirklicht hat, auch nur ein Abrechnungs-, kein Lenkungsmechanismus. Indem sie die bilateralen europäischen Verrechnungssysteme in ein multilaterales Verrechnungs-

system aufgelöst hat, hat sie zwar alle Hemmnisse beseitigt, die von der Währungsseite einer Reintegration der europäischen Wirtschaft entgegenstanden; Lenkungs-funktionen aber erfüllt sie bisher nur in ganz bescheidenem Umfang, und zwar auch nur im Sinne einer Korrektur ex post, nicht einer Steuerung der Güterströme ex ante.

Allerdings muß zugegeben werden, daß die EZU die Gefahrensignale jeweils sehr zeitig gesehen und mit sehr eindringlichen Empfehlungen gearbeitet hat. Aber ein eigentliches Lenkungsinstrument ist sie bisher nicht geworden. Es sieht auch nicht so aus, als ob die europäischen Länder bereit seien, ihr weitergehende Befugnisse zu übertragen, die, wenn sie wirksam werden sollten, auf nicht weniger hinauslaufen würden als eine Vereinheitlichung der gesamten autonomen Konjunkturpolitik. Eine solche Vereinheitlichung wäre natürlich die beste Lösung und die einzige Garantie für eine umfassende Liberalisierung des europäischen Handels einschließlich eines freien Devisenverkehrs. Der umgekehrte Weg, nämlich der völlige Verzicht auf aktive Konjunkturpolitik zugunsten einer umfassenden Herrschaft des Wettbewerbsprinzips wäre im regionalen Rahmen ebenso und aus den gleichen Gründen unmöglich wie im globalen.

Wenn eine Vereinheitlichung der europäischen Konjunkturpolitik nun aber noch nicht realisierbar ist, dann bleibt nur die Möglichkeit einer Abstimmung der autonomen Konjunkturpolitik der einzelnen Länder aufeinander. Dabei ergibt sich eine Reihe von Möglichkeiten, deren Rangordnung aus der Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen nicht mehr zwingend abgeleitet werden kann, die wir deshalb auch im einzelnen hier nicht untersuchen wollen. Ob die wirtschaftliche Integration ohne die politische weitergetrieben werden kann oder ob die politische Zusammenarbeit vorausgehen muß, ob von vornherein eine totale Lösung anzustreben ist oder eine partielle, sei es im regionalen Sinne, sei es im Sinne einer „funktionalen“ Vereinigung einzelner Sachbereiche, — das läßt sich mit wissenschaftlichen oder doch zum mindesten mit wirtschaftswissenschaftlichen Mitteln nicht entscheiden. Wohl aber ist es möglich, noch einige Zusammenhänge herauszuarbeiten, die als Beiträge zu solchen Entscheidungen nicht übersehen werden dürfen.

Eine Abstimmung der autonomen Konjunkturpolitik der einzelnen Länder bedeutet nicht nur die Parallelisierung der Kreditpolitik, sondern auch eine Koordination der Investitionspolitik. Denn es ist ja vor allem der Zuwachs, der von der autonomen Konjunkturpolitik gesteuert wird. Und dieser Zuwachs ist es auch allein, der es möglich macht, die unter autonomen Einflüssen auseinandergewachsenen Volkswirtschaften wieder in das integrale Ganze hineinwachsen zu lassen. Stationäre Wirtschaften arbeitsteilig zu verbinden, wäre in jedem Fall ein hoffnungsloses Unterfangen, denn es würde Aufbau auf der einen mit Abbau auf der anderen Seite verbinden müssen, was, ganz abgesehen von der Unüberwindbarkeit politischer Widerstände, zu Reibungsverlusten führen würde, die sich ökonomisch nicht rechtfertigen ließen.

Gemeinsame Steuerung der Investitionen braucht nun aber keine zwangswirtschaftliche Investitionskontrolle in toto zu bedeuten, vielmehr nur Steuerung an den

Schlüsselpunkten der räumlichen Ordnung einerseits, der zeitlichen Entwicklung andererseits. Einen dieser Schlüsselpunkte, und zwar den wichtigsten, bietet die Eisen- und Stahlindustrie, die, wie wir gesehen haben, nicht nur die Kernpunkte der räumlichen Gravitationsfelder, sondern auch die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung bildet. Ihre räumliche Ordnung ordnet zwangsläufig einen großen Teil der übrigen Wirtschaft mit. Als Entwicklungsträger hat sie sich zwar in den Juglar-Zyklen des liberalen Jahrhunderts noch deutlicher gezeigt als in der Phase der aktiven Konjunkturpolitik. Man braucht aber nur einen Blick auf die gegenwärtigen Engpässe zu werfen, um zu erkennen, daß sie an zentraler Bedeutung für die Entwicklung nichts eingebüßt hat. Daraus folgt nun aber, daß die Montan-Union des Schumanplans, was immer man über ihre politische Struktur sagen mag, auf jeden Fall der richtige wirtschaftliche Ansatzpunkt ist. Sie ist auch neutral gegenüber der aktuellen Frage Klein- oder Großeuropa, denn sie faßt, wenn man von den italienischen Randkernen absieht, nur diejenigen Industrien zusammen, die einen „gemeinsamen Markt“ bilden. Die englische Schwerindustrie steht nicht mehr in derjenigen Art von Verbindung mit der kontinentalen, die sie bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, zum mindesten bis zur Weltwirtschaftskrise, gehabt hat.

Was im übrigen Großbritanniens Verhältnis zur europäischen Integration betrifft, so läßt die raumwirtschaftliche Analyse erkennen, daß die sterling area mit ihrer rigorosen autonomen Devisenpolitik auf die Dauer kaum wird bestehen können. Die chronische Sterlingkrise ist nicht zum wenigsten eine Folge verfehlter Raumökonomie. Der britische Industriekern ist zu schwach, die Peripherie der sterling area zu künstlich, als daß eine Lösung der Zahlungsbilanzprobleme dieses Gebildes gegenüber dem amerikanischen Staatsraum mit seiner rationalen Wirtschaftsordnung möglich wäre, es sei denn auf Kosten des Wohlstandes. Auch hier können die Verklemmungen, in die uns die Weltwirtschaftskrise gebracht hat, nur überwunden werden durch Auflösung der partialen Autonomie in eine Autonomie höherer Ordnung, und das kann nur die europäische sein. Mit den politischen Verpflichtungen Großbritanniens, die dieser Auffassung zumeist entgegengesetzt werden, hat das nichts zu tun. Auch Kanada ist nicht Mitglied der sterling area und dennoch Großbritannien politisch eng verbunden. Viel eher sind die höchst prekären ökonomischen Bindungen der sterling area geeignet, die imperialen Bindungen zu stören, als sie zu festigen.

* * *

Fragen müssen wir uns nun aber doch wohl noch, ob denn die ökonomische Vernunft überhaupt Aussicht hat, sich durchzusetzen. Gewiß, wir können beweisen, daß die Alternative einer wirtschaftlichen Reintegration Europas Verzicht auf europäischen Wohlstand heißt, wenn nicht Schlimmeres. Sind aber nicht ganz andere, politische Kräfte am Werk, die ihre eigenen Ziele verfolgen ohne Rücksicht auf die Ökonomie? Wir wollen versuchen, das Problem, das sich hier auftut, auf eine knappe Formel zu bringen. Alle Wirtschaft ist eingespannt in die Polarität von politischer

Macht und ökonomischem Gesetz. Das ökonomische Gesetz hat gegenüber der Macht nicht die absolute Geltung, die den Eingriff der Macht ausschließt. Auf der anderen Seite hat aber die Macht gegenüber dem ökonomischen Gesetz auch nicht die Möglichkeit völliger Willkür. Sie ist mächtig, aber nicht allmächtig! Vergreift sie sich zu stark an der Ökonomie, dann tut sie das auf Kosten ihrer eigenen Ziele, denn sie schädigt die materiellen Grundlagen, die die Politik zur Erreichung ihrer Ziele benötigt. Was die Vernunft sie nicht vorher lehrt, lehrt sie die Erfahrung durch Leiden. Wir haben ja zu deutlich vor Augen, wie die Macht vor der Ökonomie zu Kreuze kriecht, etwa in der Reparationspolitik nach dem ersten Weltkrieg und auf dem kurzen Weg vom Morgenthauptplan zum Marshallplan nach dem zweiten. In Deutschland selbst haben wir in der Zeit dazwischen erlebt, wohin es führt, wenn die Politik die Grenzen nicht beachtet, die das ökonomische Gesetz der Macht setzt.

Selbstverständlich sind wir vor imperialistischen Ausbrüchen der Macht niemals geschützt, aber auch solche irrationalen Eruptionen sind mehr als in früheren Zeiten durch die materiellen Mittel gehemmt, deren sie zu ihrer Verwirklichung bedürfen. Selbst wenn wir diese Hemmungen überschätzen sollten, darf uns keine Resignation davon abhalten, den Wegen der wirtschaftlichen Vernunft nachzuspüren. Nichts anderes haben wir getan, wenn wir uns bemüht haben, aus den Ursachen der Weltwirtschaftskrise die Grenzen abzuleiten, die dem ökonomischen Geschehen gesteckt sind, und die Möglichkeiten abzutasten, die einer Überwindung der Antinomie von räumlicher Integration und wirtschaftlicher Autonomie auf dem Wege des geringsten Widerstandes gegeben sind.

HERMANN MAU †

DIE „ZWEITE REVOLUTION“ — DER 30. JUNI 1934

Vorbemerkung des Herausgebers: Die tiefgreifende Studie zu einer entscheidenden Phase der nationalsozialistischen Bewegung, die hier veröffentlicht wird, hat Hermann Mau noch bis in seine letzten Lebenstage beschäftigt. Er plante, sie umfassender zu dokumentieren durch Benutzung eines Materials, das Vernehmungsprotokolle und Aussagen von annähernd tausend Personen enthält. Ein Teil dieser Belege ist von Helmut Krausnick in den schon abgeschlossenen Aufsatz noch eingearbeitet worden. Die volle Ausnutzung würde den Rahmen sprengt haben. Diese Arbeit wird im Institut für Zeitgeschichte weitergeführt werden. Dr. Mau plante, sie schließlich zu einem Buche auszubauen. Das, was er selbst noch geschrieben hat, entstand in der Vorarbeit für eine kurzgefaßte Darstellung „Hitler und der Nationalsozialismus“, erwies sich aber als zu umfangreich für diesen Zweck. Er wünschte, daß die Studie hier veröffentlicht würde, und die Herausgeber sind sicher, damit dem Andenken des ihnen so jäh entrissenen Mitarbeiters einen Dienst zu erweisen. Auch die genannte allgemeinere Darstellung, die erste ihrer Art und auf der gleichen Höhe wie dieser Aufsatz gehalten, ist von ihm noch fast ganz abgeschlossen worden. Sie wird erscheinen, und zwar als Schlußlieferung des von Peter Rassow herausgegebenen Sammelwerks: *Deutsche Geschichte im Überblick*. (J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.) Es sei auf diese bevorstehende Publikation hier ausdrücklich verwiesen.

H. R.

*

Die erste Phase der nationalsozialistischen Revolution hatte unter dem Scheinzeichen einer „nationalen Erhebung“ gestanden, an der alle bürgerlichen Gegner der Weimarer Republik vermeinten, ihren Anteil nehmen zu können. Hindenburg, fast mehr denn Hitler, erschien als ihre zentrale Figur. In der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar und im Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 aber hatte der nationalsozialistische Kanzler sich bereits die Mittel verschafft, um seiner eigenen Partei und damit letzten Endes sich selbst die ungeteilte Macht in die Hände zu spielen. Mit der „Dynamik“ der nationalsozialistischen „Revolution“, von der er nunmehr ganz offen sprach, schritt er zur Beseitigung der Parteien, ohne Unterscheidung von Freund und Feind — mit der alleinigen Ausnahme seiner eigenen! Ja, im Zeichen der sogenannten „Gleichschaltung“ übertrug er ihre Organisationsgrundsätze, deren Kern das vielberufene „Führerprinzip“ bildete, auf den gesamten politischen und auch den bisher unpolitischen Lebensbereich des deutschen Volkes. Alle Möglichkeiten eines direkten oder indirekten Widerstandes wurden so zugunsten eines von oben her gelenkten Machtapparats ausgeschaltet, dessen Teile in vollendeter Präzision seinem höchsten Inhaber gehorchen sollten. Die „revolutionär“ entstehende neue „Ordnung“, deren Inhalte diesen Begriff bald in seiner Fragwürdigkeit enthüllten, schien programmgemäß zur Perfektion bestimmt.

Es zeigte sich indes im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution, daß Hitler der Kräfte nicht Herr war, die er entfesselt hatte. Mitte Juli 1933 machte er den Versuch, die Revolution zum Stehen zu bringen. In Ansprachen an die SA-Führer (1. Juli) und an die Reichsstatthalter (6. Juli) erklärte er die Revolution für abgeschlossen. Ein Erlaß des Reichsinnenministers Frick vom 11. Juli¹, der diese Erklärungen zusammenfaßte, deutete an, welche Art von revolutionärer Aktivität seiner eigenen Leute Hitler unheimlich zu werden begann: Mißachtung der Staatsautorität, ja, Versuche, die Staatsautorität zu erschüttern, Anmaßung von Regierungsbefugnissen durch „irgendwelche Organisationen oder Parteistellen“, Beunruhigung der Wirtschaft durch Eingriffe Unbefugter. Der Erlaß ließ erkennen, daß es hier um Fragen der Politik und nicht der Disziplin ging. Hitlers Forderung lautete, daß man nunmehr „den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten“² müsse. Dem stand entgegen, daß Kräfte am Werk waren, die, wie es in Fricks Erlaß hieß, von einer „Fortsetzung der Revolution“ oder von einer „zweiten Revolution“ sprachen; der Übergang zur Evolution werde dadurch „auf das schwerste gefährdet“.

Damit traten zum ersten Mal die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten ans Licht, die innerhalb der nationalsozialistischen Führung über Sinn und Aufgaben der Revolution bestanden und in der zweiten Phase dieser Revolution zum blutigen Austrag kamen. Zunächst hatten Hitlers Beschwörungen, die Revolution zu beenden, scheinbar Erfolg. Es machte sich eine gewisse Beruhigung geltend, und am Jahresende 1933 gaben sich viele Menschen der Vorstellung hin, daß das Leben in Deutschland schließlich wieder seinen gewohnten Gang nehmen werde. Doch unterirdisch schwelte es weiter. Die Revolution war noch keineswegs zur Ruhe gekommen. Seit Frühjahr 1934 ging erneut das Wort von der „zweiten Revolution“ um, ja die Spannungen innerhalb der nationalsozialistischen Führungsgruppe nahmen ein gefährliches Ausmaß an. Schließlich wurde es aller Welt offenbar, daß der Zwiespalt mitten durch sie hindurch ging. Am 30. Juni 1934 hat Hitler diesen Zwiespalt auf seine Weise aus der Welt geschafft.

Über Hitlers Mordaktion dieses Tages liegt bis heute ein schwer zu durchdringendes Dunkel. Es gibt kaum einen Vorgang der nationalsozialistischen Zeit, dessen Spuren mit so peinlicher Sorgfalt verwischt worden sind. Die Hauptverantwortlichen sind nicht mehr am Leben. Die wesentlichen Elemente des Geschehens lassen sich rekonstruieren. Aber in manchen Einzelheiten bleibt man auf Indizien angewiesen, weil nahezu alle dokumentarischen Unterlagen fehlen.

Man muß, um die Zusammenhänge zu verstehen, bis in die Frühgeschichte des Nationalsozialismus zurückgehen und sich eine Besonderheit seiner Entstehung vergegenwärtigen. Die nationalsozialistische Bewegung hatte als politische Organisation zwei verschiedene Wurzeln: die ‚Partei‘ und den ‚Wehrverband‘, d. h. sie hatte zwei Organisationsformen von unterschiedlicher soziologischer Struktur. Auf

¹ „Dokumente der deutschen Politik“ I, 1933, Nr. 56.

² Erklärung vor den Reichsstatthaltern vom 6. Juli 1933, ebenda Nr. 35.

der einen Seite stand die „Deutsche Arbeiterpartei“, jene kleine Gruppe politisierender Zivilisten, der Hitler 1920 in München begegnet war und in der er seine politische Karriere begann. Auf der anderen Seite standen die sogenannten Wehrverbände, radikal nationalistische Formationen, in denen sich vorwiegend ehemalige Kriegsteilnehmer zu politischen Zwecken militärisch organisiert hatten. München war ein Zentrum dieser für das Deutschland der Nachkriegszeit charakteristischen Organisationen. Der Mann, der innerhalb der bayerischen Wehrverbände den stärksten Einfluß und das klarste politische Konzept hatte, war der Münchner Reichswehrhauptmann Ernst Röhm.

Als Hitler und Röhm in München aufeinanderstießen und als „Völkische“, wie die radikalen Nationalisten sich damals nannten, zusammenfanden, war Hitler durchaus der Unterlegene. Röhm war der Mann von Macht und wirklichem Einfluß, der für die nach Tausenden zählenden Mitglieder der straff organisierten Wehrverbände sprechen konnte. Hitler war nur der Exponent einer kleinen zivilen Parteigruppe, ein Sonderling, dessen merkwürdige Begabungen Röhm allerdings sofort auffielen. Für lange Zeit blieb Hitler Röhm gegenüber der Nehmende. Röhm gehörte zu denen, die den abgerissenen, von sozialen Minderwertigkeitsgefühlen gehemmten Vorstadttredner Hitler in jener Zeit gesellschaftsfähig machten und ihm die politischen Kontakte vermittelten, nach denen er begierig war. Mit unter dem Einfluß Röhm's nahm Hitler, dem soldatisches Wesen, wie Röhm es verkörperte, von Natur aus fremd war, die forcierte Wertschätzung des „Soldatischen“ an, die dann für die Art und Weise ausschlaggebend wurde, in der er sich selbst zum „Führer“ stilisierte. Das „Soldatische“ an seiner Haltung ist immer etwas Aufgesetztes geblieben, das im kleinen Kreise rasch von ihm abfiel. Von Röhm stammte aber vor allem der für den Aufstieg des Nationalsozialismus entscheidende Gedanke, Wehrverband und Partei miteinander zu verbinden. Hitler machte sich diesen Gedanken zu eigen. Damit traten neben die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, zu der Hitler die Deutsche Arbeiterpartei inzwischen umgebildet hatte, als Wehrverband die nationalsozialistischen „Sport-“ oder „Sturm-Abteilungen“, die SA.

Von Anfang an war dabei ein Mißverständnis zwischen Hitler und Röhm im Spiel, über dessen Tragweite sich beide in den guten Tagen ihrer Beziehungen hinwegtäuschen haben mögen: sie hatten völlig verschiedene Auffassungen von der Rolle des Wehrverbandes im Rahmen einer politischen Bewegung. Hitler sah sich selbst ausschließlich als Politiker. Sein Feld war die politische Partei. Der Wehrverband konnte in seinen Augen nur die Bedeutung einer politischen Hilfstruppe haben. Das Soldatische verstand er in diesem Zusammenhang durchaus im übertragenen Sinne: Soldaten der nationalsozialistischen Weltanschauung sollten die SA-Leute sein. Letzten Endes ging es ihm darum, zusätzlich zur Partei eine weitere Organisationsform, die sich als besonders anziehungskräftig erwiesen hatte, seinen Zwecken dienstbar zu machen.

Röhm hatte sehr andere Vorstellungen. Er sah sich mit der gleichen Ausschließlichkeit als Soldat, mit der Hitler sich als Politiker sah. Der Wehrverband war für ihn nicht, wie für Hitler, ein politischer Zweckverband, sondern Lebensform

schlechthin und Sinnbild einer Ordnung, in die er sich ganz Deutschland einbezogen wünschte. Er verachtete die zivilen Politiker, und eine Partei konnte er sich im Rahmen seiner Welt nur in untergeordneter Funktion vorstellen. In seinen Memoiren steht, noch in der letzten Auflage von 1934, der Satz: „Ich verlange das Primat des Soldaten vor dem Politiker“⁸. Das galt ihm ganz gewiß auch gegenüber Hitler. Wie Röhm schließlich sein Verhältnis zu Hitler sah, zeigte sich, als es 1925 nach Hitlers Entlassung aus der Landsberger Haft um den Neuaufbau der nationalsozialistischen Bewegung ging. Röhm, durch Bewährungsfrist vor der Haft bewahrt, hatte inzwischen die Wehrverbände einschließlich der Überreste der SA im „Frontbann“ vereinigt, den er sich als Kernzelle des Neuaufbaus dachte. Röhm schlug vor, daß Hitler die politische Führung des Frontbanns übernehmen sollte, während er selbst die militärische Führung beizubehalten gedachte. Dabei sah er politische und militärische Führung als zwei gleichgeordnete Funktionen, Hitler und sich selbst also auf gleicher Ebene. So schlug er denn auch vor, daß sie sich beide mitsamt dem Frontbann der Schirmherrschaft des von ihm leidenschaftlich verehrten Ludendorff unterstellen sollten. Hitler hat diesen Vorschlag, mit dem Röhm seiner Forderung nach dem „Primat des Soldaten vor dem Politiker“ treu geblieben war, abgelehnt. Darüber ist es zum ersten ernsthaften Zerwürfnis zwischen ihnen gekommen. Röhm, der 1923 aus der Reichswehr verabschiedet war, zog sich daraufhin enttäuscht auf Jahre ins Privatleben zurück.

Aber der Streit um die Bedeutung der SA war nicht an die Person Röhm gebunden. Er lag in der Natur der Sache. Die SA konnte auch nach ihrer Neugründung durch Hitler im Jahre 1925 nicht verleugnen, daß sie soziologisch anderer Herkunft war als die Parteiorganisation. Es blieb, wie es von Anfang an gewesen war, daß SA und Partei zwei völlig selbständige Organisationen waren, die in der Person Hitlers lediglich eine gemeinsame Spitze hatten. Daran hat sich bis zum Sommer 1934 nichts geändert.

Hitler befand sich so der SA gegenüber in einer zwiespältigen Lage. Die zivile Parteiorganisation stand ihm von vornherein näher. Denn dort herrschte er unbestritten, mit Hilfe von Mitarbeitern, auf deren Ergebenheit er sich verlassen konnte. Die Führung eines militärischen Verbandes wie der SA lag ihm nicht, trotz aller sentimentalen Betonung des Soldatischen. Hier mußte er sich auf andere verlassen. Das war für ihn um so unbehaglicher, als in der SA-Führung die ehemaligen Offiziere dominierten, denen gegenüber er nur in seltenen Ausnahmefällen jene Befangenheit ablegte, die mit seinen sozialen Minderwertigkeitsgefühlen zusammenhing. Andererseits entwickelte sich gerade die SA zur Trägerin des Aufstiegs der nationalsozialistischen Bewegung. Sie vermittelte bis in den kleinsten Ort das Bild, das so viele Menschen anzog: das Bild einer Welt, in der es Uniformen gab, in der man marschierte und gehorchte, in der man wußte, was Oben und Unten war — das Bild einer Welt, die wieder „in Ordnung“ schien. Die SA und nicht die Partei prägte den Stil des nationalsozialistischen Kampfes um die Macht. Hitler hat angesichts dieser

⁸ Ernst Röhm, *Geschichte eines Hochverrätters*, 5. Aufl. 1934, S. 349.

Entwicklung die Gefahren in Kauf genommen, die in der Selbstherrlichkeit der SA gegenüber der Partei für ihn lagen. Er entschloß sich sogar, der SA, die sich so eindeutig als das wirksamste Instrument seines politischen Kampfes erwies, durch einen beschleunigten Ausbau ein noch größeres politisches Gewicht zu geben. Nur so läßt sich die Rückberufung Röhm aus Südamerika im Spätjahr 1930 erklären. Hitler trennte sich damals von dem bisherigen Führer der SA, dem ehemaligen Reichwehrhauptmann von Pfeffer, und rief Röhm von seiner Instrukteurtätigkeit bei der bolivianischen Armee ab. Der alte Meinungsstreit um die SA schien vergessen. Möglich auch, daß Hitler sich unter dem Eindruck seiner Erfahrungen mit der SA den Anschauungen Röhm genähert hatte und bereit war, künftig in ihr das Schwergewicht seiner Bewegung zu sehen. Gewiß ist, daß er inzwischen seiner selbst und seiner Führerstellung so sicher war, daß die Dankbarkeit gegenüber einem Manne, der ihm einst die Wege zum Aufstieg geebnet hatte, die Sorge überwog, daß er ein Rivale an der Macht werden könnte. Röhm hat die SA, die keine hunderttausend Mitglieder hatte, als er sie als „Stabschef“ des „Obersten SA-Führers“ Hitler im Januar 1931 übernahm, in zwei Jahren zu dem Dreihunderttausend-Mann-Heer gemacht, das Hitlers unwiderlegliches Argument im Endkampf um die Macht war. Daß er diesen gewann, verdankte er vor allen anderen Röhm und der SA.

Als nach der Machtübernahme die Zeiten der Fackelzüge und Kirchgänge vorüber waren, stellte sich die Frage, auf die niemand recht vorbereitet war: Was wird aus der SA? Die SA fühlte sich, nicht zu Unrecht, als der eigentliche Sieger. Aber der erwartete Lohn blieb aus. Hitler wußte keine andere Verwendung für die SA, als sie die Hilfspolizei der Revolution spielen zu lassen, einer Revolution, welche sie für ihre eigenste Angelegenheit hielt. Auch Röhm kam nicht zum Zuge. Es ist nicht anzunehmen, daß das in der Absicht Hitlers lag; Röhm längst vor aller Welt notorische Homosexualität war in diesem Stadium für Hitler so wenig ein Argument gegen ihn, wie es das je zuvor gewesen ist. Aber die einzige Position, für die sich Röhm wirklich interessierte, die des Reichwehrministers, blieb dem nationalsozialistischen Zugriff entzogen. Die Polizei, in der sich die SA einige Präsidentenposten gesichert hatte, zu einer Machtposition der SA auszubauen, verwehrte ihm Göring, der als preußischer Innenminister für diesen Bereich am längeren Hebelarm saß.

In dieser Lage entlud sich der unbefriedigte Aktionsdrang der SA in einem brutalen Terror der einzelnen Einheiten im Bereich ihres örtlichen Einflusses. Er tobte sich zunächst vor allem an den Gegnern aus, machte aber keineswegs bei ihnen halt. Hunderte von Morden, Tausende von Mißhandlungen, Freiheitsberaubungen und andere Schändlichkeiten kommen auf das Konto dieser planlosen Aktivität, die die SA zum Schrecken der Revolution werden ließ. Ihr vor allem galten Hitlers vergebliche Beschwörungen, daß die Revolution beendet sei. Der „Oberste SA-Führer“ hatte die SA keineswegs in der Hand.

Mit Beschwörungen war das Problem indessen nicht mehr zu lösen. Es blieb die Tatsache, daß die inzwischen um weitere Hunderttausende angewachsene Armee

der SA ohne Aufgabe war und die Entwicklung des neuen Regimes mit zunehmendem Unmut verfolgte. Nach wie vor war die SA eine selbständige Organisation neben der Partei. Der offizielle Sprachgebrauch trug dem Rechnung, indem Partei und SA immer nebeneinander genannt wurden, wenn die nationalsozialistische Bewegung als Ganzes gemeint war. Es war eine besonders sinnfällige Bestätigung der bestehenden Verhältnisse, wenn das grundlegende „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 den „Stellvertreter des Führers“ und den „Chef des Stabes der SA“, also die Chefs der politischen Organisation der Partei und der militärischen Organisation der SA zu Reichsministern machte. Das Gesetz ist bezeichnenderweise nach dem 30. Juni dahin geändert worden, daß der Stabschef der SA nicht mehr *ex officio* Reichsminister wurde⁴.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, wie sich die persönlichen Beziehungen zwischen Hitler und Röhm im Schatten des unausweichlich auf sie zukommenden Problems entwickelten. Um die Jahreswende 1933/34 können sie noch nicht ernsthaft gestört gewesen sein, denn unter den Neujahrsglückwünschen Hitlers an seine nächsten Mitarbeiter, die von der deutschen Presse veröffentlicht wurden, fiel der an Röhm gerichtete allgemein durch besondere Herzlichkeit und durch das vertrauliche „Du“ auf, dessen Hitler ihn als einzigen würdigte. Das Verhältnis kann sich erst in den folgenden Monaten zugespitzt haben.

Röhm – und was von ihm zu sagen ist, gilt *mutatis mutandis* für den ganzen Kreis höherer SA-Führer, den er um sich gesammelt hatte und völlig beherrschte – teilte die Unzufriedenheit seiner Leute mit dem Verlauf der Revolution. Er war nicht bereit, sich mit der passiven Rolle zufrieden zu geben, die ihm zugefallen war. Er wußte, welche Macht er mit der SA in den Händen hielt, die ein Wort von ihm in ganz Deutschland in Marsch setzen konnte; und er tat alles, diese Macht durch Vermehrung der Formationen und durch planmäßige Bewaffnung zu erweitern. Illoyalität gegenüber Hitler lag ihm dabei fern. Aber er fand mehr und mehr, daß Hitler in Widerspruch zu den gemeinsamen Zielen geriet. Er war bereit, ihm zuzubilligen, daß er mit Rücksicht auf die konkreten politischen Gegebenheiten, mit denen er seit der Machtübernahme zu rechnen hatte, nicht anders konnte. Aber er zog für sich selbst die Folgerung daraus, daß er die SA darauf vorzubereiten habe, eines Tages mit Gewalt durchzusetzen, was Hitler der konsequenten Verwirklichung der gemeinsamen Ziele schuldig blieb. Das war der Sinn des Rufes nach der „zweiten Revolution“, der schon bald nach der Machtergreifung sich in der SA erhob, dann vorübergehend zum Schweigen gebracht wurde, aber seit dem Frühjahr 1934 nicht mehr verstummte.

Der Angelpunkt der Kritik Röhm am Verlauf der Revolution war die Frage der künftigen deutschen Armee. Nicht ohne das Ressentiment des vorzeitig verabschiedeten Offiziers verachtete er die Reichswehrführung, hielt sie für reaktionär und wußte sich in dieser Ansicht mit Hitler einig. Daß Hitler sie nicht beseitigte, sondern

⁴ Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 3. Juli 1934, RGBl. I/1934, S. 529.

mit ihr zusammenarbeitete, hielt er für einen schweren Fehler. Er hätte es für eine logische Konsequenz der Machtergreifung gehalten, die führende Offiziersschicht der Reichswehr zu beseitigen und die Verantwortung für die Reichswehr der SA-Führung zu übertragen. Das hätte den Weg freigemacht für die Verschmelzung von Reichswehr und SA zu einer Miliz, einem nationalsozialistischen Volksheer, in dem Röhm die Krönung des nationalsozialistischen Sieges sah. Diese Konzeption blieb der Kernpunkt seiner politischen Pläne. Er glaubte zunächst wohl, auch Hitler für sie gewinnen zu können, wenn er im Frühjahr 1934 die Frage der Miliz, die ja wesentlich auch ein außenpolitisches Problem war, ohne erkennbare Vorsichtsmaßnahmen mit ausländischen Militärattachés erörterte⁵.

Daneben muß Röhm andere Bedenken gehabt haben. Er war für soziale Probleme aufgeschlossen, und er nahm den Sozialismus des nationalsozialistischen Programms ernst; er wird schwerlich damit einverstanden gewesen sein, daß diese Seite des Nationalsozialismus seit dem Ausscheiden Gregor Strassers völlig in den Hintergrund getreten war. Es ist nichts darüber bekannt, ob Röhm in den entscheidenden Wochen und Monaten vor dem 30. Juni zu Strasser eine Verbindung von politischer Bedeutung unterhalten hat. Daß Hitler es ihm später vorwarf, läßt mindestens eine gewisse Vermutung zu, daß sachliche Voraussetzungen dafür gegeben waren. Röhm's Chefadjutant, der am 30. Juni merkwürdigerweise der Erschießung entgangene SS-Gruppenführer Bergmann, hat jedenfalls bekundet, daß Röhm Strasser als nüchternen Realpolitiker geschätzt, daß er sich auch in der Zeit nach dessen Sturz bemüht habe, „Hitler in der Beurteilung Strassers umzustimmen“, und diesen „bei seinen Aufenthalten in Berlin besuchte“⁶. Röhm soll auch gegen die Aufhebung der Gewerkschaften gewesen sein, die Ley in Hitlers Auftrag am 2. Mai 1933 mit der gewaltsamen Besetzung der Gewerkschaftshäuser einleitete. Weiter scheint Röhm in seinen außenpolitischen Ansichten von denen Hitlers abgewichen und für eine Verständigung mit den Westmächten, insbesondere Frankreich, eingetreten zu sein⁷. Es liegt schließlich nahe, daß Röhm, der sich die Welt nach klaren militärischen Befehlsverhältnissen geordnet wünschte und nach wie vor überzeugter Monarchist war, im Stadium der Zuspitzung seiner Beziehungen zu Hitler auch grundsätzliche Bedenken gegen die Gefahren der schrankenlosen Willkür zu erfüllen begannen, die in Hitlers diktatorischer Machtfülle lagen. Der „Primat des Soldaten“ forderte andere Lösungen als diese.

Wann ist Hitlers Argwohn wach geworden? Wir wissen es nicht. Aber es läßt sich übersehen, welche Erwägungen für ihn ins Spiel kamen, nachdem seine Aufmerksamkeit erst einmal auf das Problem gelenkt war. Röhm hatte für Hitlers Aufstieg eine unvergleichliche Bedeutung gehabt, und Hitler erkannte das an. Jahre,

⁵ Befragungsniederschrift Max Jüttner (ehemaliger SA-Obergruppenführer) vom 2. 4. 1952, Institut für Zeitgeschichte München.

⁶ Aussage Robert Bergmann (ehemaliger SS-Gruppenführer) vom 14. Mai 1949. Dazu Aussage des ehemaligen SA-Gruppenführers Karl Schreyer vom 23. Mai 1949.

⁷ Ebenda.

nachdem er ihn hatte umbringen lassen, hat er in einem Kreise höherer Parteiführer erklärt, daß, wenn einmal die Geschichte des Aufstiegs der nationalsozialistischen Bewegung geschrieben werde, man stets Röhm als des zweiten Mannes neben ihm werde gedenken müssen. Röhm hatte einst das Zusammenspiel der zivilen Nationalisten der Parteikonventikel und der militanten Nationalisten der Wehrverbände zuwege gebracht und Hitler als deren gemeinsamen politischen Führer lanciert. Von Röhm stammte der Gedanke, Partei und Wehrverband zu einer politischen Bewegung zusammenzufassen. Als Organisator großen Stils hatte er später die SA zu dem Machtinstrument gemacht, ohne das Hitler nicht ans Ziel gekommen wäre. Auf der anderen Seite verdankte der geistig wenig differenzierte Röhm seiner Begegnung mit Hitler die „Weltanschauung“, die rationalen Formeln für das, was ihn emotional trieb. Das begründete Röhm's Anhänglichkeit an Hitler, die indes nie Abhängigkeit geworden war.

Zumindest bis 1933 muß zwischen Hitler und Röhm eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des politischen Programms bestanden haben. Was nach der Machtergreifung den Konflikt heraufbeschwor, war zunächst eine Methodenfrage, von der sich allerdings bald herausstellte, daß sie sehr wesentlich auch die Inhalte berührte. Röhm, der nach seinem eigenen Bekenntnis die Menschheit einteilte in „Menschen, die Putsche machen, und solche, die keine machen“⁸, war ein Revolutionär alten Stils. Die nationalsozialistische Revolution hat er sich schwerlich anders vorgestellt als die Revolutionen, die er aus den Geschichtsbüchern kannte: als einen Vorgang, der in einer möglichst rasch zu überwindenden Phase von Gewaltanwendung, mit barrikadenstürmenden Avantgarden und unvermeidlichem Blutvergießen, die alte Ordnung stürzt und eine neue an ihre Stelle setzt. Niemals hat er in der SA etwas anderes gesehen als die „Sturmabteilungen“ einer solchen Revolution alten Stils.

Wenn Hitler diese Vorstellungen je geteilt hat, so hatte er sich jedenfalls weit von ihnen entfernt. Verschlagener, raffinierter, moderner als der altmodisch-geradlinige, „sture“ Röhm, hatte er der politischen Situation, mit der er sich seit der Übernahme des Reichskanzleramts auseinanderzusetzen hatte, ganz andere Möglichkeiten abgespürt. Gleichsam unter der Hand hatten sich ihm die Methoden der kalten Revolution ergeben: die Scheinlegalität, der latente Terror, die Auflösung der Revolution in vorsichtig dosierte, erst im Zusammenhang in ihrer Bedeutung erkennbare Einzelakte, die Überlistung und Täuschung nicht nur der Gegner, sondern auch der Gesinnungsgenossen. Und er mag auch bereits ein Gefühl dafür gehabt haben, daß moderne Revolutionen nicht mehr Barrikaden stürmen, sondern daß sie sich als langsame Zersetzungsprozesse anlegen lassen, die tiefere Veränderungen bewirken als Revolutionen je zuvor, weil sie nicht nur die Institutionen, sondern zugleich die menschliche Substanz anrühren. Unüberhörbar für Hitler enthielt der Ruf nach der „zweiten Revolution“ die Aufforderung, von den undurchsichtigen Methoden der kalten Revolution abzulassen und die unerfüllten Forde-

⁸ E. Röhm, *Gesch. eines Hochverrätters*, 5. Aufl. 1934, S. 283.

rungen des nationalsozialistischen Programms in einer Revolution durchzusetzen, wie sie den Vorstellungen Röhm und der SA entsprach — koste es an Blut, was es wolle.

Was Röhm zunächst nur als Streit um die zweckmäßigste revolutionäre Methode erscheinen mochte, hatte für Hitler grundsätzlichere Bedeutung. Er widersetzte sich der Forderung nach der „zweiten Revolution“, nicht weil er Bedenken gegen ihre vorausehbaren Schrecknisse gehabt hätte, sondern weil er ihren Zielen mißtraute. Röhm hat das zu spät erkannt. Er, der Verschwörer aus Leidenschaft, würde mit seinen Leuten die „zweite Revolution“ kaum so offen und unbekümmert propagiert haben, wenn er nicht zunächst überzeugt gewesen wäre, in den Zielen mit Hitler einig zu bleiben.

Für Hitlers Haltung war die Hauptforderung Röhm ausschlaggebend, die Reichswehr der SA auszuliefern und dieser die Funktionen der Wehrmacht des neuen Staates zu übertragen. Daß dies in der Konsequenz der Ziele lag, um derentwillen Hitler und Röhm den Kampf um die Macht geführt hatten, war nicht zu leugnen. Es muß auch für Hitler noch immer eine gewisse Versuchung gewesen sein, die Forderung Röhm zu akzeptieren. Denn die Reichswehr entzog sich der Gleichschaltung, und ihre Stellung zum neuen Staat blieb, trotz allem Entgegenkommen, das ihre Führung zeigte, eine offene Frage. Dennoch schreckte Hitler schließlich vor dem Gedanken zurück, die Reichswehr mit Hilfe der SA gleichzuschalten. Röhm's Forderung rührte an das alte Problem der nationalsozialistischen Bewegung, die Rivalität zwischen Partei und SA. Die SA an die Stelle der Reichswehr setzen, hieß ihr die beherrschende Stellung im Staat einräumen und das politische Schwergewicht, das seit der Machtergreifung eindeutig bei der Partei gelegen hatte, auf die SA verlagern. Dies hätte Hitler nur gegen den erbitterten Widerstand der führenden Parteifunktionäre durchsetzen können. Das wäre für ihn kaum ein Gegenargument gewesen, wenn er nicht zugleich in Röhm's Anspruch und Auftreten eine Gefahr für seine eigene Stellung hätte erblicken müssen. Hier war er an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. Der Gedanke, Röhm als Befehlshaber der gesamten bewaffneten Macht des Staates neben sich zu sehen, war ihm unheimlich. Röhm war der einzige in seiner nächsten Umgebung, dessen er sich nie mit Hilfe jener seltsamen Faszination hatte vergewissern können, mit der er sich die Menschen seiner Umgebung hörig machte. Röhm war nach dem Ausscheiden Gregor Strassers in der Tat sein einziger wirklicher Rivale.

Das Entscheidende an der äußeren Geschichte des Konflikts ist nun, daß Hitler mehr der Getriebene war als der Treibende. Hitler hat oft genug unbequeme Entscheidungen Wochen und Monate vor sich hergeschoben. Er hat auch im Falle Röhm gezögert. Spätestens seit dem Frühjahr 1934 waren jedoch Kräfte am Werk, die ein Interesse daran hatten, den heranreifenden Konflikt zu verschärfen und Hitler zu zwingen, sich von Röhm zu trennen. Doch Hitler zögerte selbst dann noch, als in mehreren Aussprachen zwischen ihm und Röhm, deren letzte Anfang Juni stattfand, klargeworden war, daß Röhm auf seinen Forderungen beharrte. Auf Grund dieser Voraussetzungen haben dann die gleichen Kräfte, die seit Monaten um

die Zuspitzung des Konflikts bemüht waren, planmäßig und in guter Kenntnis von Hitlers Mentalität eine Situation herbeigeführt, in der er sich entscheiden mußte. Als Hitler am frühen Morgen des 30. Juni das Signal zum großen Morden gab, wußte er vermutlich nicht, daß die Umstände, die ihm den letzten Anstoß zum Handeln gaben, zweckhaft herbeigeführt, daß sie „gestellt“ waren. Kein Zweifel, daß Röhm mit dem Gedanken spielte, seine „zweite Revolution“ auch gegen Hitler durchzuführen, nachdem dieser in seinen Augen zum Verräter an der Idee geworden war. Kein Zweifel aber auch, daß er und seine Mitverschworenen am 30. Juni für eine Aktion noch längst nicht bereit waren. Bezeichnend für den Stand der Dinge dürfte ein Zeugnis sein, wonach Röhm von seinem letzten Telefongespräch mit Hitler, der ihn am 28. Juni während des Abendessens angerufen hat, „sehr zufriedengestellt“ zurückgekehrt sei: er habe seinen Gästen, darunter dem General v. Epp, Hitlers Kommen nach Wiessee zum 30. Juni mitgeteilt und hinzugefügt, er, der Stabschef, „wolle dann Goebbels die Maske vom Gesicht reißen. Er wisse sich seiner SA und der Armee [!] sicher“⁹. Auf der anderen Seite gelang es der geschickten Regie der Gegner Röhm, Hitler offenbar glauben zu machen, daß die „zweite Revolution“ dicht bevorstehe¹⁰. Diese Gegner waren einerseits die Partei, andererseits die Reichswehr.

In der Partei hatte die Abneigung gegen Röhm ihre lange Tradition. Sie reichte bis in die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung zurück und war gewissermaßen eine Funktion der nie überwundenen Rivalität zwischen Partei und SA. Sie hatte aber immer wieder auch Nahrung gefunden am Protest gegen den fragwürdigen Lebensstil Röhm und seiner Umgebung. Sie verschärfte sich rasch, als nach der Machtergreifung nicht die SA, sondern die Partei den bestimmenden Einfluß erlangte, und sie nahm sehr persönliche Formen an, als erkennbar wurde, daß Röhm sich damit nicht abfinden würde und die führenden Parteifunktionäre ihren persönlichen Anteil an der neugewonnenen Macht durch ihn bedroht fühlten. Als die einflußreichsten Gegner Röhm in der Partei konnten Göring, Heß, der eigentliche Chef der Parteiorganisation, sowie Goebbels gelten. Von Göring, der als alter

⁹ Aussage Ferdinand Karl Prinz von Isenburg vom 3. Januar 1950. Gegenüber dem von diesem genannten Datum des 29. Juni hat das in der Aussage des ehemaligen Chefadjutanten Robert Bergmann vom 14. Mai 1949 angegebene Datum des 28. Juni mit Rücksicht auf die für den folgenden Tag von ihm erwähnten Vorgänge in Wiessee die höhere Wahrscheinlichkeit.

¹⁰ Die Annahme freilich, er habe bereits den 30. Juni für ihren „Stichtag“ gehalten, trägt sich schwer mit der Tatsache, daß Hitler offenkundig bemüht gewesen ist, in jenem Telefongespräch mit Röhm und in Unterredungen mit dessen Stellvertreter v. Krausser den Stabschef in Sicherheit zu wiegen. Nach der Aussage des ehemaligen SA-Gruppenführers Schreyer (s. o.) vom 27. Mai 1949 auf Grund von Mitteilungen von Kraussers vor dessen Erschießung hat Hitler diesem in der Woche vor dem 30. Juni „versichert, daß er die Gelegenheit der SA-Führertagung in Wiessee dazu benutzen wolle, um sich mit Röhm und den Gruppenführern gründlich auszusprechen und alle Differenzen und Mißverständnisse zu beseitigen. Er sehe ein und bedauere, daß er sich um die alten SA-Männer zu wenig gekümmert habe, und daß er dafür sorgen werde, daß diese nach einer Erwerbslosigkeit von vielen Jahren endlich in den Arbeitsprozeß wieder eingegliedert würden. Hitler sei auch sehr versöhnlich gestimmt gewesen gegen seinen getreuen Mitkämpfer Ernst Röhm, der auch in seinem Posten bleiben werde.“

SA-Führer zunächst Verbindungen nach beiden Seiten besessen hatte, gewinnt man in diesem Zusammenhang den Eindruck, als habe er seine SA-Vergangenheit durch besondere Brutalität wettmachen wollen. Noch im Schatten Görings, dessen Untergebene sie waren, arbeiteten schließlich Himmler und Heydrich auf den Sturz des Stabschefs hin, der ein Hindernis ihrer Pläne war, die SS nach ihren eignen Vorstellungen zu einem nationalsozialistischen Elitekorps auszubauen. Obwohl die als Sonderformation aus der SA hervorgegangene „Schutz-Staffel“ unter ihrem Chef Himmler und dem als Chef des mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten „Sicherheitsdienstes der SS“ nächstwichtigen Heydrich längst eigene Wege ging, unterstand sie formell noch dem Stabschef der SA.

Die Gründe für die Gegnerschaft der Reichswehr lagen auf der Hand. Die dilettantische Konkurrenz der SA war ihr lästig, die Person des Stabschefs suspekt. Röhms und die SA waren verantwortlich für den schleichenden Terror der Revolution. Die Reichswehr kannte Röhms Pläne genau und täuschte sich nicht über deren Gefährlichkeit. Man meinte, der Revolution den Giftzahn auszubrechen, wenn man Röhms stürzen half und die SA in ihre Schranken wies. Dazu war es vor allem notwendig, Hitler von Röhms zu trennen und ihn davon zu überzeugen, daß er die Reichswehr brauche und sich auf sie verlassen könne. Die Reichswehr befand sich dabei Hitler gegenüber insofern in einer guten Position, als dieser den beiden Generalen, die ihm gegenüber die Reichswehrführung repräsentierten, dem Reichswehrminister v. Blomberg und dem Chef des Wehrmachtsamtes v. Reichenau nicht mit dem Mißtrauen begegnete, das er sonst Offizieren gegenüber hegte. Blomberg hatte sich für Hitler als unverhoffter Glücksfall erwiesen. Er kannte ihn nicht, als Hindenburg ihn am 30. Januar 1933 zum Reichswehrminister ernannte. Ein Außenseiter unter seinesgleichen, ist er Hitler sehr bald völlig verfallen und sein kritikloser Bewunderer geworden, womit jene unerläßliche Voraussetzung erfüllt war, unter der so etwas wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Hitler möglich wurde¹¹. Wichtiger noch war Reichenau. Als überzeugter Nationalsozialist ist er der einzige maßgebende Offizier der Reichswehr gewesen, der schon vor 1933 mit Hitler regelmäßig persönliche Fühlung gehabt hat. Er war ein modernerer Offizierstyp als Blomberg, dabei sehr ehrgeizig, brutal, politisch begabt und seinem Minister geistig überlegen. Von der gleichen Hintergrundstellung aus, von der aus Schleicher so lange die Politik der Republik mitbestimmt hatte, machte er und nicht sein Minister die Politik der Bendlerstraße.

Es scheint der Reichswehrführung zunächst darauf angekommen zu sein, den Gegensatz Reichswehr—SA möglichst scharf herauszuarbeiten und dem zum Lavieren neigenden Hitler klarzumachen, daß er sich für eine der beiden Seiten entscheiden müsse. Durch Zwischenträger, unter denen der später zum Nachfolger Röhms ernannte SA-Führer Lutze eine wichtige Rolle spielte, war sie genau darüber unter-

¹¹ Blombergs Marineadjutant, der spätere Admiral von Friedeburg, war laut Fr. Hoßbach (Zwischen Wehrmacht und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 70) mit Himmler befreundet.

richtet, was bei der SA-Führung vorging, und sie tat das Ihre dazu, Hitler auf dem laufenden zu halten.

Es ist nichts darüber bekannt, wie die Erörterungen im einzelnen verlaufen sind, die Hitler veranlaßt haben, für die Reichswehr zu optieren. Aber es lassen sich einige Argumente anführen, die dabei eine Rolle gespielt haben müssen. Hitler wollte eine starke Wehrmacht. Die Aufrüstung war ein zentrales Thema seiner Politik vom ersten Tage der Machtergreifung an, denn von ihr hing Deutschlands außenpolitische Bewegungsfreiheit ab. Sie war für ihn auch ein innerpolitisches Problem, soweit die politische Haltung der künftigen Wehrmacht in Frage stand. Das Schicksal des Regimes und seiner eignen Stellung konnte davon abhängen. Würde die Reichswehr ihm politisch folgen? Oder waren seine Pläne nur mit einer nationalsozialistischen Wehrmacht nach den Vorstellungen Röhm's durchzuführen? Die Erfahrungen, die er seit der Machtübernahme mit der Reichswehr gemacht hatte, waren besser, als sein Argwohn vorausgesehen haben mag. Ihre Führung hatte sich fügsam und guten Willens gezeigt. Hitler war beeindruckt von den intelligenten, sauberen, politisch zurückhaltenden Technikern des Soldatenberufs im Offizierkorps der Reichswehr. Er wußte sehr genau, daß die Aufrüstung vor allem ein fachliches Problem war und daß es dabei auf den militärischen Sachverstand, das technische Können und das differenzierte Spezialistentum dieses Offizierkorps entscheidend ankam. Sollte er ein solches Kapital durch eine gewaltsame, unvermeidbare blutige Gleichschaltung der Reichswehr mit Röhm's SA aufs Spiel setzen und eine vermutlich mehrjährige Verzögerung der Aufrüstung in Kauf nehmen, nur um das eine Risiko einer nicht-nationalsozialistisch geführten Wehrmacht mit dem anderen Risiko einer von Röhm geführten nationalsozialistischen Wehrmacht zu vertauschen? Solche Fragen beantwortete Hitler nicht mehr als der Verkünder und Verfechter des politischen Programms einer Weltanschauung, als der er aufgestiegen war, sondern als der kalt berechnende Techniker der Macht, seiner eigenen, ganz persönlichen Macht.

Eine andere Frage muß im Spiel gewesen sein, die Hitlers persönliche Stellung aufs unmittelbarste anging: die Nachfolge Hindenburgs. Seit dem Frühjahr 1934 wußten die Eingeweihten, daß der Reichspräsident das Jahr kaum überleben würde. Seit Juni war bekannt, daß die Ärzte ihm nur mehr wenige Wochen gaben. Von der Nachfolgeregelung hing für Hitlers künftige Stellung Wesentliches ab. Wie immer die Nachfolge geregelt wurde, eines war klar: da es dabei auch um die oberste Befehlsgewalt über die Reichswehr ging, die zu den verfassungsmäßigen Rechten des Reichspräsidenten gehörte, war keine Lösung denkbar, die nicht die Billigung der Reichswehr finden würde. Unter den verschiedenen theoretisch möglichen Lösungen — wie die Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Hitler unter gleichzeitiger Ernennung eines führenden Nationalsozialisten zum Reichskanzler, oder aber die Restitution der Monarchie, die einflußreiche Fürsprecher hatte — hat Hitler die für ihn weitaus vorteilhafteste der Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in seiner Person durchgesetzt. Dies dürfte bereits vor dem 30. Juni geklärt worden sein. Hat Hitler die Zustimmung der Reichswehr

damit erkaufte, daß er Röhm und die SA opferte? Die Frage ist bis heute nicht zu beantworten.

Man kann wohl annehmen, daß Hitlers endgültige Entscheidung gegen Röhm in der ersten Junihälfte, nach seiner letzten fünfständigen Unterredung mit ihm in den ersten Junitagen, gefallen ist, daß jedoch die Frage der praktischen Folgerungen im einzelnen noch offen blieb. Die scharfe Zuspitzung der Beziehungen zwischen Reichswehr und SA im Laufe des Juni hat dann wohl seinen Entschluß zum Handeln veranlaßt. Auf beiden Seiten hatte eine undurchsichtige Aktivität eingesetzt, die dazu führte, daß sich mindestens Teile der Reichswehr und der SA in höchstem Alarmzustand und jeder des Losschlagens der anderen Seite gewärtig gegenüberstanden.

Das Dunkel, das über den Geschehnissen dieser Tage liegt, wird durch einen Bericht erhellt, der den folgenden Vorgang festgehalten hat: „Etwa am 24. Juni“ erhielt der Kommandeur der Reichswehr in Schlesien, der nachmalige Generalfeldmarschall v. Kleist, in Breslau vom Chef der Heeresleitung v. Fritsch die Warnung, daß ein Angriff der SA auf die Truppe bevorstehe. Er solle die Truppe daher „möglichst unauffällig“ bereithalten. In den folgenden Tagen liefen bei Kleist eine Fülle von Meldungen aus den verschiedensten Kreisen der Truppe, der SA, der SS, des alten Stahlhelm, von Behörden und Zivilisten ein, die Fritschs Warnung zu bestätigen schienen und das Bild einer fieberhaften Vorbereitungstätigkeit der SA ergaben. Kleist, der einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden wünschte, bat in dieser aufs höchste gespannten Situation Heines, den SA-Führer von Schlesien und nächsten Vertrauten Röhm's, zu einer Aussprache unter vier Augen zu sich, hielt ihm die bedrohlichen Vorbereitungen der SA vor und warnte ihn. Heines erwiderte, daß er seinerseits alle Maßnahmen der schlesischen Reichswehr kenne, daß er sie als Vorbereitungen zu einem Überfall auf die SA gewertet und sich deshalb abwehrbereit gemacht habe. Auf sein feierliches Ehrenwort versicherte er Kleist, daß er einen Überfall auf die Truppe weder vorbereitet noch geplant habe. In der Nacht zum 29. Juni ergänzte er telefonisch, er habe soeben erfahren, daß die Reichswehr nicht nur in Schlesien, sondern seit dem 28. Juni im ganzen Reich gegen einen SA-Putsch abwehrbereit sei. Er werde daraufhin am 29. Juni morgens nach München zu Röhm fliegen. Kleist entschloß sich nun seinerseits, am gleichen Tage nach Berlin zu fliegen, und berichtete dort dem Chef der Heeresleitung v. Fritsch in Gegenwart des Generalstabschefs Beck über seine Gespräche mit Heines. Er fügte hinzu, er habe den Eindruck, daß Reichswehr und SA von dritter Seite — er persönlich dachte an Himmler — durch fingierte Nachrichten gegeneinandergehetzt würden. Fritsch zitierte daraufhin Reichenau und ließ Kleist seinen Bericht wiederholen. Worauf Reichenau zur Antwort gab: „Das mag stimmen. Jetzt aber ist es zu spät!“¹²

¹² Affidavit des Generalfeldmarschalls Ewald von Kleist, abgegeben vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 1946 (ungedr.). Fotok. der Abschrift im Institut für Zeitgeschichte München. Heines, der nach Aussage des damaligen SA-Angehörigen Wilhelm Ott vom 12. Oktober 1949 in den Tagen vor dem 30. Juni durch den SA-Brigadeführer v. Grol-

Dieser überraschende Ausschnitt aus den Vorbereitungen des 30. Juni fügt die wenigen bekannten **Fakten** zum Bild zusammen. Röhm plante keinen Putsch am 30. Juni. Aber Teile der SA befanden sich im Alarmzustand, weil sie die militärischen Maßnahmen, die der Reichswehr unter dem Vorwand, daß ein SA-Putsch unmittelbar bevorstehe, befohlen waren, für Vorbereitungen zu einem Überfall auf die SA hielten. Schon diese Situation muß vorsätzlich herbeigeführt worden sein. Darüber hinaus aber sind offenbar auch gefälschte Alarmbefehle an die Münchner SA ergangen. So soll nach dem Zeugnis der Witwe des erschossenen Gruppenführers Schmid während einer kurzen Abwesenheit ihres Gatten am 29. Juni der seltsame Befehl gegeben worden sein: „SA auf die Straße, der Führer ist nicht mehr für uns!“ Von diesem Befehl in Kenntnis gesetzt, habe der eiligst zurückgekehrte Schmid überall dorthin, wo sich SA versammelt hatte, Kuriere mit der Weisung entsandt, „sich ruhig in ihren Lagern zu verhalten, bis weitere Befehle eintreffen“. Vor seiner Zitierung zu Hitler am frühen Morgen des 30. Juni habe Schmid zu seinem Schrecken „zwei weiße Zettel (wahrscheinlich die gefälschten Befehle)“ vermißt, die seine Schuldlosigkeit „an den Vorgängen des Freitags“ beweisen konnten, und sich dies nur so erklären können, daß der ihm feindlich gesinnte Innenminister Wagner sie im Laufe einer heftigen Auseinandersetzung mit ihm in den ersten Morgenstunden der gleichen Nacht an sich genommen habe . . .¹³ Ein SA-Oberführer, Angehöriger der SA-Jägerstandarte in Bad Tölz, der dort am Vormittag des 30. Juni zwei alarmierte Stürme der Standarte antraf und ihnen sogleich das Wiedereintrücken befahl, brachte in Erfahrung, daß die Alarmierung auf einen Befehl der SS-Junkerschule in Bad Tölz zurückgehe¹⁴. In der Spannung jener Tage genügte es, einige fingierte Nachrichten in die richtigen Kanäle zu leiten, um als unmittelbar bevorstehend erscheinen zu lassen, was SA und Reichswehr sich gegenseitig ohnehin zutrauten. Die Situation war genau die, die man brauchte, wenn man Hitler vollends überzeugen wollte, daß er jetzt zuschlagen müsse. Es ist nicht auszumachen, wer gegen wen zuerst Anlaß zum Alarm zu haben geglaubt hat. Da Hitler sicher sein konnte, daß die Reichswehr nicht ohne sein Wissen gegen die SA vorgehen würde, mag er schließlich Röhm für den Herausforderer und die Alarmierung von Teilen der SA für das Signal zur „zweiten Revolution“ gehalten haben. Genau dies muß die Absicht der Regisseure gewesen sein.

man von den Alarmvorbereitungen der Wehrmacht gegen die SA hörte, erhielt auf eine telefonische Meldung von Göring die Antwort, „es sei lächerlich und lediglich eine Übung“. Ott berichtet auch davon, daß Heines am 28. Juni bei Kleist vorsprach – mit dem nach der Entwicklung, die die Dinge nahmen, nicht unbegreiflichen Zusatz: „der ihn aber irreführte, wie ich später erfuhr“. Heines habe dann die Hälfte des Hilfswerklagers und der Stabswache in Urlaub geschickt. – Nach der Aussage von Grolmans selbst vom 30. Juni 1950 gaben er und der später erschossene SA-Brigadeführer Freiherr von Wechmar dem Reichswehrkommandanten von Schweidnitz, Oberst Kempf, „eine gleichlautende schriftliche Loyalitätserklärung“.

¹³ Brief der Frau Martina Schmid an den Generalstaatsanwalt München vom 12. Juni 1949.

¹⁴ Aussage Hans Hoeflmayr vom 25. November 1949. H. erfuhr vorher in München, „daß die SA heute nacht alarmiert worden sei. Die SA-Führer waren alle bewaffnet“.

Wer die Regisseure waren, kann kaum mehr zweifelhaft sein. Reichenau war, wie wir sahen, im Bilde, und er gehörte gewiß dazu. Seine Stellung gab ihm die Möglichkeit, im Namen der Reichswehr ein Spiel zu spielen, auf das er sich zwar kaum ohne das Einverständnis seines unmittelbaren Vorgesetzten Blomberg eingelassen haben wird, das aber offenbar schon von Leuten im Range von Fritsch und Beck nicht mehr durchschaut wurde. Auch bei der praktischen Vorbereitung und Durchführung der eigentlichen Aktion hat, wie wir jetzt wissen, die Reichswehr Hilfestellung geleistet. Als deren Vertreter besprach Reichenau vor dem 30. Juni das Zusammenwirken wiederholt mit Himmler in dessen Dienstzimmer, während Heydrich die SS-Oberabschnittsführer davon unterrichtete¹⁵. Nachweisbar in Dresden und Breslau wurde die vor der Aktion alarmierte SS in einer Kaserne der Reichswehr zusammengezogen¹⁶. In München blieben die am 30. Juni auf Befehl von Berlin mobilisierten und nachts auf Wiessee in Marsch gesetzten Teile der Wachmannschaft des Konzentrationslagers Dachau gleichfalls in einer Reichswehrkaserne in Bereitschaft, um, wie es hieß, „auftretende Unruhen im Verein mit Reichswehr und Polizei zu unterdrücken“¹⁷. Die Kompanie des von Sepp Dietrich geführten SS-Wachbataillons, der nachmaligen „Leibstandarte Adolf Hitler“ schließlich, die in der Nacht zum 30. Juni von Berlin nach einer kleinen Bahnstation in unmittelbarer Nähe von Landsberg am Lech transportiert worden war, wurde dort von einer Fahrzeugabteilung der Reichswehr aus Ludwigsburg (Württemberg) erwartet, die sie in Richtung Wiessee beförderte¹⁸. Nach alledem erscheint die von Reichenau berichtete rückblickende Äußerung plausibel, es sei wirklich nicht so leicht gewesen, die Dinge so „hinzukriegen“, daß sich der 30. Juni als reine Parteiangelegenheit dargestellt habe¹⁹.

Insbesondere aber wird man die Hauptakteure der Mordaktion selbst, Göring und Himmler, auch als die Regisseure des Vorspiels anzusprechen haben. Über die Geheime Staatspolizei, deren Chef Göring war, deren Leitung jedoch Himmler in seinem Auftrag ausübte, standen nur ihnen jene Apparaturen zur Verfügung, mit deren Hilfe man die Szene stellen konnte. Als ihr wichtigster Helfer ist daher Heydrich zu nennen, den seine Funktion als Chef des Geheimen Staatspolizeiamts

¹⁵ Befragungsniederschrift Karl Wolff (ehem. General der Waffen-SS) vom 7./8. September 1952. Institut für Zeitgeschichte München. — Aussage Dr. Werner Best vom 1. Oktober 1951.

¹⁶ Aussage Friedr. Karl Freiherr von Eberstein, damals SS-Oberabschnittsführer Dresden vom 28. Juni 1950. E. „bekam von Himmler den Befehl, die allgemeine SS in den Alarmzustand zu versetzen und Verbindung aufzunehmen mit dem Wehrkreisbefehlshaber“. Die Durchführung der Exekutionen in Dresden lag „bei der politischen Bereitschaft Sachsen“, einer „kasernierten und bewaffneten SS-Formation auf Länderetat zur Verstärkung der Landespolizei“, woraus später die SS-Verfügungstruppe in Dresden entstand. — Ferner Aussage Prof. Dr. Walfried Marx vom 21. Juni 1950.

¹⁷ Aussagen Michael Lippert, damals SS-Obersturmbannführer und Kommandeur des SS-Wachbataillons des Konzentrationslagers Dachau, vom 20. und 22. Juni 1949.

¹⁸ Aussage Sepp Dietrich vom 18. Mai 1949. Bereits zwischen Bad Tölz und Wiessee wurde die Truppe angehalten und nach München beordert.

¹⁹ Gisevius, „Bis zum bitteren Ende“, Bd. I Zürich 1946, S. 286; Hamburg 1947, S. 250

Berlin in den Brennpunkt der Ereignisse stellte. Dies Zusammenspiel hatte sein Ziel erreicht, als Hitler in den ersten Morgenstunden des 30. Juni die Aktion gegen Röhm und die SA-Führung auslöste²⁰.

Die Aktion verzichtete von vornherein auf jeden Versuch eines rechtmäßigen Vorgehens. Ohne Verfahren erschoss man, wen man für schuldig oder verdächtig hielt. Hitler griff selbst in München ein, während Göring in seinem Auftrag in Berlin handelte. Vergeblich suchte der Reichsstatthalter v. Epp, dessen Generalstabsoffizier Röhm einst gewesen war, Hitlers Mordaktion einzudämmen. Er konnte später nur mit Mühe seinen Adjutanten, den SA-Führer Prinz Isenburg, vor der ihm schon angekündigten Erschießung in Berlin retten. In dessen Gegenwart im Vorzimmer Epps verständigte Goebbels am Morgen des 30. Juni gegen 10 Uhr Göring von München aus telefonisch davon, „daß der größte Teil der ‚Verbrecher‘ in Haft“ sei; „er“ – Göring – „möge seine Aufgabe erfüllen“²¹ . . . In Berlin wie in München waren SS und Polizei die ausführenden Organe. Die Ermordungen allgemein mißliebiger politischer Gegner, die man der „einzigartigen Gelegenheit“ halber vornahm, ließ man durch Angehörige der „Österreichischen Legion“ besorgen²². Obwohl das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro am 2. Juli meldete, daß die Aktion nur vierundzwanzig Stunden gedauert habe, und Hitler tags darauf in einer Anordnung erklärte, daß sie am 1. Juli nachts abgeschlossen worden sei, dauerte das Morden nahezu drei Tage. Das Gesetz, mit dem das Reichskabinett am 3. Juli die Morde nachträglich als „Staatsnotwehr“ für Rechtens erklärte; bezog sich auf die „am 30. Juni, am 1. und 2. Juli vollzogenen Maßnahmen“.

Die Zahl der Opfer hat Hitler in seiner widerspruchsvollen Rechtfertigungsrede vor dem Reichstag am 13. Juli 1934 mit siebenundsiebzig angegeben. In Wahrheit war sie mindestens doppelt, vielleicht dreimal so hoch; die genaue Zahl wird kaum je festzustellen sein. Unter den Ermordeten befanden sich nicht nur Röhm und die ihm ergebenen SA-Führer, sondern zahlreiche Gegner und Mißliebige des Regimes. Hitler selbst nannte in seiner Rede nur noch Gregor Strasser und die Generale v. Schleicher und v. Bredow. Daß Strasser, der sich im Dezember 1932 aus Protest gegen Hitlers Politik von seinen Parteiämtern zurückgezogen hatte, von Röhm ins Vertrauen gezogen wurde, lag nicht fern. Aber es gibt außer der Behauptung Hitlers keine Anhaltspunkte dafür. Sicher ist, daß Hitler ihm nie seine eigenmächtigen Verhandlungen mit Schleicher im Jahre 1932 verziehen hat, die fast zur Spaltung der Partei geführt hätten. Wohl im gleichen Zusammenhang hatte sich Schleicher den unversöhnlichen Haß Hitlers und der Partei zugezogen. Auch bei ihm, der seit

²⁰ Der Anteil von Goebbels und Heß an jenem „Zusammenspiel“ bleibt vorläufig im Dunkeln.

²¹ Vgl. Anm. 9.

²² Aussagen Hermann Wild vom 4. Juli 1949 und Walter Kurreck (beide damals Angehörige des SD-Oberabschnitts Süd, München) vom 13. Oktober 1949. Dazu Aussage Alfred Rodenbücher, damals Führer der „Österreichischen Legion“ („Flüchtlings-SS“), vom 26. Juli 1950.

seinem Abgang auf den Tag der Rückkehr in die Politik wartete, wäre es denkbar, daß er mit Röhm im Einverständnis war, wie Hitler nachträglich behauptete. Beweise gibt es auch dafür nicht, so wenig wie für die Behauptung, daß Schleichers einstiger Mitarbeiter Bredow als Verbindungsmann zum Ausland fungiert habe. Eine notorische Lüge war die amtliche Mitteilung, daß Schleicher erschossen worden sei, weil er seiner Verhaftung mit der Waffe Widerstand geleistet habe. Schleicher ist mit seiner Frau von SS-Leuten in Zivil in seiner Wohnung kaltblütig ermordet worden²³. Unter den Ermordeten, deren Namen zunächst nur das Gerücht weitertrug, befanden sich der ehemalige bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr, der Führer der Katholiken Berlins, Ministerialdirektor Klausener, und zwei enge Mitarbeiter Papens, sein Pressereferent v. Bose und der konservative Publizist Edgar Jung.

Die offizielle Darstellung der Vorgänge bediente sich der Formel „Niederschlagung der Röhm-Revolution“ und beschuldigte die Ermordeten des Hoch- und Landesverrats. Der Vorwurf landesverräterischer Beziehungen zu „einem Vertreter einer ausländischen Macht“ — jedermann wußte, daß der französische Botschafter in Berlin, François Poncet, gemeint war — wurde später der französischen Regierung, aber nicht der deutschen Öffentlichkeit gegenüber zurückgenommen. Einen breiten Raum nahmen in der Berichterstattung die Schilderungen der moralischen Verworfenheit Röhm und seines Kreises ein, als seien Tatbestände, auf die man sich dabei berief, nicht seit Jahren bekannt gewesen und von Hitler geduldet worden. Die deutsche Öffentlichkeit empfand vor allem die Befreiung von dem Druck des schleichenden SA-Terrors und der Drohung der „zweiten Revolution“. Viele erschrakten vor der blutigen Brutalität; aber mehr noch waren bereit, darüber hinwegzusehen und sich die Ereignisse als den Sieg der guten Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung über die schlechten verständlich zu machen. Niemand durchschaute ganz die Zusammenhänge, die wenigsten übersahen die Konsequenzen.

* * *

Der 30. Juni 1934 bedeutete das Ende der nationalsozialistischen „Revolution“ im Sinne der primitiven Vorstellungen, die ihre ursprünglich treibenden Kräfte damit verknüpft haben. Hitlers Mordaktion gegen die Anhänger der „zweiten Revolution“ hat die Elemente der dynamischen Unruhe gewaltsam zum Schweigen gebracht. Mit einem Schlage waren die verschiedenartigen Kräfte und Bestrebungen, die seit der Machtergreifung in volle Bewegung kamen, in jenen Positionen fixiert, in denen wir sie nun auf Jahre hinaus festgelegt finden. Ihre Stellung zu den Vorgängen des 30. Juni hat ihnen für die Zukunft die Plätze angewiesen.

²³ Vgl. dazu die in Nr. 1 dieser Zeitschrift veröffentlichten Dokumente zur Ermordung Schleichers.

Hitler selbst ging mit einem bedeutenden Gewinn an Macht und Ansehen aus der Aktion hervor. Nachdem er sich des einzigen Nebenbuhlers entledigt hatte, fand er im eigenen Lager nur noch unterwürfige Bewunderer. Unter den führenden Nationalsozialisten hat es bis zum Ende keinen Rebellen gegen Hitler mehr gegeben. Reibungslos vollzog sich nach Hindenburgs Tod (2. August 1934) der Übergang der Befugnisse des Reichspräsidenten auf Hitler. Damit war er Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr geworden und vereinigte eine einzigartige Machtfülle in seiner Hand. 38,4 Millionen von 45,5 Millionen Stimmberechtigten gaben am 19. August 1934 in einer jener vom nationalsozialistischen Regime virtuos gehandhabten Volksabstimmungen dieser Regelung ihre „Zustimmung“.

Als eigentlicher Sieger des 30. Juni erschien äußerlich die Reichswehr. Hitler tat alles, um diesen Anschein zu verstärken. In seiner Rechtfertigungsrede vom 13. Juli bestätigte er ihr mit großem Nachdruck jene beiden Prärogativen, die sie durch Röhm bedroht gesehen hatte: daß sie der einzige Waffenträger im Staate sei und daß er sie als „unpolitisches Instrument“ bewahren wolle. Wie sehr mußte ihm im Augenblick an der Loyalität der Reichswehr liegen, wenn er in diesem Zusammenhang aussprach, er könne von den Offizieren und Soldaten nicht fordern, „daß sie im einzelnen ihre Stellung zu unserer Bewegung finden“! Niemals wieder ist er zu einem solchen Zugeständnis bereit gewesen, das der offiziellen Fiktion widersprach, daß alle Deutschen Nationalsozialisten seien. Aber die Reichswehr hatte wenig Anlaß, über Hitlers Gunstbeweise Genugtuung zu empfinden. Der 30. Juni hat einen Schatten auf die Integrität ihrer Führung geworfen. Gewiß war die Reichswehr nicht an den eigentlichen Exekutivmaßnahmen des 30. Juni und der beiden folgenden Tage beteiligt worden. Aber diejenigen, die in ihrem Namen an den Vorbereitungen der Aktion sich beteiligt haben, mußten wissen, daß sie das große Morden riskierten, das sich dann abspielte. Sie sind von der Mitverantwortung nicht freizusprechen. Daß die Reichswehrrführung selbst die Ermordung zweier ihrer Generale, trotz empörtem Widerspruch aus Armeekreisen, stillschweigend hinnahm, zeigt, daß sie sich auf eine dunkle Weise gebunden fühlte. Mit Notwendigkeit erwuchs daraus Zwiespalt in einem Offizierkorps, das seinen inneren Zusammenhalt vor allem in der Gemeinsamkeit der sittlichen Überzeugungen gesichert glaubte. Die kalte Revolution hatte die Keime der Zersetzung auch in das geschlossenste soziale Gefüge gesenkt, das es in Deutschland noch gab. Das war Hitlers größter Triumph am 30. Juni.

Mit berechtigter Genugtuung hingegen zog die Partei ihre Folgerungen aus dem Ereignis. Der alte Streit mit der SA um den Vorrang in der Bewegung war endgültig zu ihren Gunsten entschieden. Das wirkte sich bis in die entlegensten Ortschaften aus, indem die kleinen Funktionäre der Partei die lästige Konkurrenz der kleinen SA-Führer loswurden. Auf der obersten Ebene vertrat Heß als Chef der Politischen Organisation die Partei nunmehr allein im Reichskabinett. Die SA selbst erhielt in Lutze, dem Vertrauensmann der Reichswehr, einen neuen Stabschef. Sie sank bald zur einflußlosen Massenorganisation ohne politisches Profil herab, und ihre Vergangenheit schien ausgelöscht.

Mit einer Maßnahme von folgenschwerer Bedeutung stattete Hitler der SS seinen Dank ab. „Im Hinblick auf die großen Verdienste der SS, besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni“, löste er sie am 20. Juli 1934 aus ihrer bisherigen Unterstellung unter die SA und erhob sie zur selbständigen, ihm unmittelbar unterstellten Organisation im Rahmen der NSDAP²⁴. Mit diesem Gunstbeweis Hitlers begann der große Aufstieg Himmlers und der SS, eine der wichtigsten Entwicklungen der folgenden Jahre.

Die Erhöhung der SS zu der mächtigen Organisation, die dem weiteren Ablauf der Geschichte des nationalsozialistischen Regimes sein charakteristisches Gesicht gegeben hat, wirkt wie ein Sinnbild dafür, daß das ganze Regime mit dem 30. Juni seine Natur veränderte. Seit Hitler den kaltblütigen Mord zum legalen Mittel seiner Politik gemacht hat, entrinnt er nicht mehr dem Fluch der bösen Tat. Es ist von nun ab in der nationalsozialistischen Politik so, als seien gewisse Sicherungen durchgebrannt. Macht und Gewalt haben sich unwiderruflich miteinander verbunden.

²⁴ Schultheß' Europ. Geschichtskalender, Neue Folge Bd. 50, 1934, S. 187.

HANS ROTHFELS

ZUR KRISE DES NATIONALSTAATS *

Fritz Hartung zum 70. Geburtstag (12. Januar 1953)

Man kann das Thema, um dessen Erörterung es im folgenden gehen soll, auf sehr verschiedenen Ebenen behandeln und von mannigfachen Gesichtspunkten aus, die durch die ganze Breite politischer und gesellschaftlicher Gegebenheiten unserer Tage sich erstrecken, die aber auch das Gebiet sehr prinzipieller Erwägungen unmittelbar angeben. Der eine wie der andere Ansatz ist berechtigt. Aber auch wer den empirischen Weg wählt, wird sich der Pflicht nicht entziehen können, im Umkreis entscheidender Probleme gleichsam *Posto* zu fassen. Er wird vom eigenen Standpunkt, mag er leicht oder schwer errungen sein, Zeugnis abzulegen haben, — gewiß nicht mit Hervordrängung der eigenen Person aber auch ohne Scheu vor persönlicher Aussage, die der Übersicht und Untersuchung gegebener Tendenzen die Wendung auf das hin gibt, was sie für den Historiker und den sich Rechenschaft gebenden Mitlebenden bedeuten.

Es sei daher mit einigen allgemeineren und doch unvermeidlicherweise individuellen Beobachtungen begonnen, genauer gesagt mit dem Erfahrungsgehalt einer Generation, die zwei Weltkriege sehr verschiedenen Typs erlebt hat und vor der Gefahr steht, einen dritten erleben zu müssen. Nicht um die äußeren Bedingungen also oder die Wünschbarkeiten oder gar die Enttäuschungen und Gefahren der gegenwärtigen Situation soll es sich in erster Linie handeln. Weder um die offenbare Absurdität, die dem Ideal des autonomen Nationalstaats angesichts der Dimensionen des Zeitgeschehens anhaftet, nicht um jenen „Provinzialismus“ der europäischen Staatenwelt, von dem Toynbee im Hinblick auf die „globale“ Konstellation spricht, auch nicht um seine mehr methodische Fragestellung, ob die Nation oder der nationale Staat überhaupt je eine „einsehbare Einheit“ („intelligible unit“) des weltgeschichtlichen Prozesses gewesen sind. Noch soll es sich um die Pläne und Aktionen zur Überwindung einzelstaatlicher Souveränität und nationaler Selbstbestimmung handeln, in deren kritischstem Stadium wir gerade mitten inne stehen, um den Schumanplan oder den Plevenplan, um ihre Parallelen oder Überbauten, um Europa-Union oder Atlantischen Pakt, um die Illusion der „einen“ oder die Realität der „zweigeteilten“ Welt — „one world“ hier, „bi-polarized world“ dort, oder um die Fragwürdigkeit der „troisième force“. All das hat unstreitig mit der „Krise des

* Das Folgende gibt — in nur wenig veränderter und dem gesprochenen Wort gegenüber geglätteter Gestalt — eine öffentliche Antrittsvorlesung wieder, die an der Universität Tübingen im November 1952 gehalten worden ist. Bei der Form der Ausführungen, wie sie der Gelegenheit entsprach, erschien es nicht erforderlich, das Gewicht von Anmerkungen und Verweisen anzuhängen. Die Wissenschaftlichkeit in zeitgeschichtlichen Fragen, im Grunde das Thema probandum der „Vierteljahrshefte“, muß auch ohne solche Stützen die Probe bestehen können.

HANS ROTHFELS

ZUR KRISE DES NATIONALSTAATS *

Fritz Hartung zum 70. Geburtstag (12. Januar 1953)

Man kann das Thema, um dessen Erörterung es im folgenden gehen soll, auf sehr verschiedenen Ebenen behandeln und von mannigfachen Gesichtspunkten aus, die durch die ganze Breite politischer und gesellschaftlicher Gegebenheiten unserer Tage sich erstrecken, die aber auch das Gebiet sehr prinzipieller Erwägungen unmittelbar angeben. Der eine wie der andere Ansatz ist berechtigt. Aber auch wer den empirischen Weg wählt, wird sich der Pflicht nicht entziehen können, im Umkreis entscheidender Probleme gleichsam *Posto* zu fassen. Er wird vom eigenen Standpunkt, mag er leicht oder schwer errungen sein, Zeugnis abzulegen haben, — gewiß nicht mit Hervordrängung der eigenen Person aber auch ohne Scheu vor persönlicher Aussage, die der Übersicht und Untersuchung gegebener Tendenzen die Wendung auf das hin gibt, was sie für den Historiker und den sich Rechenschaft gebenden Mitlebenden bedeuten.

Es sei daher mit einigen allgemeineren und doch unvermeidlicherweise individuellen Beobachtungen begonnen, genauer gesagt mit dem Erfahrungsgehalt einer Generation, die zwei Weltkriege sehr verschiedenen Typs erlebt hat und vor der Gefahr steht, einen dritten erleben zu müssen. Nicht um die äußeren Bedingungen also oder die Wünschbarkeiten oder gar die Enttäuschungen und Gefahren der gegenwärtigen Situation soll es sich in erster Linie handeln. Weder um die offenbare Absurdität, die dem Ideal des autonomen Nationalstaats angesichts der Dimensionen des Zeitgeschehens anhaftet, nicht um jenen „Provinzialismus“ der europäischen Staatenwelt, von dem Toynbee im Hinblick auf die „globale“ Konstellation spricht, auch nicht um seine mehr methodische Fragestellung, ob die Nation oder der nationale Staat überhaupt je eine „einsehbare Einheit“ („intelligible unit“) des weltgeschichtlichen Prozesses gewesen sind. Noch soll es sich um die Pläne und Aktionen zur Überwindung einzelstaatlicher Souveränität und nationaler Selbstbestimmung handeln, in deren kritischstem Stadium wir gerade mitten inne stehen, um den Schumanplan oder den Plevenplan, um ihre Parallelen oder Überbauten, um Europa-Union oder Atlantischen Pakt, um die Illusion der „einen“ oder die Realität der „zweigeteilten“ Welt — „one world“ hier, „bi-polarized world“ dort, oder um die Fragwürdigkeit der „troisième force“. All das hat unstreitig mit der „Krise des

* Das Folgende gibt — in nur wenig veränderter und dem gesprochenen Wort gegenüber geglätteter Gestalt — eine öffentliche Antrittsvorlesung wieder, die an der Universität Tübingen im November 1952 gehalten worden ist. Bei der Form der Ausführungen, wie sie der Gelegenheit entsprach, erschien es nicht erforderlich, das Gewicht von Anmerkungen und Verweisen anzuhängen. Die Wissenschaftlichkeit in zeitgeschichtlichen Fragen, im Grunde das Thema probandum der „Vierteljahrshefte“, muß auch ohne solche Stützen die Probe bestehen können.

Mit einer Maßnahme von folgenschwerer Bedeutung stattete Hitler der SS seinen Dank ab. „Im Hinblick auf die großen Verdienste der SS, besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni“, löste er sie am 20. Juli 1934 aus ihrer bisherigen Unterstellung unter die SA und erhob sie zur selbständigen, ihm unmittelbar unterstellten Organisation im Rahmen der NSDAP²⁴. Mit diesem Gunstbeweis Hitlers begann der große Aufstieg Himmlers und der SS, eine der wichtigsten Entwicklungen der folgenden Jahre.

Die Erhöhung der SS zu der mächtigen Organisation, die dem weiteren Ablauf der Geschichte des nationalsozialistischen Regimes sein charakteristisches Gesicht gegeben hat, wirkt wie ein Sinnbild dafür, daß das ganze Regime mit dem 30. Juni seine Natur veränderte. Seit Hitler den kaltblütigen Mord zum legalen Mittel seiner Politik gemacht hat, entrinnt er nicht mehr dem Fluch der bösen Tat. Es ist von nun ab in der nationalsozialistischen Politik so, als seien gewisse Sicherungen durchgebrannt. Macht und Gewalt haben sich unwiderruflich miteinander verbunden.

²⁴ Schultheß' Europ. Geschichtskalender, Neue Folge Bd. 50, 1934, S. 187.

Nationalstaats“ als einer sozusagen unzeitgemäß gewordenen Form des politischen Lebens zu tun und spiegelt sie in bezeichnender Weise wider: eine Lage, in der, wie man es mit einem unscharfen Ausdruck zu bezeichnen pflegt, nur die ganz Großen noch „Vollsoveränität“ haben.

Es soll statt dessen zunächst versucht werden, die äußere Krise da vornehmlich aufzusuchen, wo sie von einer zeitgenössischen Generation innerlich erfahren und durchlebt worden ist: das heißt aber sehr wesentlich im konkreten historisch-politischen Denken selbst, für das noch vor wenigen Jahrzehnten der Nationalstaat ein unbezweifelbarer, ja häufig genug ein fast ausschließlicher Orientierungspunkt war, der sogar zurückgetragen wurde in Zeiten — in der deutschen Geschichte etwa die der mittelalterlichen Kaiserpolitik oder des brandenburgisch-preußischen Aufstiegs —, die sich einem solchen Maßstab aufs offensichtlichste entzogen.

Auch dieser Ausgang von einer Generationserfahrung ist ein empirischer und induktiver Ansatz, wie er dem Historiker am gemäßesten erscheint —, aber freilich einer, mit dem die Bewertungsfrage zeitgeschichtlicher Tendenzen untrennbar verbunden ist und der mit Notwendigkeit auf eine prinzipielle Besinnung hinführt. Sie liegt nahe genug für Menschen, denen es — in der einen oder anderen Form und auf jedem möglichen Schauplatz — nicht erspart geblieben ist zu sehen und oft sehr drastisch zu fühlen, welch grauenhafter Übersteigerung und welch dämonischer Zuspitzung der Nationalstaatsgedanke im Dritten Reich fähig war. Man kann den Nationalsozialismus trotz seiner betonten Ablehnung aller Überlieferungen eines liberalen und demokratischen Jahrhunderts sehr wohl als Nachfrucht — oder, um in der Sprache des Regimes zu reden —, als „entartete“ Nachfrucht eben dieses Jahrhunderts verstehen. So wurde der nationale Egoismus, der gewiß eine Grundkraft der modernen Geschichte ist, zum Anspruch der Herrenrasse verabsolutiert. So wurde die Vergottung des Staates, an der es in Ansätzen nicht gefehlt hatte, zu der des Volkes, ja der einen sterblichen Person, in der es sich inkarnierte. So wurden der mechanische Zentralismus, der im Begriff der „nation une et indivisible“ angelegt war, und der Souveränitätsbegriff, der im Bismarckschen Reich in die Schranken des Rechts noch gebannt, ja selbst eine Schranke gegen die Naturkraft des Nationalen gewesen war, von allen Bindungen befreit zur Herrschaft über Leiber und Seelen. So wurde das gesunde Volksempfinden, das sehr fein gegen Unrecht reagieren kann, aber auch der Verführung durch Massenleidenschaft aller Art ausgesetzt ist, zur Rechtfertigung jeder Gewalttat förmlich auf den Richterstuhl erhoben. Schließlich wurde die Nation selbst, die eine durchaus historische Kategorie ist, so radikal ins Biologische umgedeutet, daß sie alle geschichtlichen Strukturen zerriß; sie schied zunächst alles Unverträgliche oder unverträglich Scheinende im Inneren mit fanatischer Folgerichtigkeit aus, bis sie in einer akuten Bedrohung der mitlebenden Völker endete. Alle Werte deutscher politischer Vergangenheit, Reichsgedanke und Preußentum, Staat und nationale Einheit, Soldaten- und Beamtenpflicht, Gemeinschaft und Gefolgschaft, Ordnung und Hingabe wurden in den Schmelztiegel einer Propaganda geworfen, die sie bis zur Unkenntlichkeit verwandelt entließ. Anders ausgedrückt, sie wurden so überstrapaziert, daß allein schon das — von allen anderen

Folgen abgesehen — einen schalen Nachgeschmack und eine tiefe Ernüchterung hinterlassen mußte.

Begreiflich genug, daß man in Deutschland nach 1945 vielleicht weiter von überkommenen nationalistischen Vorstellungen entfernt war als irgendwo sonst. Wer nach langer Abwesenheit zurückkehrte, dem fiel diese Ernüchterung, in der trotz zur Schau getragener Skepsis ein sehr positiver Ansatz europäischer Besinnung steckte, sinnfällig auf. Propagandaversuche jeder Art begegneten einem allergischen Widerstand, und auf dem Katheder etwa in nationales Pathos zu verfallen, verbot sich von selbst. Wenn man mit jungen Menschen diskutierte und einer von ihnen versehentlich in ausgefahrene Gleise geriet, so konnte es wohl geschehen, daß ironische „Heil“-Rufe aus dem Auditorium erschallten. Die Studentengeneration der zweiten „Nachweltkriegs-Phase“ erwies sich in der Tat — anders als die der ersten — ungewöhnlich widerstandsfähig gegen demagogische Ableitungen des Ressentiments und hat das gegenüber einem leichter verführbaren Kleinbürgertum etwa bei den Demonstrationen in Freiburg und Göttingen sehr deutlich unter Beweis gestellt.

Wenn gleichwohl im Zuge so mancher „restaurativer“ Vorgänge über Europa hin auch von einer Wiederbelebung des deutschen Nationalismus zu sprechen ist, so wird es sich dabei um mehr als den üblichen psychologischen Pendelschlag handeln. Insbesondere wirkten zwei konkrete Erfahrungen sich aus. Einmal ist der Nationalstaat ja nicht nur von Deutschen übersteigert und überstrapaziert worden, bis zur völligen Entleerung und zur barbarischen Unmenschlichkeit hin — in jenem Grillparzerschen Zirkel „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ — sondern ebenso auch gegen Deutsche. In diesem Zeichen geschah ja der berüchtigte „clean sweep“, die Bereinigung der Nationalitätenkarte im Osten und Südosten Mitteleuropas, die mit den Mitteln der Deportation, der Austreibung und Dezimierung die historischen Völkerzusammenhänge, die Hitler schon weitgehend in Frage gestellt hatte, nun vollends zerriß und viele Millionen heimatlos machte. Auch das gehört in das Kapitel von der Dämonie einmal entfesselter Gewalten und — richtig verstanden — zur Krise des Nationalstaats als eines lebensfeindlichen Idols der Uniformität. Sehr bezeichnend und sehr hoffnungsvoll ist, daß grade unter den Vertriebenen selbst bisher das restaurative Gedankengut verhältnismäßig wenig Eingang gefunden hat, wie sie denn in ihrer „Charte“ zu europäisch-zwischenvölkischen Lösungen sich ausdrücklich bekennen.

Tiefer noch greift wohl eine andere Erfahrung. Es ist der natürliche Einheitswunsch eines geschichtlichen Volkes, der nicht notwendig zentralistische, uniforme und exklusive Zusammenfassung bedeutet, durch eine künstliche Zweiteilung und eine willkürliche Verstümmelung so tief verletzt worden, und es ist das unverlierbar Echte des nationalen Empfindens, das der Anlehnung an aufbauende Überlieferungen der Vergangenheit und einer ruhigen nicht unkritischen, aber würdigen Selbstachtung bedarf, so in den Staub gezerzt worden, daß Reaktionen wohl unvermeidlich waren. Andere psychologische Fehlgriffe kamen hinzu, wie denn der Mißbrauch des Denkens in kollektiven Kategorien nicht durch eine Wiederholung des Verfahrens unter umgekehrten Vorzeichen geheilt werden

kann. Aber der Historiker wird berechtigt sein hinzuzufügen, daß auch Restaurationen kein Heilmittel sind, daß also die Krise des Nationalstaats nicht durch ein bloßes Zurück gelöst werden kann — so wenig wie die gesellschaftliche Krise oder wie die Grenzfragen des deutschen Ostens —; gewiß nicht durch ein Zurück zu den Parolen einer jüngst vergangenen Zeit, die das Problem so schneidend gemacht und als schwere Last hinterlassen hat, aber auch nicht durch Wiederherstellung der Gültigkeit des Nationalstaats als der normativen Form politischen Lebens oder eines entwicklungsgeschichtlich notwendigen Stadiums, wie das einer früheren Epoche zu glauben nahe lag, aber der lebenden Generation doch schon vor 1935 höchst fraglich wurde.

Damit wird die Betrachtung auf ein etwas weiter zurückliegendes Feld geschichtlicher Erfahrung geführt, auf dem die Problematik des Nationalstaats schon längst deutlich geworden war, ehe die eigentliche Zuspitzung erfolgte. Es wird daher gut sein, sich einiger Tendenzen zu erinnern, die schon vorher über ihn hinauswiesen oder an ihm vorbeiführten.

Sucht man sich zunächst in die Lage vor 1914 zu versetzen, so war es in vielem die einer noch ungebrochenen Welt. Wer etwa damals in Deutschland Geschichte studierte, wird unter dem Einfluß des noch heute lebenden Nestors der deutschen Historiker, Friedrich Meinecke, gestanden haben. Er wird mindestens sein Buch über „Weltbürgertum und Nationalstaat“ gelesen haben, das im Rückblick wie eine Verdichtung des geistig-politischen Gehalts jener Jahre vor dem Sturm erscheint. Es predigte gewiß alles andere eher als einen handfesten Nationalismus oder irgendwelche Haßgesänge, aber sah doch den Nationalstaat — mit nur sehr leichten Vorbehalten einer letzten universalen Einordnung — als Erfüllung der Zeiten, als glückhafte Überwindung partikularistischer Enge wie verfließender Weite. So durften der Einheitswille und der Kulturwille des Bürgertums als versöhnt gelten, Staat und Kultur, Staatsnation und Kulturnation traten in der nationalstaatlichen Synthese zusammen. Das war ein Prozeß, der im Entwicklungsgang großer Denker vorgebildet und gleichsam geistesgeschichtlich legitimiert erschien, der aber auch einen optimistischen Bezug hatte zur konkreten politischen Umwelt des deutschen Südwestens, zur Schweiz mit ihrer Überwölbung von drei Kulturnationen durch eine Staatsnation, zum Nachbarland Elsaß-Lothringen, wo eine kulturnationale Prägung von Deutschland her gegenüber einer staatsnationalen von Frankreich her vordrang und ein dorniges Problem endlich zu befrieden schien, wie auch zu der badischen Blockpolitik, der es um den inneren sozialen Frieden, um die Überwindung des Zwiespalts der „two nations“ ging.

Es ließen sich gewiß die Klüfte und Risse nicht übersehen, die hier wie dort der Versöhnung entgegenstanden. Aber sie konnten die Hoffnung, daß auf nationalem Boden Persönliches und Allgemeines, Kulturelles und Politisches, Sonderung und Solidarität sich am besten ergänzten und befruchteten, nicht ernstlich erschüttern. Mit einer Freudigkeit, die vom Würgegriff der Geschichte noch kaum etwas ahnte, insbesondere aber mit einem ungeteilten Bewußtsein des Dienstes an einer den einzelnen umfassenden, ja im Grenzfall aufhebenden Kollektivindividualität, so zog

die Studentengeneration von 1914 in den Krieg. Wie es einer der Freiwilligen von Langemarck unvergeßlich ausgedrückt hat: „Man betrachte das eigene Leben als verwirkt und lebe das eine, unsterbliche Leben der Nation!“ — Es tut dem Glanz und der Echtheit dieser Worte keinen Abbruch, wenn man bemerkt, daß sie so wohl kaum noch von den Lippen eines jungen Menschen heute fallen würden. Und auch in den Ereignissen selbst konnten sie nicht auf die Dauer bestehen. Sie verblaßten vor dem Ansturm grober Macht- und Gruppeninteressen, vor dem sich enthüllenden Pluralismus jener Kollektivindividualität und vor den annexionistischen Begehrlichkeiten. Zudem verwandelte sich, wenn man so sagen darf, der nationalstaatliche Ausgangspunkt des Krieges: mit der Verlängerung des Kampfes in die Welt traten Serbien und Elsaß-Lothringen in den Schatten, bis mit dem Epochenjahr von 1917, mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten und mit der russischen Revolution, sich der Konflikt von Staaten und Nationen mit einer Front von Weltparteien ideologischer und sozialer Art zu durchziehen begann.

Gleichwohl sah mit dem Jahr 1918, mit dem Zusammenbruch der Nationalitätenstaaten Rußland, Österreich-Ungarn und der Türkei, wie mit der Proklamation des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Nationalstaatsgedanke sich auf dem Höhepunkt des Sieges, — freilich eines pyrrhischen Sieges. An Warnern hat es nicht gefehlt. Wilsons nächster amtlicher Berater, der Staatssekretär Robert Lansing, hat von dem Grundgedanken der vierzehn Punkte, eben dem Selbstbestimmungsrecht, gesagt, es sei „mit Dynamit“ geladen, und die westlichen Alliierten sträubten sich aus begreiflichen Gründen gegen die Anerkennung eines universalen Anspruchs jeder Nation auf einen eigenen Staat, also gegen ein unbedingtes Recht der Sezession.

Neben diesen realistischen und zu gutem Teil opportunistischen Bedenken steht die Echtheit des Glaubens von Präsident Wilson an das, was er ein „imperatives Mandat“ nannte, außer Frage. Und auf dem Boden des angerufenen Prinzips ist in der Tat schwer einzusehen, mit welchem Recht kleinen und mittleren europäischen Völkern versagt werden sollte, was den größeren zugefallen oder zugestanden war. Auch läßt sich nicht leugnen, daß das Selbstbestimmungsrecht, insbesondere in der Form „echter“ Plebiszite, einigen dornigen Fragen zu besserer oder mindestens tragbarer Lösung verhalf. Aber abgesehen von sehr anderen Fällen der Scheinanwendung und des verhüllten oder offenbaren Mißbrauchs war es vor allem doch und aufs handgreiflichste so, daß das Prinzip selbst sich zu widerlegen begann. Es war eine offenbare Paradoxie, dem nationalen Souveränitätsgedanken einen so entscheidenden Impuls, eine solche Bluttransfusion gleichsam zu geben, während es gleichzeitig um die Bildung eines Völkerbundes ging. Auch erwies sich das Zerschlagen übernationaler Verbände nicht grade als besonders geeignetes Mittel zum föderativen Wiedervereinen ihrer Teilstücke oder „Nachfolger“, deren Mentalität in der Tat alles, was man den vorangegangenen zwischenvölkischen Monarchien an Intoleranz glaubte vorwerfen zu können, weit hinter sich ließ. Palackys Worte, daß man den Habsburger Staat erfinden müsse, wenn er nicht schon existierte, erwiesen aufs neue ihren Wahrheitsgehalt. Kurz, es zeigte sich, daß der National-

staat des 19. Jahrhunderts in der Anwendung auf einen Raum intensiver ethnischer oder mindestens sprachlicher Durchkreuzungen und auf Gebiete vielnationaler Struktur keine „fortschrittliche“, sondern eine überholte, ja eine reaktionäre Lebensform war. Sie führte zu einer Zerreißung wirtschaftlicher und kultureller Zusammenhänge und zu nationalistischen Exzessen, gegen die der Minderheitenschutz des Völkerbunds nur sehr unvollkommene Abhilfe bot. Zugleich balkanisierte sie einen Raum, der von der revolutionären Welle des Ostens bedroht war und der — von allen fehlenden Voraussetzungen genügender ethnischer Substanz oder genügender Kräfte zu äußerer Gegenwehr abgesehen — auch im Innern über keine gesicherte Gesellschaftsordnung und keine standfeste bürgerliche Schicht als die Basis nationalstaatlicher Bildungen verfügte.

Wer das Glück gehabt hat, in jenen Jahren an der nordöstlichen Universität Deutschlands tätig zu sein, für den mußten diese Fernwirkungen von Versailles und die durch den ersten Weltkrieg geschehene Revolutionierung Europas eindrucklich genug sein. Gewiß: im öffentlichen wie im beruflichen Leben trat die Aufgabe geistig-kultureller, aber auch politisch-nationaler Selbstbehauptung in einer zersplitterten Grenzzone stark in den Vordergrund. Doch eben dies führte über die bloße Abwehr und die Polemik hinaus zu einem neuen Durchdenken gesellschaftlicher, politischer und nationaler Lebensformen. Es ging dabei weniger um eine Revision der Grenzen als eine Revision der Gesinnungen. Die ostdeutschen Universitäten haben in Forschung und Lehre sich diesem Gebot nicht versagt, und rund um sie herum gab es des antreibenden Erfahrungsmaterials genug. Es mochte zurückführen auf die Einsicht in Fehler und Anmaßungen der deutschen Vergangenheit gegenüber den westslawischen Nachbarn, aber auch auf eine positive Neubewertung der östlichen, d. h. der nicht-nationalstaatlichen Seite des Bismarckschen Reiches. Man kam in nahe Berührung mit dem baltischen Deutschtum, das noch immer in den eigentümlichen Formen einer ständischen Autonomie lebte und in der nicht weniger eigentümlichen Doppelheit von Staat und Kultur, die einst Treitschke als Unsittlichkeit verurteilt hatte: mit jener glücklichen Naivität der Gleichsetzung von Nationalem und Ethischem, die uns gründlich abhanden gekommen ist. Vor allem aber führte die Tatsache von 30 Millionen Menschen, die nicht einem Nationalstaat angehörten und zumeist nicht angehören konnten, zu einem tieferen Infragestellen des Ideals der Uniformität, des „cuius regio, eius natio“. Es galt offenbar, die Gegebenheit völkischer Vielfalt ernstnehmend zu bejahen und positiv zu wenden. Statt sie mit Gewalt oder mit der stilleren Wirkung des demokratischen Mehrheitswillens oder mit einer Mischung von beiden anzugehen, kam es auf Formen innerer Befriedigung und Auflockerung an, für die in den Minderheiten nicht so sehr eine Bürde wie vielmehr ein wertvoller Ansatzpunkt vorlag.

Der wichtigste Versuch dazu geschah — in Fortführung gewisser österreichischer Experimente — auf baltischem Boden, in jener korporativen Kulturautonomie, die es Menschen erlaubte, ohne seelischen Bruch und in der Freiheit des Gewissens einem Volk und einem anderen Staat anzugehören. Es war eines der hoffnungsvollsten Symptome der Zwischenkriegsjahre, daß der Internationale Kongreß

europäischer Minderheiten, dem neben deutschen zwanzig nicht-deutsche Minoritäten angehörten, diese Vorform des übernationalen Staats wie des überstaatlichen Volks als Muster und im Sinne einer wechselseitigen Verbindlichkeit anerkannte. Hier handelte es sich nicht mehr um bloße „Toleranz“, von der Goethe in den „Maximen und Reflexionen“ einmal sagt: „Dulden heißt Beleidigen“, — es handelte sich um Anerkennung berechtigter Verschiedenheit und gleicher Würde.

Man wird nicht sagen können, daß diese Bestrebungen durch die gewaltsamen Rückschläge — nach 1933 in der einen und nach 1945 in der entgegengesetzten Richtung — schlechthin überwalzt worden sind oder daß die in den 20er Jahren an den ostdeutschen Universitäten geleistete Erziehungsarbeit schlechthin vergeblich gewesen ist. Spuren der Fortwirkung würden sich im Kreis der schlesischen Grafen (Kreisauer Kreis) bis in die deutsche Widerstandsbewegung verfolgen lassen, und Wiederanknüpfungen des seinerzeit Begonnenen liegen trotz allem unäglich Bitteren, was sich Menschen auf beiden Seiten angetan haben, im Verhältnis deutscher Vertriebenen-Organisationen zu gemäßigten und — gegenüber der nationalstaatlichen Tradition — revisionsbereiten polnischen und tschechischen Exilgruppen vor. Schicksalsträchtig genug war der ostmitteleuropäische Raum gewiß, und zwar nicht nur für die miteinander verzahnten Deutschen und Westslawen. Aber man wird freilich auch das Lokale und Begrenzte dieser Experimente einer übernationalen Ordnung sich einzugestehen haben und nach größeren und dauernderen Beispielen einer Entwicklung über den Nationalstaat hinaus oder an ihm vorbei Ausschau halten. Sie bieten sich im angelsächsischen Bereich, mit dem in nahe Berührung zu kommen für jeden, dem die mitteleuropäischen Nationalitätenprobleme eine Kernfrage zwischenvölkischer Lösungen sind, eine ungemein bereichernde Erfahrung sein muß.

Was zunächst die Vereinigten Staaten betrifft, so weisen schon Name und Entstehung auf einen vom westeuropäischen Nationalstaat sehr abweichenden Typ hin. Es war nicht eine Nation, abgesondert etwa durch Sprache und Kultur oder durch unterschiedliche politische Traditionen, sondern es waren 13 Kolonien, die sich im Namen der Selbstregierung, also eines mutterländischen Prinzips, befreiten und föderierten. Und man kann zweifeln, ob die USA je ein Nationalstaat im europäischen Sinn geworden sind. Sie haben gewiß eine politische Nationalität entwickelt, die Bürger jedweder völkischer Herkunft in unbezweifelbarer Loyalität zusammenfaßt, übrigens auch einen Nationalismus sehr eigener und unmißverständlicher Art. Aber sie haben dabei etwas vom Vielvölkerstaat behalten oder erst recht herausgebildet. Ihr föderativer Aufbau gibt den selbstverwaltenden Einzelstaaten eine sektionale Farbe, die zum Teil etwas mit der jeweiligen „innernationalen“ Zusammensetzung zu tun hat. Seit dem Anwachsen der ost- und süd-europäischen Einwanderung werden die ethnisch-kulturellen Blocks nicht notwendigerweise mehr eingeschmolzen, ja auch in der Außenpolitik macht sich der Einfluß europäischer „Minderheiten“ auf dem Wege über die Wahlen fühlbar. Zugleich aber sind die Vereinigten Staaten ein modernes Imperium geworden, indem in unserer Phase, wie man schlagwortmäßig zu sagen pflegt, die Politik des „big stick“

durch die „good neighbour policy“ ersetzt worden ist. Eine Gemeinsamkeit der Hemisphäre ist so mindestens angenähert worden, die doch nicht nur auf wirtschaftlicher Durchdringung, sondern auf einem gewissen supranationalen Bewußtsein beruht.

Das englische Beispiel steht dem europäischen und insbesondere dem ostmitteleuropäischen Erfahrungsbereich näher, etwa dem von Völkerunionen unter monarchischer Spitze, wie sie dem Spätmittelalter so geläufig waren. Nicht zufällig ist ja der offizielle Name des Inselstaats auch heute noch „The United Kingdom“. Es gibt — auch unter dem ausgebauten Wohlfahrtssystem der letzten Jahre — keine eigentlich zentralistische Zusammenfassung des Staats, und vor allem gibt es keine herrschende Nation unter Engländern, Wallisern und Schotten. Auch der Name „British“ ist, wie man mit Recht bemerkt hat, national farblos. Und wenn es in dem großen Mischbereich zwischen dem geschlossenen deutschen und dem geschlossenen russischen Siedlungsraum darum ging, das Problem der Nationalität vom Politischen zu lösen, so ist in England das, was man nach der Analogie des Kirchlichen „disestablishment“ nennt, auf Grund lokaler und kultureller Autonomie weitgehend gelungen.

Die gleichen Organisationsprinzipien haben dann in der Ausbildung des Britischen Weltreichs zum Commonwealth of Nations sich ausgewirkt. Die großen weißen Dominions — oder wie sie heute heißen die „realms“ — sind auf dem Weg zu voller Ausbildung ihrer Nationalität, mit eigenen Symbolen, eigener Flagge, eigener Hymne usw.; aber dieser Prozeß ist weder von den üblichen Folgen der Desintegration begleitet gewesen, noch hat er an der bundesstaatlich aufgelockerten Form der Dominions selbst etwas geändert. Sie sind zusammen und untereinander völlig autonom und gleichberechtigt in status, wie die Imperial Conference von 1926 erklärte. Seit das Westminster Statute von 1931 die letzten imperialen Kompetenzen des mutterländischen Parlaments aufgehoben hat, sind sie nur noch durch das gemeinsame Symbol der Krone verbunden. Seitdem ist auch das Recht der Sezession ihnen mit zunehmender Bestimmtheit zuerkannt worden. Daß es nicht ausgeübt wird, hängt zum Teil sicher mit der Tatsache gemeinsamer Sprache und Abstammung zusammen — der Tatsache einer „family affair“, mehr noch mit gemeinsamen Interessen wirtschaftlicher und vor allem strategischer Art, was freilich in der neuen Weltsituation für Australien und erst recht für Kanada nur noch in sehr begrenztem Maße zutrifft. Eher gilt noch immer die Kraft gemeinsamer Ideale, eines Zusammenschlusses in Freiheit. So hat das Beieinanderbleiben doch wohl Wesentliches gerade damit zu tun, daß prinzipiell das Recht der Sezession besteht und praktisch — anders wie in der Sowjetunion — auch jederzeit in Anspruch genommen werden könnte. Das war die Philosophie des berühmten Balfour Reports mit seiner Betonung der freien Assoziation. Nicht zu Unrecht hat Marschall Smuts einmal gesagt: „Das Britische Weltreich ist das größte Paradox aller Zeiten, insofern als seine Stärke im Mittelpunkt sich herleitet von seiner Schwäche an der Peripherie.“

Es wäre ferner zu verweisen auf die Lösung des Problems der Doppelnationalität, das für bestimmte mitteleuropäische Verhältnisse eine paradigmatische Bedeu-

tung hat. In Kanada ist die französische Bevölkerung nicht eine geduldete und geschützte Minorität, sondern gleichberechtigter Partner und eben darum eine der stärksten Klammern des Reichs. In Neuseeland hat man für die Nationalität einer wachsenden Maori-Bevölkerung eine ansprechende Lösung gefunden. Und es hat immer als eine der größten Leistungen gegolten, daß die Südafrikanische Union so kurz nach einem blutigen Krieg und aus der Wurzel doppelter Nationalität zu einem sich selbst bestimmenden Mitglied des Commonwealth wurde. Ja, die Idee dieser Reichsreform ist recht eigentlich auf südafrikanischem Boden, von den jungen Männern in der Umgebung Lord Milners, vorgeformt worden. Gerade hier hat dies Organisationsprinzip nun freilich im Zusammenprall einer anglo-burischen Minderheit mit einer farbigen Mehrheit sich den gefährlichen Konsequenzen nationalstaatlicher Entwicklung von der einen wie der anderen Seite immer stärker gegenübergestellt gesehen. Erst recht gilt das von den Versuchen, den Commonwealth-Gedanken, d. h. die Bindung durch Freiheit, auf noch dünner von Weißen besetzte zentral- und ostafrikanische Gebiete anzuwenden. Hier hat sich eine nationalstaatliche Problematik erhoben, wenn man es noch oder schon so nennen will, die durch eine Verbindung nativistischer und sozialrevolutionärer Kräfte einen gefährlichen Grad (etwa in Kenia) zu erreichen scheint.

Überhaupt wird man ja das Gesamtbild der englischen und der Empire-Situation gewiß nicht idealisieren wollen. An Fehlschlägen hat es nicht gefehlt. So ist im Palästinensischen Mandat die Konzeption der Doppel-Nationalität mit jüdisch-arabischer Partnerschaft gescheitert. Das geschah freilich im engsten Zusammenhang mit den mitteleuropäischen Ereignissen, d. h. der erzwungenen Massenauswanderung von Juden, die dann ihrerseits zu einer höchst merkwürdigen, im Licht allgemeinerer Tendenzen gradezu anachronistischen Renaissance eines Nationalstaats geführt hat. In der Tat wäre sie ohne das „Zurückstellen der Uhr“ durch Hitler kaum zu erklären. — Im englischen Bereich war noch empfindlicher die Niederlage in nächster Nachbarschaft, in Irland. Vielleicht wäre es doch noch möglich gewesen, mit dem Mittel der Home Rule und schließlich der Dominion-Stellung das alteingefressene Übel zu heilen, wenn es sich nicht um ein ebenso kompliziertes Doppelverhältnis wie in Mitteleuropa (etwa in Böhmen) gehandelt hätte. Auch in Irland war es ja so, daß ein Teil, der Norden, der Selbständigkeit eines Nationalstaats, in dem er Minderheit sein würde, ebenso leidenschaftlich widerstrebte, wie der andere sie begehrte. So kam es zur zweifachen Desintegration und zur doppelten Sezession, der Irlands vom Commonwealth und der Ulsters von Irland. Es blieben zwei entzündliche Wundflächen übrig — und zwar an strategisch bedeutender Stelle.

Hingegen wird man die sich verstärkenden Autonomiewünsche Schottlands bis zur Forderung eines eigenen Parlaments hin nicht unter dem gleichen Nenner registrieren wollen. Sie fallen vielmehr mit dem zusammen, was auch in den fester gefügten zentralistischen Nationalstaaten Westeuropas bis zu einem gewissen Grade vor sich geht: in Sizilien oder unter Basken und Katalonen, unter Provenzalen und Bretonen. Wenn auch das eine Krise des Nationalstaats andeutet, so doch wohl

eine mit positivem Vorzeichen. In der Tat würde eine innere Auflockerung regionaler oder autonomistischer Art das Übergreifen der starren Grenzen durch zwi-schenvölkischen Zusammenschluß zu erleichtern geeignet sein, wie denn der Nationalstaat typischer Gestalt mit der Existenz von — nach innen wie nach außen — fest geschlossenen Blöcken steht und fällt. Umgekehrt befinden sich Lokalismus und Universalismus oft in einem gewissen Komplementärverhältnis.

Aber ist all das, so wird der Einwand mit Recht lauten, nicht viel zu sehr von Europa gesehen und damit Ausdruck eines Europazentrismus, der nur die Welt des weißen Mannes für beachtlich hält? Was in der einen geschichtlichen Sphäre, in der der Nationalstaat frühe Wirklichkeit geworden ist, trotz aller Rückschläge als im Ablauf begriffen oder mindestens als problematisch geworden erscheint, befindet sich in der farbigen Welt offenbar im steilsten Anstieg. In der Tat sind neue Nationen mit dem Anspruch auf nationalstaatliche Existenz in Nordafrika und Asien aufgesprungen „wie bewaffnete Männer aus den Drachenzähnen, die der Westen gesät hat“. Es bleibt ein frommer Wunsch, daß es nicht so sein möge, d. h. daß nationale Verselbständigung kultureller wie politischer Art und der Abbau überalterter Herrschaftsverhältnisse nicht zu immer weitergreifender Partikularisierung und selbstmörderischer Entzweiung, sozusagen zu einem leidvollen Repetitionskurs europäischer Geschichte führen möge. An erschütternden Beispielen dafür hat es nicht gefehlt, und es bleibt für die unmittelbar Betroffenen ein magerer Trost wie auch sonst nicht eben sehr hilfreich, wenn man sie auf dem Generalkonto „objektiver Notwendigkeit“ oder unvermeidlicher Geburtswehen abbucht. Man weiß, welche Hekatomben an Menschenleben und welche Massenaus-treibungen auch hier die Befreiung wie insbesondere die Teilung Indiens gefordert hat. Dabei hat sich doch die territoriale Absonderung der zwei Religionen nicht erreichen lassen, und in Kaschmir ist zudem ein neuralgischer Punkt übriggeblieben. Man mag vielleicht hoffen, daß es Nehrus Staatskunst gleichwohl gelingt, den Subkontinent föderativ einmal wieder zusammenzufassen als Kernstück einer wirklichen *troisième force*.

Aber einstweilen steht das asiatische wie das afrikanische Horoskop auf zunehmende Vereinzelung und sich verschärfende Animosität. Der arabische Nationalismus hat sich in Nationalstaaten organisiert, die — von den Nachbarschaftsbeziehungen ganz abgesehen — auch untereinander nicht immer gerade sehr freundlich oder gar solidarisch sind. Über die Rolle eines Kampfstruments, das auch wohl einmal den Herren wechseln könnte, scheint die Rolle der arabischen Liga nicht hinaus-zugehen. Auch handelt es sich keineswegs nur um Bewegungen von Farbigen gegen Kolonialsysteme, die überfällig sein mögen, gegen weiße Beamte und Offiziere oder gegen Formen kapitalistischer Ausbeutung. Siam ist nie vom Westen erobert worden. Der Gegner ist hier der fleißige chinesische Kaufmann, Bauer und Arbeiter, denen allen gleichermaßen die Auflehnung droht. Und wie oft handelt es sich um Kompliziertheiten, Zweideutigkeiten (Ambivalenzen) oder Unbestimmtheiten der ethnischen Zusammensetzung, die im Vergleich balkanische Zustände als ein Eldorado der Einfachheit erscheinen lassen. Von Malaya und Singapur hat ein briti-

scher Autor, A. Cobban, sarkastisch gesagt, daß sie unzweifelhaft Nationalstaaten werden würden, wenn sie nur wüßten, mit was für einer Nationalität.

Der Historiker ist nach Rankes bekanntem Wort nur ein rückwärts gewandter Prophet, und ohne spezielle Sachkunde darf er nicht einmal die Stärke dieser Tendenzen oder den Grad ihrer Beeinflussung von außen zu beurteilen wagen. In den sog. „unterentwickelten“ Gebieten sind ja — noch mehr als in Europa — nationale Freiheitsbewegungen von sozialen Emanzipationsbewegungen durchzogen oder ihre Pseudo-Metamorphose. So viel jedenfalls wird sich sagen lassen, daß eine Balkanisierung Asiens zu den tatsächlichen ethnischen Gegebenheiten in noch schärferem Widerspruch stehen und mit noch gefährlicherem Explosivstoff geladen sein würde, als das von Ostmitteleuropa galt. Es handelt sich auch hier, wenngleich in etwas anderer Gestalt, um Krise des Nationalstaats, d. h. um seine Fragwürdigkeit als eines allgemein verbindlichen Zieles sowohl wie um die in einem solchen Ziel sich ausdrückende Weltkrise. Zur Verdeutlichung genügt es, an die beiden gegenwärtig besonders brennenden Fragen zu erinnern, an Ägypten, wo der Anspruch nationaler Souveränität gegenüber vertraglichem Besatzungsrecht mit dem Sicherheitsbedürfnis des Abendlands in der entscheidenden Kanalzone so drohend zusammentrifft, und an Persien, das, während es die Nationalisierung des Öls durchgeführt hat, sich einer weitertreibenden kommunistischen Bewegung und einer nationalistischen Sezessionsbewegung im Norden zu erwehren hat, in Azerbeidshan, dem Nachbarn der gleichnamigen Sowjet-Republik.

Damit wird eine andere Dimension des Themas ausdrücklich angerührt und zugleich ein Abschluß des Überblicks über diejenigen zeitgeschichtlichen Tendenzen erreicht, die über den Nationalstaat hinausweisen oder an ihm vorbeiführen. Neben dem Commonwealth und vielleicht noch der amerikanischen Hemisphäre ist die Sowjetunion die eigentlich großräumige regionale Organisation übernationaler oder — genauer gesagt — unnationaler Art. Mindestens dem Programm nach setzt sie sich von der Russifizierungspolitik des zaristischen Systems wie den nationalstaatlichen Einheitsvorstellungen des bürgerlichen Westens entschieden ab. Vielfalt der Nationalitäten wie der Sprachen wird nicht nur geduldet, sondern in bestimmtem Maße gefördert. Das schließt Rückfälle in großrussischen Nationalismus oder — an der geeigneten Stelle — in Panlawismus und das Endziel der russischen Einheitsprache nicht aus. In der Tat sind diese Tendenzen seit dem bekannten Umschlag heute so erstarkt, daß Stalin, ursprünglich selbst der „Nationalitätenkommissar“, heute ihr offizieller Anwalt ist. Es war ja auch nie so gedacht gewesen, daß Mannigfaltigkeit der Nationalität etwas Positives sei, sie war historischer Rückstand, eine reaktionäre Tatsache, ebenso wie die überkommenen Religionen. Aber die Revolution ging von der Anerkennung aus, daß eine Völkereinheit oder die soziale Entwicklungsstufe, die ihre Vorbedingung sein soll, nicht erreicht werden kann, wenn nicht zunächst in vielen Sprachen zu vielen Völkern geredet wird und wenn insbesondere der Nationalität zurückgebliebener, kolonialer Völker rapider Fortschritt gewährt wird. Nur an einer Vorbedingung allerdings entscheidender Art hielt man von Anfang an fest, sie wird mit einer Gewaltamkeit erzwungen,

vor der die altrussische Denationalisierungspolitik verblaßt: In all den Sprachen, die geduldet werden, darf nur eine Doktrin gedacht und gelebt werden, sei es die Marx-Leninsche, sei es die Stalins. National in der Form, sozialistisch im Inhalt, wie die berühmte und sehr anpassungsfähige Formel lautet. Sie kann auch einen „Sozialismus“ einschließen, der sich auf Iwan den Schrecklichen und Kutusow beruft.

Aber trotz solcher Umdeutungen, die ihre Parallele, wenn man will, in neonationalistischen Tendenzen vielerorts haben, bleibt die Tatsache bestehen — und auch das ist ein weiterer unübersehbarer Erfahrungsgehalt unserer Tage —, daß in mehr als einem Sechstel der Welt der Nationalstaat zunächst einmal prinzipiell außer Kurs gesetzt ist und daß darüber hinaus das Nationale seines Eigenwerts entleert und zum bloßen Mittel sozialer Revolution gemacht wird. Das bietet große taktische Möglichkeiten an der asiatischen wie an der europäischen Front, von der äußeren Mongolei und Singkiang, von Indochina und Azerbeidschan bis nach Polen und der Tschechei. Ja, in „irredentistischen Volksdemokratien“ kann der Nationalstaat gradezu Nächstziel werden und das sozialrevolutionäre Sprengmittel ersetzen, sei es in Korea, sei es in Deutschland.

Es gibt freilich auch die andere Möglichkeit, daß nämlich das Prinzip nationaler Selbstbestimmung den Kommunismus sich adaptiert und in der Front gegen den Sowjetimperialismus endet. Es ist das die Wendung, die unter dem Namen Titos zum politischen Schlagwort geworden ist und von manchen für Rotchina vorausgesehen wird, insbesondere von denjenigen amerikanischen Fernost-Experten, die für diplomatische Anerkennung Mao Tse-tungs eingetreten sind. Ja, es gibt Beobachter, die im Titoismus die eigentliche Gefahr für die Sowjetunion oder das, was Moskau für die eigentliche Gefahr hält, erblicken. Aber in der Breite der Erfahrung wiegt doch die Tendenz der Aufsplitterung des Nationalen, ja selbst der scheinbar festgefügtsten Nationalstaaten durch die sozialrevolutionäre Querströmung und die Ideologie einer Weltpartei vor: durch kommunistische Gruppen zentral geleiteter und linientreuer Art, durch potentielle fünfte Kolonnen, durch die Rückwirkung von Drohung oder Lockung auf gesellschaftlich oder überzeugungsmäßig unsicher gewordene Schichten, wie sich das im Phänomen der ängstlichen „Rückversicherer“ oder — besonders schlagend — im Versagen der Loyalität in auswärtigen Ämtern und atom-physikalischen Laboratorien zeigt. Auch das wirft einen scharfen Lichtkegel auf die Krise des Nationalstaats.

Damit treten zum Ende hin einige der prinzipiellen Fragen deutlicher heraus, die das Thema stellt oder in sich enthält. Es handelt sich offenbar bei dem, was unter uns vor sich geht, um eine Erschütterung der Rangordnung in zwei verschiedenen und doch gleichlaufenden Richtungen. Im Fortgang des europäischen Säkularisierungsprozesses hat erst der souveräne Staat und dann der von der souverän gewordenen Nation erfüllte Staat die Tendenz gehabt, zum irdischen Gott und die Nation selbst zum Religionsersatz zu werden. Wir haben beide in ihrer Zeitgebundenheit und Geschöpflichkeit erkennen gelernt und in bitteren Erfahrungen erlebt, wie ihre Verabsolutierung und ihr Totalitätsanspruch Menschen gegen Menschen und Völker gegen Völker stellt. Aber auch der schärfste Angriff, der

— trotz neuerlicher Hinwendung zu nationalistischen Parolen — prinzipiell gegen den Nationalstaat als ein typisches Erzeugnis der bürgerlichen Geschichtsepoche vorge-
tragen wird und der die Unterschiede der Völker zwar realistisch anerkennt,
aber durch eine Klassenfront über die Welt hin ersetzen will, lebt grundsätzlich
aus dem gleichen Geist eines sehr diesseitigen und nur viel konsequenteren Strebens
nach dem „Himmelreich auf Erden“. Er mag Idealisten durch den Gedanken einer
sozialen Weltmission ebenso verführen, wie es die nationalen Weltmissionen
unzweifelhaft getan haben. In der Wirklichkeit aber schlägt das Scheinbild einer
neuen Humanität in äußerste Unmenschlichkeit um, in schärfsten Gewissens-
zwang. Das heißt, daß praktisch das Ziel menschheitlicher Vereinheitlichung durch
eine Parteidiktatur im Wege der Reinigungen und Massentötungen oder -aus-
treibungen verfolgt wird, — in einem Maße, das die Ergebnisse nationaler Diktatu-
ren und einer Politik der Rassenvereinheitlichung noch hinter sich läßt. Als ein
Doppelsymbol nationalistischer wie klassenmäßiger Verhetzung mag uns heute das
Gleichnis vom Turmbau zu Babel erscheinen, als der Herr herniederfuhr, die Spra-
chen der Völker verwirrte und sie in alle Länder zerstreute. Es geschah, wie es im
1. Buch Moses heißt, weil die Menschen zueinander sagten: „Wohlauf, lasset uns
eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reicht, daß
wir uns einen Namen machen.“

Es ist auf dem Boden der Absage an menschliche Anmaßung — „daß wir uns
einen Namen machen“ — und der Absage an jeden irdischen Absolutheitsanspruch,
den Turm, „dessen Spitze bis an den Himmel reicht“ —, daß die Krise des National-
staats über alle Gesichtspunkte praktischer Notwendigkeiten oder Wünschbarkeiten
und über die Einsicht in schon vorliegende Tendenzen oder Symptome hinaus in
ihrer wahren zeitgeschichtlichen Proportion erscheint. Das bedeutet, daß unser
Denken, geschichtlich und politisch, den Eigenwert des Nationalen wohl wie bis-
her sehr positiv zu sehen vermag, aber doch eben als menschliche, nicht als ewige
Kategorie, als einen geistig gemüthhaften, nicht als einen naturhaft-unabänderlichen
Zusammenhang, der um so dauerhafter sein mag, wenn er mit Wärme und nicht
mit ausschließendem Pathos gespeist wird. Das bedeutet zugleich Bejahung der Viel-
falt und Abwehr des Kollektiven. Auch eine Europa-Union oder eine Weltföderation
wird alle Mal aus Völkern bestehen, nicht aus einem grauen Einerlei, und keines
von ihnen läßt sich auf einen einheitlichen Nenner reduzieren. Wer während des
Krieges sich geweigert hat, einen Einheitsbegriff des Deutschen und seine Identi-
fizierung mit einem zeitweiligen Regime anzuerkennen, wird auch ungern von
„den“ Amerikanern oder „den“ Russen sprechen hören. Völker selbst sind viel-
fältig und vielschichtig, und es mag nicht das schlechteste Gemeinwesen, sondern
eines mit einem überlegenen Ordnungsprinzip sein, das mehrere Völker umfaßt,
alle gleichberechtigt und gleichwürdig, wie es die einen Staat ausfüllenden Völker,
die Inhaber von Nationalstaaten, ebenfalls sein sollten.

All dies sind Anschauungselemente, wie sie der Frühzeit des Nationalismus gerade
in Deutschland nicht fremd waren; es genügt, an Herder und die Romantik zu er-
innern. Sie haben mit der Betonung eines relativen Werts wohl nichts mit jenem

Relativismus zu tun, den man der Ausbildung der historischen Weltansicht zur Last legt. Was auf der einen Ebene Abwehr der Absolutheit und Ausschließlichkeit ist, kann auf einer anderen sehr wohl ein absoluter und ausschließender Standpunkt sein, ein Ernstnehmen, so möchte man sagen, jener preußischen Königsdevise des „*Suum cuique*“, die sozial gemeint war, aber international ebenso gilt.

Es handelt sich hier indessen nicht um Postulate, sondern um bewertende Erkenntnis einer zeitgeschichtlichen Situation. Und da ist wohl keine Frage, daß das, was man früher nationale Solidarität nannte und oft als einen obersten Wert ansah, in verschiedenen Richtungen an ihre Grenzen gelangt ist. Das hat durchaus seine negativen Seiten. Man braucht nur an das Flüchtlingsproblem zu erinnern, bei dem es so sehr an Solidarität gefehlt hat, oder an die aufspaltende Wirkung von Sonderinteressen und Sonderegoismen aller Art. Aber auch andere Perspektiven sind erkennbar. Wenn junge Menschen heute auf internationalen Tagungen die Einführung eines Jugendpasses beraten, so mögen sie finden, daß sie mehr oder jedenfalls anderes miteinander gemeinsam haben als mit der älteren Generation zu Hause. Es haben sich auch sonst unter uns, zum mindesten in der abendländischen Völkergemeinschaft, einige der Querverbindungen und Querschichtungen erneuert über nationale Grenzen hin, die der *res publica Christiana* selbstverständlich waren und die im 18. Jahrhundert eine europäische Gesellschaft der Gebildeten konstituierten. Und es hat sich weithin eine Gemeinsamkeit der Situation oder mindestens der Bedrohtheit ergeben, die nationale Interessenkonflikte nicht ausschließt, aber ihren Austrag unter das Gesetz des ‚*nostra res agitur*‘ stellt. Wie kommunistische Wahlerfolge oder andere Zersetzungerscheinungen in einem Nachbarstaat Anlaß zur Sorge sind, so besteht kein Grund zur Genugtuung, wenn Tschechen widerfährt, was sie Deutschen angetan haben. Es ist in dem Wandel, dem der Begriff der Solidarität unterliegt, daß sich die Krise des Nationalstaats, von innen her gesehen, vielleicht am deutlichsten ausspricht.

Wie immer wird das in der Grenzsituation, d. h. im Konflikt der Loyalitäten, am ehesten erkennbar. Diese Grenzsituation ist wohl nirgends in jüngster Zeit schärfer durchlebt worden als in der deutschen Widerstandsbewegung. Es war ihr Besonderes, daß sie sich nicht (wie andere Resistancen) gegen fremde Bedrückung von außen, sondern gegen eigene von innen zu erheben hatte. So mußten sich Kreise von typischer staatlicher Loyalität von allem absagen, was konventionellerweise nationale Disziplin genannt zu werden pflegt -- bis zum bittersten Dilemma im Kriege hin. Die Männer, die diese Konsequenz zogen, taten das nicht unter dem Zwang einer von Menschen gemachten Ideologie oder eines sozialrevolutionären Ziels, sondern aus Gewissensnot und in einem Gefühl europäischer Verantwortung. Sie taten es nicht, um sich einen Namen zu machen, sondern um den deutschen Namen zu reinigen, nicht um einen Turm zum Himmel zu bauen, sondern um das Bild vom Menschen als im Ebenbild Gottes geschaffen wiederherzustellen. So wurde diese Bewegung zur Vorhut in einer Front gegen dämonische Anmaßung und das Totalitäre aller Formen und Farben -- einer Front des Menschlichen gegen das Unmenschliche, die eine sehr aktuelle Front unserer Tage ist.

Man pflegte früher von Weltbürgern oder Bürgern zweier Welten zu sprechen. Und wir haben die Grottesfigur jenes jungen Amerikaners erlebt, der seine Staatsangehörigkeit aufgab und sich selbst zum „Weltbürger Nr. 1“ deklarierte. So einfach lösen sich die Antinomien unserer Zeit nicht. Ihr Charakteristisches ist vielmehr die potentielle Grenzsituation, deren negative Zuspitzung sich dahin bestimmen ließe, daß die Nationalkriege der Vergangenheit zu Bürgerkriegen zu werden drohen — eine Gefahr, die nirgends handgreiflicher ist als in der Mitte des Kontinents. Aber wir wissen, daß auch jenseits des Eisernen Vorhangs nicht nur Deutsche, sondern Angehörige vieler Völker in jener Weltfront stehen, in der es sich um die Bewahrung der menschlichen Würde gegen die Zermalmung durch einen zum Selbstzweck gewordenen Apparat handelt. Ob eine solche Front Krieg verhindern kann, steht dahin. Um so dringender und um so positiver weist uns die potentielle Grenzsituation auf Entscheidungen des Gewissens zurück, die keine souveräne Gewalt und kein nationales Kollektiv dem Einzelnen abzunehmen vermag.

Miszellen

THEODOR ESCHENBURG

FRANZ VON PAPEN

Während die angelsächsische und deutsche Presse in ihren Rezensionen die Memoiren Papens¹ vorwiegend sehr kritisch und häufig völlig negativ beurteilten, lief ein in der Türkei während des zweiten Weltkrieges spielender amerikanischer Spionagefilm, in dem Papen in täuschend ähnlicher Figur die weitaus sympathischste Rolle, nämlich die eines sehr vornehmen, zugleich aber überlegenen, klugen Diplomaten spielt. Wenn auch Autor und Regisseur zweifellos bei der Darstellung dieser Gestalt aus der jüngsten deutschen Geschichte nicht von historischen Überlegungen und Einsichten geleitet waren, so gab es doch manchen Zuschauer, der unter dem Eindruck dieses Films geneigt war, Papens Denkwürdigkeiten mit anderen Augen zu lesen, als es die Rezensenten getan haben. Während Papen noch unter den Beschränkungen eines „Hauptbelasteten“ zu leiden hat, wurde er gleichzeitig in der Türkei als Gast der Regierung mit großen Ehren und in Madrid von Franco in feierlicher Audienz empfangen. Nicht nur die Türken sahen in Papen den Botschafter Hitlers, der dank eigenen Verdienstes sie vor dem Krieg bewahrt hatte, nicht nur Franco glaubte, in ihm einen zumindest in der politischen Zielsetzung ihm selbst verwandten ausländischen Politiker zu erkennen, es legen sicherlich viele Leser in Deutschland unbeeinflusst von der Pressekritik dieses Buch aus der Hand in dem Gefühl, die Erinnerungen eines edlen Mannes mit großen Zielen gelesen zu haben, der nicht durch eigenes Versagen, sondern nur an der Übermacht eines verschlagenen und gewalttätigen Regimes gescheitert ist. Anderen wiederum gilt er als der Wegbereiter und Steigbügelhalter Hitlers schlechthin. So ist Papen eine der umstrittensten Persönlichkeiten der jüngsten deutschen Vergangenheit.

Zweimal spielte er eine kurze Zeitlang eine Hauptrolle in der deutschen Politik, nämlich einmal als Kanzler vom 1. Juni bis zum 2. Dezember 1932 und zum anderen im Januar 1933, als er von Hindenburg jenen Auftrag erhielt, der zur Ernennung Hitlers führte. Die wesentlichsten Anhaltspunkte für die Beurteilung seiner Persönlichkeit und seiner Politik müssen sich aus der Betrachtung dieser beiden Zeitabschnitte ergeben. Im Dritten Reich ist er nur noch sporadisch als Nebenfigur — als Politiker überhaupt nicht mehr — aufgetreten. Und wenig war bisher bekannt über die Entwicklung seines Lebens vor der Kanzlerernennung, das er in zehn Kapiteln (S. 13—171) schildert.

I.

Beurteilt man Papen nach dem, was er selbst über diesen Lebensabschnitt, eben bis zur Kanzlerernennung hin aussagt, so erscheint er als einer der zahlreichen An-

¹ Franz von Papen, „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952.

hänger der Restaurationspolitik in der Weimarer Zeit. Aus „Erziehung und Tradition“² bewundert und liebt er die 1918 gestürzte Monarchie kritiklos. Sein Anliegen nach 1919 ist, sie wiederherzustellen. Gern bedient er sich der pathetischen Ausdrucksweise der Wilhelminischen Zeit. Angehöriger einer durch den Zusammenbruch der Monarchie gestürzten Oberschicht, ohne aber wirtschaftlich unter der Umwälzung gelitten zu haben, lebt er in feudalen Vorstellungen und Ansprüchen wie viele seinesgleichen. Er möchte zu einer großen geistigen Auseinandersetzung mit der Zeit ausholen, um das Fundament seiner Weltanschauung darzulegen, aber es gelingt ihm nicht. Er kommt über Gemeinplätze nicht hinaus. In mündlichem Gespräch oder Vortrag mag er dank seiner eleganten Redeweise über den Mangel an Originalität und Gründlichkeit hinweggetäuscht haben, in der schriftlichen Darstellung kann er diesen nicht verbergen. Er versucht, sich selbst in großem geschichtlichem Rahmen zu sehen³ und weitschauende historische Betrachtungen einzuflechten, die auf seine Auffassungen bestimmend gewirkt haben, aber diese selbst scheinen in primitiven Schul- und klischeehaften Erlebnisvorstellungen steckengeblieben zu sein⁴. Auch seine sozialen Vorstellungen sind gönnerhaft patriarchalisch, bestimmt durch eine einseitig-feudale Auslegung der Enzykliken⁵. Für die politische und soziale Problematik seiner Zeit hat er weder Sinn noch Verständnis; er geht flott über sie hinweg und begnügt sich mit Behauptungen, für die seine eigene Autorität alle rationalen Argumente ersetzt. Man merkt an keiner Stelle, daß er sich mit einer Frage der allgemeinen, der Verfassungs-, Außen- oder Wirtschaftspolitik ernsthaft und gründlich befaßt hat. Für alle aber hat er eine Formel. In seinem Urteil ist er leichtfertig und oberflächlich. Er neigt, wo es ihm zweckmäßig erscheint, zu reichlich starken Übertreibungen, ihm unterlaufen Fehler, die bei sorgfältiger Prüfung unschwer hätten vermieden werden können, aber wahrscheinlich gerade wegen der vom Verfasser gewollten Wirkung nicht vermieden

² „... Jeder Mensch ist das Produkt der Zeitumstände, in denen er aufwächst. Wäre ich es nicht durch Erziehung und Tradition gewesen, hier (d. h. als Page) an den Stufen des Thrones meines Königs und Kaisers bin ich der überzeugte Monarchist geworden, der ich bis an das Ende meiner Tage bleiben werde...“, a. a. O. S. 24.

³ „... Die Kontinuität der Geschichte hat eine bindende Funktion. Ist es zuviel verlangt, auch meine eigenen staatsmännischen Entschlüsse und ihre Motive unter diesem Gesichtspunkt gewertet zu sehen? ...“, a. a. O. S. 52.

⁴ „... Im monarchistischen Staat hatten wir ein Jahrtausend lang ein von Gott gesetztes Oberhaupt. Charaktervolle Männer, obwohl kaiser- und königstreu bis in die Knochen, hatten, wenn es Not tat, auch gegen dieses Oberhaupt revoltiert, aber sie hatten nie gegen die Interessen des Landes gehandelt. ‚Landesverrat‘ stand nicht in ihrem Lexikon. Vielleicht wird das die Umstände des 20. Juli 1944 für viele erklärlicher machen...“, a. a. O. S. 117.

⁵ „... Aber mir schien auch jetzt (gleich nach dem ersten Weltkrieg), daß der wesentlichste Punkt der Lösung des sozialen Problems die Wiederherstellung der vollen Verantwortlichkeit des Unternehmers gegenüber seiner Arbeiterschaft sei...“, a. a. O. S. 119.

Ähnlich S. 134: „Unter der Wucht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise müßten wir entschlossen die kollektivistischen Theorien der Sozialisten beiseiteschieben und dem unabhängigen Unternehmer wieder die Möglichkeit eigener Verantwortung im Rahmen von Gesetz und christlicher Ethik geben...“

worden sind⁶. Indem er gegensätzliche Begriffe sprachlich zusammenfaßt, glaubt er, das Rezept gefunden zu haben⁷.

Sieht man auf das Buch im ganzen, so ist es flott geschrieben, aber die Ausdrucksweise ist verschwommen. Der Autor verschweigt oder umgeht häufig das Wesentliche; ob ihm der Blick dafür fehlt oder ob er ihm Unerwünschtes dadurch umgehen will, mag dahingestellt bleiben. Allein vom Standpunkt der Memoirenliteratur betrachtet halten Papens Denkwürdigkeiten einem Vergleich mit denen anderer Politiker der Rechten wie denen des Grafen Westarp oder Helfferichs nicht stand. Das beruht nicht nur auf Papens unzulänglicher Ausdrucksweise — nicht jeder Politiker ist zugleich ein guter politischer Schriftsteller —, sondern vor allem auf der kindlich-primitiven Vorstellung des Verfassers von Politik, die sich mit einer ebenso primitiven Überschätzung der eigenen Person und Leistung verbindet⁸. Gewiß gesteht Papen manchen Irrtum ein, aber im Grunde ist immer der andere schuld. Er überlegt weder die Konsequenzen seiner Pläne und Maßnahmen, noch kalkuliert er die Reaktion des Gegners ein. Ihm fehlt die Erfahrung des praktischen Politikers und daher auch die Phantasie, erdachte Konstruktionen in ihren realen Wirkungsmöglichkeiten zu sehen. Er denkt nicht in Kategorien eines dynamischen Kräftespiels, sondern autoritär-statisch.

Der Mann, der sich hier darstellt, unterscheidet sich vom Durchschnittstyp des

⁶ Nur einige Beispiele seien dafür herausgegriffen: „... Der Reichsrat wie der preußische Staatsrat hatten keine Vollmachten, solche Funktionen (die legislativen Irrtümer zu korrigieren und zu revidieren) auszuüben...“ (a. a. O. S. 123). — Das ist bezüglich des Reichsrates falsch — s. Art. 24, 3 der Weimarer Verfassung — „... Aber nie hatte die SPD gewagt, ihn (Ebert) verfassungsmäßig zur Wahl zu stellen...“ (a. a. O. S. 152). — Eberts Amtsdauer war gegen dessen Willen auf Anregung und Antrag der Deutschen Volkspartei 1921 vom Reichstag verlängert worden — „... Unvergessen ist der Abschied dieses großen Diplomaten (Nuntius Pacelli) von Berlin, dem protestantischen Berlin, das zu Tausenden die Straßen säumte, als er die Reichshauptstadt für immer verlassen mußte...“ (a. a. O. S. 151). — In Berlin lebten 400 000 Katholiken, rund 10 Prozent der Bevölkerung — „... Diese (die Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Weimarer Verfassung) bedürfen der späteren Genehmigung des Reichstages...“ (a. a. O. S. 159). — Der Reichstag konnte die Notverordnung nur außer Kraft setzen. Gerade in der Überlegung, daß Nichtaufhebung leichter parlamentarisch zu erreichen war als ausdrückliche Genehmigung, lag der Sinn dieser Bestimmung —.

⁷ „... Ich forderte eine unabhängige, dem Volk verantwortliche Regierung, die, abseits diktatorischer Lösungen, ein Gesundungsprogramm durchzuführen hätte...“ (a. a. O. S. 130).

Ähnlich auf sozialem Gebiet: „... Es war ein Vorzug, daß wir eines der wesentlichsten Prinzipien der freien Wirtschaft wiederherzustellen suchten: Den Grundsatz der freien Lohnbemessung, neben der Sorge, daß die Arbeiterschaft dabei nicht geschädigt werde...“ (a. a. O. S. 237).

⁸ „... Die moralischen und wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles hingegen hatten die Weimarer Republik von Anbeginn vor eine Lage gestellt, die nur mit Hilfe der Großmächte hätte gemeistert werden können. 1932 berief das Schicksal mich in eine Stellung, in der ich die Möglichkeit sah, die europäische Zusammenarbeit auf neuer Grundlage zu ordnen. Doch meine Mission in Lausanne scheiterte...“, a. a. O. S. 115.

Deutschnationalen durch seine strenge katholische Einstellung und seine das aristokratische Mittelmaß überragende Gewandtheit. Er war Mitglied der Zentrums-
partei, hatte zehn Jahre lang der preußischen Landtagsfraktion angehört und war
seit 1923 Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Germania“, des Zentralorgans dieser
Partei, über deren Aktienmajorität er zusammen mit dem Schwerindustriellen
Florian Klöckner verfügte. Sein Mandat verdankte er wohl in erster Linie dem Um-
stand, daß er die agrarischen Kreise seines Bezirks vertrat. Er war Mitglied des Vor-
standes der westfälischen Landwirtschaftskammer und des Bauernbundes. In der
Partei scheint er als Außenseiter gegolten zu haben. Auf die „Germania“ hat er kaum
sonderlichen Einfluß gehabt. Seine Politik kreiste um die beiden Ziele der Wieder-
herstellung des hohenzollerischen Kaisertums und des Abschlusses eines Reichs-
konkordats mit dem Vatikan. Ohne in taktische Fragen der Parteipolitik einzugrei-
fen, hoffte er auf eine Schwenkung des Zentrums nach rechts. In dieser seiner Hal-
tung lag sein Wert für die Rechtsparteien. Es gab damals kaum andere deutsch-
nationale Grenzgänger im Zentrum. Für jene Kreise der Rechten, die als überpartei-
lich und überkonfessionell gelten wollten, war er daher eine gern gesehene Erschei-
nung. Seine eigenen Vorstellungen, die ost-elbische, westdeutsch-schwerindustrielle
Tendenzen mit einer konservativ-katholischen Einstellung verbanden, hielt er auch
für „überparteilich“.

Im übrigen war er Hindenburg treu ergeben und distanzierte sich schon wegen
dieser Haltung von Hugenberg. Er war wendiger und eleganter in seinen Formulie-
rungen als dessen Anhänger, auch in der Außenpolitik wesentlich maßvoller. Gern
bezeichnet er sich als einen „fortschrittlichen Konservativen“. Aber in seinen Zielen
unterschied er sich kaum von Hugenberg. Da er in seiner eigenen Partei nicht viel zu
sagen hatte, versuchte er, in gesellschaftlichen Zirkeln sowie durch gelegentliche
Vorträge und Aufsätze politisch zu wirken. Als gutsituierter Adliger verfügte er
über mannigfaltige Beziehungen zur Schwerindustrie sowie zum Großgrundbesitz.
Als katholischer Aristokrat hatte er Verbindung mit dem hohen Klerus und als
früherer Generalstabsoffizier mit der Reichswehr. Ein charmanter Gesellschafter
und liebenswürdiger Causeur, verläßt er sich auch in der Politik ganz auf diese
Künste. Hier liegt seine Stärke. Politik betreibt er mit gesellschaftlichen Mitteln
und wahrscheinlich um gesellschaftlicher Ziele willen. Auch hierin wirkt er reprä-
sentativ für einen Teil der ehemaligen Oberschicht. Man hat von ihm viel mehr den
Eindruck einer höfischen Figur des 19. Jahrhunderts als eines Parlamentariers. In
Charme und Gewandtheit ähnelt er Bülow. Vergleicht man ihrer beider Memoiren,
so erscheint Papen aber doch wesentlich ungebildeter und unerfahrener, im Format
kleiner als der wilhelminische Kanzler. Dafür ist er weniger unehrlich, in seiner
Weise kecker und verwegener. Seinen Schneid hatte er als Rennreiter und im per-
sönlichen Auftreten bis zu seiner Ernennung häufig gezeigt, nicht aber als Politiker,
eben weil er zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit einem ernsthaften Gegner
um eine politische Entscheidung keine Gelegenheit gehabt hatte. Er kann und will
nicht den eleganten und schneidigen ehemaligen Kavallerieoffizier verleugnen.
Seine große Liebhaberei ist der Pferdesport. Charakteristisch für ihn ist der Ver-

gleich zwischen Herrenreiter und Staatsmann⁹. Daß der Rennreiter die Hindernisse überwinden, um im Spiel zu bleiben, der Staatsmann zu dem gleichen Zweck viele umgehen muß, überlegt er nicht. Der Vergleich spricht auch insofern gegen ihn, als der Rennreiter sich und sein Pferd unzählige Male an Hindernissen gleicher oder ähnlicher Größenordnung, wie er sie auf dem Rennplatz vorfinden wird, geübt haben muß, ehe er diesen betritt, während Papen bereit war, ohne praktische Erfahrung größeren Stils das Kanzleramt zu übernehmen. Er war der erste Kanzler, der nicht vorher in der Diplomatie, in der Verwaltung oder im Parlament an leitender Stelle gestanden hatte. Er lebte von Vorstellungen, Einfällen und schnell aufgefangenen Anregungen. Seine eigene Darstellung läßt weder den Eindruck eines scharfsinnigen noch den eines besonders instinktbegabten Politikers aufkommen. Auch was er über seine eigene Berufstätigkeit nach 1919 berichtet, bleibt unanschaulich. Erst recht streift die Darstellung seiner politischen Vorstellungswelt, obwohl er sie breit und anspruchsvoll vorträgt, vielfach ans Nichtssagende und Gemeinplätziges. Man kann den Eindruck nicht verschweigen, daß im Vergleich nicht nur Bülow's Autobiographie (von anderen Reichskanzler-Memoiren zu schweigen), sondern auch die Erinnerungen der „Proletarier“ Wilhelm Keil und Carl Severing im Bericht über ihre Jugend und politischen Anfänge viel ergiebiger und aufschlußreicher sind. Oft, wenn der Leser einen interessanten Bericht oder Hinweis erwarten zu können glaubt, entzieht sich Papen mit einer mehr oder minder eleganten Wendung. Er hat eine merkwürdige Neigung zum Unwesentlichen. Dazu ist zu bemerken, daß das Buch auf einen doppelt so starken Umfang angelegt gewesen sein soll¹⁰. Aber man kann wohl kaum annehmen, daß der Autor oder ein fremder Überarbeiter geschichtlich interessante Darstellungen zugunsten von Hofbällen und Pferderennen gestrichen haben. So erscheint Papen in diesen zehn Kapiteln als ein eleganter, etwas überheblicher Aristokrat alten Stils, ohne sonderliche Substanz, als ein Mann, der die Beziehung zu seiner Zeit nicht gefunden hat. Seine Darstellung würde wohl kaum größeres Interesse finden, wenn sie nicht einen Mann beträfe, der Reichskanzler in entscheidender Situation werden sollte. Wenig genug scheint in dem Vorleben darauf hinzudeuten. Um so mehr fragt man sich, wie es doch dazu kam.

II.

Papen war der einzige seiner Partei gewesen, der im April 1932 — nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und vor den Preußenwahlen — die Bildung

⁹ „... Als mich dreißig Jahre später das Schicksal an die Spitze der Reichsregierung berief, habe ich in vielen hämischen Kritiken lesen müssen, daß ich ein Herrenreiter gewesen sei und schon aus diesem Grunde völlig ungeeignet schiene für das Amt, zu dem ich berufen. Meinen Kritikern darf ich versichern, daß dieser Sport mir viele der besten Stunden meines Lebens geschenkt hat. Da er Entschlußfreudigkeit, Ausdauer, Härte gegen sich selbst und — keine Sorge um zerbrochene Knochen voraussetzt, sollte er auch zuträglich für die Charakterbildung sein. Ist es etwa im politischen Leben anders als im reiterlichen, daß man oft für einen schweren Entschluß zunächst das Herz über das Hindernis werfen muß? Ich behaupte: es ist keine schlechte Schule!...“, a. a. O. S. 28/29.

¹⁰ Hans Zielinski, „Papen stellt sich der Kritik“ — Köln: „Diskussion ohne Gnade“ (Bericht

einer Regierungskoalition von Zentrum und „nationaler Rechten“ (in erster Linie Deutschnationalen und Nationalsozialisten) öffentlich verlangt hatte¹¹. Die gleiche Forderung hatte Brüning dem Reichspräsidenten Hindenburg unter Stellung der Kabinettsfrage mehrfach abgelehnt. In dieser Situation griff Schleicher ein, der damals die amtlichen Funktionen eines Staatssekretärs im Reichswehrministerium und nach der Entlassung Grönners die eines geschäftsführenden Ministers hatte, jetzt aber sich auch Meißners Funktionen weitgehend aneignete. Er wollte den widerpenstigen Brüning gegen den willigen Papen, den er nur gesellschaftlich kannte, auswechseln, um so womöglich eine Schwenkung des Zentrums nach rechts herbeizuführen. Die Person Papens war dabei weniger interessant als sein politischer Standort¹². Im Bericht Papens über die entscheidenden Unterredungen zwischen ihm und Schleicher am 28. und 30. Mai¹³ ist daher im wesentlichen von taktischen und persönlichen Erörterungen die Rede, nicht aber vom eigentlichen Regierungsprogramm. Man hat aus seiner Darstellung den Eindruck, als ob es sich hier mehr um eine persönliche Gefälligkeitsangelegenheit zwischen zwei alten Kameraden gehandelt habe als um eine grundlegende Entscheidung. Schleicher hatte nicht nur vor der Unterredung die Zustimmung Hindenburgs, der Papen nach Meißner¹⁴ nur flüchtig kannte, dem er aber dessen Artikel vom 16. 4. 1932 vorgelegt hatte, bereits eingeholt. Er hatte vor allem über den Kopf des künftigen Kanzlers hinweg (übrigens ohne den amtierenden zu fragen) das neue Kabinett, an dessen Spitze Papen stehen sollte, schon vollständig zusammengestellt und mit Hitler gegen weitgehende Konzessionen eine Tolerierungsvereinbarung getroffen, die der Politik des künftigen Regierungschefs entscheidend vorgriff. Papen brauchte und hatte nur noch ja zu sagen, was er auch nach zweitägiger Überlegung tat. Offenbar wurde eine selbständige Politik von ihm weder erwartet noch gewünscht. Da es Papens Aufgabe indessen sein sollte, die Verbindung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten herzustellen, machte er seine endgültige Zusage von einer Unterredung mit dem Prälaten Kaas, dem Führer der Zentrumsparlei, abhängig, der ihm aber eine glatte Absage erteilte. Ob diese nur mit Rücksicht auf die Person und Politik Brünings gegeben wurde, wie Papen meint¹⁵, oder ob hinzukam, daß der Prälat, aus eigener Erfahrung der politischen Begabung Papens mißtrauend, seine Partei mit diesem Kanzler in keinem Fall belasten wollte, weiß man nicht. Auch hier ist die Schilderung Papens für ihn selbst charakteristisch: „Unter diesen Umständen (nämlich der Absage) erklärte ich dem Prälaten, ich würde dem Reichspräsidenten begreiflich zu

über eine vom Kölner Bahnhofsbuchhändler Ludwig veranstaltete Diskussion über Papens Memoiren in dessen Gegenwart) – Frankfurter Nachtausgabe vom 21. 11. 1951.

¹¹ „Der Ring“, Heft 16 vom 16. April 1952, S. 258.

¹² Ähnlich war es bei der Ernennung Cunos als Nachfolger Wirths 1922 gewesen. Cuno war Katholik und galt als Deutschnationaler. Aber er war immerhin seit 5 Jahren der erfolgreiche Leiter des größten deutschen Schiffahrtsunternehmens und vorher ein hochqualifizierter Beamter in leitender Position gewesen.

¹³ A. a. O. S. 182 ff.

¹⁴ Otto Meißner, „Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler“, Hamburg 1950, S. 231.

¹⁵ A. a. O. S. 188.

machen suchen, daß es unklug sein werde, mich mit der Kanzlerschaft zu betrauen, und ihn bitten, davon Abstand zu nehmen.“ Schon eine Viertelstunde nach der Unterredung überbrachte Papen, ohne Zeit zu eigener Überlegung zu haben, Hindenburg die mit dem Prälaten verabredete Mitteilung. Aber auf des Feldmarschalls pathetischen Appell hin willigte er ein¹⁶.

Von einer eigenen Entscheidung spricht Papen nicht. Sowohl bei der anfänglichen Ablehnung wie auch bei der endgültigen Annahme stellt er sich selber als Funktionär zunächst von Kaas, dann von Hindenburg dar. Daß es für den verantwortlichen Regierungschef nicht den Gehorsamsbegriff des Soldaten auf dem Kasernenhof gibt, dafür fehlt ihm das Verständnis. Zwar war durch die Ablehnung des Prälaten Kaas, mit der Schleicher anscheinend nicht gerechnet hatte¹⁷, die entscheidende Voraussetzung für die Ernennung Papens, nämlich die Bildung einer Regierungsmehrheit, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum reichte, fortgefallen. Aber nachdem Brüning entlassen war, durfte es wohl bei der Autoritätsvorstellung von Hindenburg und Schleicher kein Zurück mehr geben¹⁸. Nach der eigenen Schilderung Papens hat man bei diesen Verhandlungen den Eindruck von drei übereilt handelnden Politikern, die sich selbst der Schwere der Entscheidung nicht bewußt waren. Von einer Konzeption der künftigen Regierungspolitik ist überhaupt nicht die Rede. Dabei wirkt Papen selbst wie eine den beiden anderen noch unterlegene Figur¹⁹.

Die Ernennung ähnelt ein wenig der von Michaelis zum Reichskanzler. Auch hier hatte ein General in entscheidender Position sich einen Kanzlerkandidaten lediglich auf Grund einer ihm willkommenen politischen Äußerung, die jener kurz vorher gemacht hatte, ausgesucht, und der Kaiser hatte diesen ohne weitere Prüfung akzeptiert. Immerhin hatte Michaelis sich jahrelang als hoher Beamter in leitender Position bewährt. Zum ersten Male seit der Betrauung Hertlings 1917 wurde ein Kanzler ohne Befragung der Parteiführer und ohne Rücksicht auf eine irgendwie geartete zustimmende oder tolerierende Mehrheit im Reichstag, also autoritär, ernannt. Aber dieser erste Versuch eines ausgesprochen autoritären Verfahrens unterschied sich vom parlamentarischen nur durch sehr erhebliche Mängel. Mit so viel Leichtfertigkeit war noch kein Kanzler in Deutschland ernannt worden wie Papen. Selbst wenn man die Folgen der Ernennung nicht kennen würde oder diese andere gewesen wären, als sie es wirklich waren, machen die Ernennungsverhandlungen nach der Papenschen Darstellung einen erschütternden Eindruck, und am meisten doch wohl, was seine eigene Rolle betrifft.

¹⁶ „... Und mit erhobener Stimme (sagte Hindenburg): Sie waren Soldat und haben im Krieg Ihre Pflicht getan. In Preußen kennen wir nur Gehorsam, wenn das Vaterland ruft. Vor dieser Berufung auf Gehorsam und Loyalität strich ich die Segel...“, a. a. O. S. 190.

¹⁷ A. a. O. S. 187.

¹⁸ A. a. O. S. 191.

¹⁹ Hindenburg scheinen zumindest nachträglich gegen die Ernennung Bedenken gekommen zu sein. Er soll zu Brüning nach dessen Rücktritt gesagt haben: „Wir haben jetzt ein Kabinett, wie ich es immer gerne gehabt hätte, aber ich bin wieder betrogen worden. Dieser Kanzler (von Papen) wird es niemals schaffen. Ich bin noch nicht zu alt, um das zu sehen. Sie hätten bleiben sollen, und alles würde in Ordnung gewesen sein.“ Brüning an Pechel in „Deutsche Rundschau“, Heft 1, Juli 1947, S. 11.

III.

Papen führte zusammen mit einem Außenminister, der ebenso konferenzerfahren war wie er, die deutsche Delegation auf der für das Reich entscheidenden Lausanner Konferenz, die 14 Tage nach seinem Amtsantritt begann. Daß Papen sich diese Aufgabe zutraute, nachdem Brüning die Konferenz durch eingehende Verhandlungen mit der englischen und französischen Regierung vorbereitet hatte, spricht für seinen Schneid. Er scheint sich aber nicht einmal die Mühe gemacht zu haben, die Berichte und Aktenvermerke seines Vorgängers, die, wie nach dessen Sorgfalt anzunehmen ist, sicherlich vorhanden waren, zu lesen²⁰. Er ist darauf ebenso stolz wie darauf, daß er den Rat seines einzigen leitenden Mitarbeiters, der sachlich und technisch erfahren war, nämlich des Staatssekretärs von Bülow, verworfen hat²¹. Im übrigen beklagt sich Papen in seiner Darstellung bitter über das mangelnde Verständnis Herriots und MacDonalds für sein Anliegen, nämlich Gleichberechtigung des Reiches in der Rüstung und Streichung des Kriegsschuldartikels im Versailler Vertrag. Ganz abgesehen davon, daß er nach dem Bericht Schwerin-Krosigks²² nicht gerade geschickt auf dieser Konferenz aufgetreten zu sein scheint, sah er gar nicht die Schwäche seiner eigenen Position. Nach der Reichstagsauflösung war er doch nur ein Übergangskanzler. Mit dem Zusammentritt des neuen Reichstags konnte er jederzeit abberufen werden. Warum sollten ihm die Alliierten große Konzessionen machen, wenn sie nicht wußten, ob nicht etwa ein radikalerer Nachfolger extremere Forderungen stellen würde? Papen hatte nach seiner eigenen Schilderung beim Antrittsbesuch bei Herriot sich auf den Vorteil berufen, daß er auch im Namen der Opposition spreche. Als ob ein so erfahrener alter Parlamentarier diese plumpe Täuschung nicht sofort durchschaut hätte. Auch hier entnimmt man aus Papens Darstellung, daß er nicht der Mann ist, der Kräfteverhältnisse und Interessen nüchtern abzuwägen weiß, sondern er analysiert die Situation ganz egozentrisch, er improvisiert, ohne langes Überlegen, sich ganz auf seinen persönlichen Charme verlassend. Daß die beiden Regierungschefs von England und Frankreich nicht isoliert im Raume stehende Personen waren, von deren Wohl- oder Übelwollen der Grad ihrer Zugeständnisse abhing, sondern daß diese eben als parlamentarische Minister auf ihre Regierung, ihre Partei oder Koalition Rücksicht nehmen und an die nächsten Wahlen denken mußten, empfindet er nicht.

Seit Rathenaus Wiesbadener Abkommen mit Loucheur über deutsche Reparationslieferungen an Frankreich vom Oktober 1920 und dem Gespräch von Thoiry zwischen Stresemann und Briand vom Herbst 1926 galt es geradezu als Leitsatz der deutschen auswärtigen Politik, nicht England und Frankreich gegeneinander auszuspielen. Papen scheint hiervon nichts gewußt und sich falsch über die deutscherseits teuer bezahlte Erfahrung hinweggesetzt zu haben. Um so verärgerter ist er über MacDonald und Herriot, daß ihm diese Attacke nicht gelungen war²³. Dabei ist er

²⁰ A. a. O. S. 164.

²¹ A. a. O. S. 202.

²² Lutz Graf Schwerin von Krosigk, „Es geschah in Deutschland“, Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen/Stuttgart 1951. S. 143 ff.

²³ A. a. O. S. 204 ff.

selbst von einem kindlichen Geltungsbedürfnis. Rührend ist der Satz: „Ohne auf Besuche und Bitten um Interviews der zahlreichen Journalisten zu warten, setzte ich mich an das Steuer meines Wagens und fuhr im Pressehauptquartier vor. Das hatte man bisher von einem deutschen Kanzler nicht erlebt; es verursachte eine kleine Sensation.“²⁴

IV.

Beim ersten Gespräch zwischen Schleicher und Papen zeigte sich ein Gegensatz in der politischen Zielsetzung, der im Augenblick von beiden nicht beachtet worden zu sein scheint. Beide wollten durch Heranziehung der Nationalsozialisten zur Verantwortung diese abnutzen, sie entradikalisieren und ihre Wählerstimmen dezimieren. Während Papen sich aber ihrer zu einer Verfassungsreform, nämlich zur Herstellung eines autoritären Staates, bedienen wollte, wollte Schleicher zu Papens Bedauern von einem solchen Plan nicht viel wissen. Schon 1923 in der großen Herbstkrise hatte Papen die Bildung einer autoritären Regierung gefordert. Dann hatte er jahrelang geschwiegen, weil er in den ruhiger werdenden Verhältnissen keine Gelegenheit zu einer Verfassungsreform seines Sinnes sah. Jetzt war wieder eine solche Gelegenheit wie 1923 gekommen. Vielleicht war es die letzte. Nur solange Hindenburg lebte und die Krise anhielt, bestand diese Chance. Der ganze Sinn des Rufes nach dem autoritären Staat war doch letztlich, eine dauerhafte Ausschaltung der Sozialdemokratie von der Regierungsbildung und eine Minderung ihres Einflusses auf die Gesetzgebung zu erreichen. Papen drängte immer wieder auf die Verfassungsreform, ohne dafür Verständnis bei Schleicher zu finden.

Papens Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli 1932 war nur ein Schritt auf diesem Wege. Sicherheit und Ordnung, sofern sie durch den Bestand der geschäftsführenden preußischen Regierung überhaupt gefährdet waren, hätten auch durch eine weniger bombastische, weniger riskante und den Reichspräsidenten weniger gefährdende Maßnahme²⁵ gewahrt werden können. Aber Papen kam es mehr auf den politischen Effekt, nämlich Gleichschaltung Preußens mit dem Reich und die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung des größten Landes an, als auf eine reine Sicherheitsmaßnahme²⁶. Papen selbst hatte auch auf sozialem

²⁴ A. a. O. S. 199.

²⁵ Nach Brüning hatten die Nationalsozialisten Hindenburg wegen Papens Staatsstreich vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen beabsichtigt, was nur durch Auflösung des Reichstages oder Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung vermieden werden konnte. Brüning an Pechel in „Deutsche Rundschau“, a. a. O. S. 13/14.

²⁶ Brüning (a. a. O. S. 9) drückt es so aus: „... Ich hatte es den Nazis schon lange klargemacht, daß, welche Majorität sie auch immer bei den preußischen Wahlen gewinnen könnten, ich niemals meine Zusage geben würde zu einer Kontrolle der preußischen Gerichte und der preußischen Polizei durch sie. Die finanzielle Grundlage für einen solchen Schritt war unauffällig in der 1. Notverordnung vom Dezember 1930 gelegt worden, durch Verfügungen, die bis zum Mai 1932 wenig öffentliche Aufmerksamkeit erregten...“

Auch Papen und Schleicher waren bei dem Staatsstreich am 20. Juli wohl von der Überlegung geleitet, die preußische Polizei im Falle einer Regierungsbildung mit nationalsozialistischer Beteiligung nicht in die Hände dieser Partei fallen zu lassen... s. Papen a. a. O. S. 216.

Gebiet Reformpläne, die in der Linie der schwerindustriellen Interessen — nämlich vor allem der Beseitigung des Schlichtungswesens — lagen²⁷. Er hatte zunächst gehofft, für seine Pläne die Nationalsozialisten zu gewinnen, die ja auch einen autoritären Staat erstrebten, um sie dann durch Bildung einer vom Parlament unabhängig gewordenen Regierung abzuschütteln. Aber mit der Verfassungs- und Sozialreform, wie er sie vorhatte, mußte er sich in Gegensatz zu allen Parteien — mit Ausnahme der Deutschnationalen — wie insbesondere zu den Gewerkschaften setzen.

Nach den für ihn ungünstigen Wahlen schlug Papen Hindenburg am 1. Dezember die Fortführung des wirtschaftlichen Sanierungsprogramms und die Durchführung der Verfassungsreform erforderlichenfalls unter Ausschaltung des Reichstages vor. Nach Meißner²⁸ hatte er die Absicht, die SA, SS und die NSDAP sowie die Kommunisten als staatsfeindliche Parteien und Organisationen aufzulösen und die zu erwartende Auflehnung derselben in einem militärischen Ausnahmezustand mit den Machtmitteln des Staates niederzuschlagen. Nach Brüning²⁹ wollte Papen sogar alle Parteien und halbpolitischen Organisationen unterdrücken. Ähnliche Pläne, wie sie Papen hatte, hatten schon in der großen Herbstkrise 1923 die Rechte und auch Seeckt gehegt. Während sie damals am Widerspruch Eberts gescheitert waren, schien Hindenburg bereit. Aber Schleicher widersprach. Reichswehr und Polizei seien allein nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung im Bürgerkrieg nach zwei Fronten hin aufrechtzuerhalten³⁰.

Auf Schleichers Einspruch hin entschloß sich Hindenburg entgegen seiner ursprünglichen Absicht zur Ablehnung des Papenschen Plans. Gewiß hat dann 2 Monate später Schleicher Hindenburg den gleichen Vorschlag unterbreitet. Das beweist indessen nur, daß der Reichswehrminister nicht für die Papensche Restauration die Reichswehr einsetzen wollte. Hier zeigten sich die Folgen des Mißverständnisses zwischen Schleicher und Papen vom 28. Mai. Papen wollte die Krise benutzen, um eine Staatsrestauration, komme, was wolle, zu erzwingen, nachdem er vergebens versucht hatte, für diesen Zweck mit charmanten Mitteln und Gesten sich die Nationalsozialisten zu engagieren. Schleicher lehnte den Staatsnotstand allein um Papens willen ab, weil er dieses Wagnis mit einem so unpopulären Kanzler nicht eingehen wollte. Hatte doch dieser in den 6 Monaten seiner Kanzlerschaft gezeigt, daß seine bei Antritt des Kanzleramtes schon geringe Autorität immer mehr geschwunden war. Der von den Kommunisten gegen ihn eingebrachte Mißtrauensantrag war mit 513 gegen 32 Stimmen angenommen worden. Selbst in der Regierung hatte er keinen Anhang mehr, so sehr ihn seine Kollegen menschlich schätzten. Lediglich Hindenburg setzte weiter auf ihn. Einmal verstand sich Papen dank Begabung und höfischer Erziehung ausgezeichnet auf den Umgang mit dem Feldmarschall, vor allem war ihnen beiden trotz des großen Altersunterschiedes gemein-

²⁷ S. Anm. 7.

²⁸ A. a. O. S. 245.

²⁹ A. a. O. S. 14.

³⁰ Papen, a. a. O. S. 243 ff., s. auch Meißner, a. a. O. S. 245 ff.

sam, daß sie den Wandel der Zeit nicht erkannt hatten und die Vergangenheit wiederherstellen wollten. Daher Hindenburgs Bereitschaft, mit Papen den Staatsnotstand zu wagen, aber nicht mit Schleicher. Was man bei Hindenburg seinem hohen Alter zurechnen mag, fällt auf Papen als Vorwurf mangelnder Einsicht. Er hat auch jetzt, wie die Memoiren zeigen, das damalige Problem nicht erfaßt.

V.

Vor allem wird sich die Aufmerksamkeit der Rolle Papens bei der Bildung der Regierung Hitler zuwenden. Die Memoiren verharmlosen sie aufs handgreiflichste. Der eigentliche Sinn von Papens Rede³¹ auf dem Jahresessen im Herren-Klub am 16. Dezember 1932 war nicht der, den er in seinen Memoiren angegeben hat³², nämlich „der Regierung Schleicher einen guten Start zu wünschen“ oder die Notwendigkeit der Reformen und eines deutsch-französischen Ausgleichs darzustellen, sondern war, die Beteiligung der Nationalsozialisten an einer Regierung erneut zu verlangen. Ich habe die Rede selbst mitangehört. Sie rief bei zahlreichen Zuhörern, so auch bei mir, große Erregung hervor. Mein Tischnachbar flüsterte mir während der Rede zu: „Nachtigall, ich hör dir flöten!“ Ich sagte dem Veranstalter des Essens, Freiherrn von Gleichen: „Sie können doch nicht in dieser kritischen Situation eine solche Rede zulassen. Das ist ja ein Dolchstoß gegen Schleicher. Dieses Regierungsangebot an die Nationalsozialisten muß ihnen ja neuen Auftrieb geben. Die wissen doch, daß Papen nach wie vor der Vertrauensmann Hindenburgs ist.“³³ Ähnliche Besorgnisse äußerte ich gegenüber dem Staatssekretär Planck, dem Chef der Reichskanzlei, der mir darauf antwortete: „Lassen Sie ihn doch reden, völlig bedeutungslos. Den nimmt kein Mensch mehr ernst.“ „Nur noch der Alte“, wandte ich ein. „Spielt keine Rolle“, sagte darauf Planck, „Herr von Papen ist ein Wichtiger. Diese Rede ist der Schwanengesang eines schlechten Verlierers.“³⁴

Papen stellt es so dar, als ob am Abend des 16. Dezember der Bankier Freiherr von Schröder ihn ohne besonderen Anlaß, rein zufällig, wegen einer gemeinsamen Unterhaltung mit Hitler angesprochen habe³⁵. Den Anstoß dazu hat aber zweifellos

³¹ Für den Text der Rede, die nach meiner Erinnerung nachträglich korrigiert wurde, s. „Ring“, Jahrgang 1932, S. 894 ff. (Heft 52).

³² Papen, a. a. O. S. 138 und S. 253.

³³ Wie bekannt, hatte Hindenburg Papen sein Bild geschenkt mit der Unterschrift: „Ich hatt einen Kameraden“. Papen hatte weiten Kreisen hiervon Kenntnis gegeben. Er bediente sich gleichsam dieser Dedikation zu seiner besonderen politischen Legitimation.

³⁴ In der Tat war Schleicher bis zum letzten Augenblick merkwürdig unbesorgt. Als er schon demissioniert hatte, erteilte der Staatssekretär Planck noch auf dessen Anweisung einem mir bekannten Nationalökonom den Auftrag, ein Gutachten über die Verstaatlichung der Kohlen- und Eisenindustrie zu erstatten. Ablieferungstermin sollte der 1. April sein. Der Nationalökonom wandte ein, ob Schleicher dann wohl noch an der Regierung wäre. Planck hätte darauf erwidert, er könne unbesorgt sein, Schleicher bleibe noch sehr viel länger. Schleicher lasse jetzt den Alten zwei Monate lang zappeln. Er solle sich nur nicht über die Pressenachrichten aufregen. Der betreffende Nationalökonom hat mir das Gespräch eine Stunde später wiedererzählt.

³⁵ A. a. O. S. 154.

Papens Rede gegeben, was dieser verschweigt. Daher hatte auch die Besprechung mit Hitler am 4. Januar in Köln eine unvergleichlich viel größere Bedeutung, als es Papen jetzt wahrhaben will. Hitler mußte sich durch Papens Rede indirekt von Hindenburg angesprochen fühlen. Auch die Unterredung, die Papen mit Hindenburg nach der Kölner Besprechung am 9. Januar gehabt hat, erwähnt er nur sehr beiläufig, obwohl sie entscheidend war. In ihr beauftragte nämlich der Reichspräsident „von Papen persönlich und streng vertraulich“, auf dieser Basis (Kölner Unterredung vom 4. Januar) mit Hitler zum Zweck einer neuen Regierungsbildung unter Papen in Fühlung zu bleiben³⁶. Der Auftrag erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Schleicher noch im Amt und von einer Entlassung noch nicht die Rede war. Hierüber schweigt der Autor. Was Hindenburg und Papen hinter dem Rücken Schleichers (der sich freilich bei der Auswechslung Brünnings nicht anders benommen hatte) unternahmen, zeigt wenig von jenem Verhalten eines Gentleman, das Papen so gern in Anspruch nimmt. Er ließ sich gleichsam Hindenburgs Autorität, um Schleicher zu stürzen, und auch in den Memoiren versteckt er sich hinter ihm.

Auffällig ist weiter, daß Papen nach seiner eigenen Darstellung mit Hitler in Köln nur über dessen Eintritt in ein Kabinett Schleicher gesprochen und in diesem Sinn Schleicher und Hindenburg informiert haben will³⁷, während das Ergebnis seiner Unterredung mit dem Präsidenten seine heimliche Beauftragung zur Regierungsbildung war. Papen ist in der Darstellung der entscheidenden Dinge reichlich ungenau. Warum begnügt er sich in der Wiedergabe des anderthalbstündigen Gesprächs mit Schleicher, das vor dem Besuch bei Hindenburg stattgefunden hatte, mit dem Satz aus den Tagebuchaufzeichnungen seiner Frau, der die belanglose Äußerung Schleichers enthält: „Es wäre der schwärzeste Tag meines Lebens, wenn ich Ihre Freundschaft verlieren würde.“³⁸

In weiteren Verhandlungen mit Hitler mußte Papen erfahren, daß jener zu einer Beteiligung an einer Regierung Schleicher oder Papen in keinem Fall bereit sein würde; auch nicht zur Bildung einer parlamentarischen Regierung unter Einbeziehung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei, was Papen aus begrifflichen Gründen ebensowenig wollte. So suchte er nun dem Reichspräsidenten die Kanzlerschaft Hitlers schmackhaft zu machen. Zwischen dem 20. und 22. Januar fand eine erneute Besprechung Hindenburgs mit Papen statt, in der dieser über seine Verhandlungen mit Hitler berichtete. Papen soll damals nach Meißner³⁹ (dessen Memoiren er in den jetzt vorliegenden Erinnerungen an einigen Stellen, aber gerade nicht an dieser wesentlichen korrigiert), Hindenburg empfohlen haben, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, da er für seine Partei lediglich die Bestellung Fricks zum Innenminister und Görings zum Minister der (zivilen) Luftfahrt verlange. Aber Hindenburg lehnte wiederum ab. Er befürchtete von seiten Hitlers als Kanzler den Mißbrauch seiner Machtstellung zur Errichtung einer nationalsozialistischen

³⁶ Meißner, a. a. O. S. 261.

³⁷ A. a. O. S. 256.

³⁸ A. a. O. S. 261.

³⁹ A. a. O. S. 263.

Parteidiktatur. Er ersuchte daher von Papen, „im bisherigen Sinne die Verhandlungen fortzusetzen“⁴⁰. Hier wäre der Moment gewesen, wo Papen diesen neuen Auftrag hätte ablehnen müssen, weil er von dessen Undurchführbarkeit überzeugt war. In der Tat will Papen dem Präsidenten den Gedanken, ihn mit der Bildung der Regierung zu betrauen, ausgeredet haben⁴¹. Was aber war das Ergebnis dieser Unterredung? Doch nichts anderes, als daß sich Papen weiter als der Beauftragte des Präsidenten betrachtete.

Am 28. Januar nachmittags, nachdem Schleicher demissioniert hatte, weil er die gewünschten Vollmachten für den Staatsnotstand nicht erhalten hatte, erteilte Hindenburg Papen auf dessen Vorschlag den Auftrag, die Möglichkeiten einer Regierungsbildung unter Hitler zu prüfen. Erst am Abend nach einer weiteren Unterredung mit Hitler wurde er mit der Regierungsbildung unter diesem beauftragt. Hier erscheint Papen nach seiner eigenen Darstellung selbst als der Drängende, dem der alte Hindenburg nach respektablem Widerstand erlag.

Kaum hatte Papen seine offiziellen Verhandlungen mit Hitler begonnen, so steigerte dieser seine Forderungen. Göring sollte nicht mehr Luftfahrtminister, sondern preußischer Innenminister, also Herr der Polizei werden. Papen tröstete sich damit, daß er als kommissarischer Ministerpräsident den preußischen Innenminister in den gewünschten Grenzen würde halten können⁴². Dabei war der preußische Ministerpräsident nur *primus inter pares*, nicht Vorgesetzter der Minister, er hatte lediglich ein Mitentscheidungsrecht bei der Ernennung der höheren Beamten. Hätte Papen nur ein wenig von der Praxis der Exekutive gewußt, so hätte er die Bedeutung dieser Konzession an Hitler wie die Bedeutungslosigkeit des Gegengewichts erkennen müssen. Im übrigen war es ja angeblich eines der Motive des Preußencoup vom 20. Juli 1932 gewesen, die Polizei nicht in die Hände der Nationalsozialisten fallen zu lassen, falls diesen je eine Regierungsbildung gelingen würde⁴³. Daß Papen sich selbst mit dem Vizekanzlerposten, also mit der Stellung eines Ministers ohne Portefeuille begnügte, ist ebenso bezeichnend für seine Unerfahrenheit. Er hat die Einflußlosigkeit seines Postens sehr schnell einsehen müssen⁴⁴, hätte das aber wissen dürfen. Unter den Vizekanzlern seit 1919 (sofern diese Stelle überhaupt besetzt war) hat nur Schiffer 1920 eine nennenswerte Rolle gespielt und auch er nur während des Kapp-Putsches, als die Reichsregierung nach Stuttgart geflüchtet war. Nun hatte freilich Hitler Papen die Konzession gemacht, daß ersterer dem Reichspräsidenten nur in Gegenwart des letzteren Vortrag halten sollte. Das war aber eine Regelung, die Hindenburg auf Hitlers Drängen selbst bald schon aufhob⁴⁵. Im übrigen bedeutete sie nach der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten wenig genug.

⁴⁰ Meißner, a. a. O. S. 263.

⁴¹ „... Ich hat ihn (Hindenburg), Schleicher wissen zu lassen, er möge sich durch solche angeblichen Pläne meinerseits wirklich nicht bedroht fühlen...“, a. a. O. S. 267.

⁴² A. a. O. S. 272.

⁴³ A. a. O. S. 216.

⁴⁴ A. a. O. S. 311 und 326.

⁴⁵ A. a. O. S. 295.

Am 29. Januar genehmigte Hindenburg die Ministerliste der neuen Regierung. Ein beruhigendes Moment schien es dabei zu sein — und Papen beruft sich gern darauf —, daß die Nationalsozialisten sich in der Reichsregierung in der Minderheit befanden. Wenn man einmal unterstellt, daß die Bildung einer Regierung Hitler unabweichlich gewesen wäre, so mußte Papen aus den vielen Verhandlungen seine nationalsozialistischen Partner doch so weit kennengelernt haben, daß er ihnen als Kollegen, um sie einzuschränken, nicht unpolitische Beamte, so intelligent sie auch in ihrem Fach sein mochten, sondern ihnen gewachsene Partner gegenüberstellen mußte. Aber den Konfliktfall hat er überhaupt nicht bedacht. Göring wurde Herr der preußischen Polizei. Daß SA und SS zum Teil bewaffnet waren, wußte Papen aus seiner Kanzlerzeit her. Um so wichtiger mußte die Besetzung des Reichswehrministeriums sein. Erst am 29. Januar wurde nach Papen diese Frage zwischen ihm und Hindenburg erörtert. Papen schlug Fritsch vor, Hindenburg lehnte nicht ab, Papen gab aber dann gegenüber der Kandidatur Blombergs ohne weiteres nach⁴⁶. Da er von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt und demnach dessen verantwortlicher Berater war, so steht es ihm schlecht an, die von ihm gewählten bürgerlichen Ministerkollegen und vor allem Blomberg mit Vorwürfen zu überhäufen, daß sie ihn im Ringen mit den nationalsozialistischen Machthabern nicht unterstützt hätten. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine bessere Zusammensetzung der Regierung Erfolg gehabt hätte. Wesentlich ist hier, festzustellen, daß Papen als Berater des Präsidenten auch in dieser Frage versagt hat.

Eine halbe Stunde vor der Vereidigung am nächsten Tage steigerte Hitler nochmals überraschend seine Bedingungen. Er verlangte die Auflösung des Reichstages⁴⁷. Papen gab trotz des Widerstandes Hugenburgs nach. Das war nun eine Forderung (die gleiche, die Schleicher abgeschlagen worden war), mit der die ganze Sachlage sich änderte. Es wurde damit die Fiktion aufgegeben, daß Hitlers Ernennung zu einer Normalisierung führen werde, also zu dem, was Hindenburg eigentlich wollte⁴⁸. Gleichwohl setzte sich Papen für die Forderung ein, angeblich in der Hoffnung, daß die Wahlen einen großen Rechtsblock ergeben würden⁴⁹. Hindenburg wurde tatsächlich im letzten Augenblick überrumpelt, ob mit oder ohne Wissen und Willen von Papen, wird kaum festzustellen sein. Im ersteren Fall wäre es eine schändliche Illoyalität, im anderen Fall ein grobes Versagen des Verhandlungsführers gewesen. Papen will noch, bevor die neue Regierung das Zimmer Hindenburgs zur Vereidigung betrat, Hitler das Versprechen abgenommen haben, sich unverzüglich mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei ins Benehmen zu setzen, um eine möglichst breite Basis für die Koalition schon jetzt zu sichern. Solche

⁴⁶ A. a. O. S. 271.

⁴⁷ A. a. O. S. 275.

⁴⁸ „... Hindenburg hat aber erst nach starkem Sträuben dank der Vermittlung Meißners sich zur Unterzeichnung der Auflösung entschlossen...“ s. Henry Picker, „Hitlers Tischgespräche“ im Führerhauptquartier 1941–1942, 1951, S. 243. — Da Hindenburg einmal gegebene Zusagen zu halten pflegte, hätte er sich wohl ohne weiteres zur Unterschrift bequemt, wenn er sich nicht überlistet gefühlt hätte.

⁴⁹ A. a. O. S. 276.

zusätzlichen Bedingungen nach einmal abgeschlossenem Geschäft pflegen in der Politik ebensowenig Wert zu haben wie sonst im Leben. Vor allem aber: Was hatte überhaupt die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung für einen Sinn, wenn diese neuen Auftrieb durch eine sofortige Wahl nach der Regierungsbildung erhielten, statt einem wirksamen und längerfristigen Abnutzungsprozeß ausgesetzt zu werden? Auch die mündliche Zusage Hitlers an Hugenberg, daß der Wahlausgang an der Zusammensetzung der Regierung nichts ändern würde, ist bekanntlich nicht gehalten worden, weder gegenüber Hugenberg noch gegenüber Papen, der sein Amt als Ministerpräsident nach den Preußenwahlen Göring abtreten mußte, obwohl die Betrauung mit diesem Amt eine der Hauptbedingungen Papens gewesen war.

Papen hat sich im ganzen wie im einzelnen demnach als ein miserabler Verhandlungsführer erwiesen. War er wirklich so ungeschickt? Man kann verstehen, daß er, dessen Stärke im Salon lag, diesen handfesten verschlagenen Gesellen nicht gewachsen war. Was auffällt, ist, daß er es nicht merkte. Er war anscheinend völlig von der Sucht beherrscht, einmal Schleicher seine Niederlage heimzuzahlen, zum anderen die letzte Chance der Restauration mit allen Mitteln durchzusetzen. Auch fürchtete er wohl die Blamage vor seinen Standesgenossen, die ihm stark zusetzten. Gewiß erwies er sich hier als Intrigant, aber als einer, der mangels Übung und Begabung diese Rolle kläglich spielt. Selbst wenn diese Regierungsbildung nicht zu der Entwicklung des Dritten Reiches geführt hätte, oder wenn man selbst Papen zugute hält, daß er diese Entwicklung nicht übersehen konnte, so wird doch das Urteil bestehen bleiben, daß keine einzige parlamentarische Regierungsbildung so leichtfertig und unüberlegt erfolgt ist wie die Hitlers unter Papens Führung⁵⁰.

VII.

Solange Papen Vizekanzler war, hat er von allen Ministern trotz oder gerade wegen seiner schwindenden Macht am meisten Courage zum Widerstand gezeigt. Das beweist vor allem seine Marburger Rede vom Juni 1932, die zwar Edgar J. Jung verfaßt hat, für die aber Papen allein die Verantwortung trägt. Dieser Widerstand war ehrenwert, aber politisch erfolglos. Zweimal unternahm er noch den Versuch, dem Regime Schranken zu setzen. Er verband damit die Hoffnung, seine alten Pläne über die Hohenzollernmonarchie und das Reichskonkordat zu realisieren. Er wünschte wohl gleichzeitig, sich vor der Welt und Umwelt nach seinen beiden großen Mißerfolgen zu rehabilitieren. Der Konkordatsabschluß gelang ihm formal. Hitler ließ ihn gewähren. Dieser Abschluß nützte vielleicht im Augenblick dem Ansehen des Regimes in der Welt, aber das Konkordat wirkte nicht als die erhoffte Schranke im Papenschen Sinn, weil es von Hitler nicht gehalten wurde. Seine

⁵⁰ Die autoritären Versuche Hindenburgs, Papens und Schleichers reichen allein aus, um den Parlamentarischen Rat in Bonn nicht nur zu verstehen, sondern zu loben, daß er in der Konstruktion des Grundgesetzes versucht hat, die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme eines solchen Verfahrens auszuschalten.

Naivität aber zeigte sich vollends in dem Vorhaben, die Monarchie wiederherzustellen. Im März 1934 ging Hitler auf einen entsprechenden Vorschlag Papens ein⁵¹. Beide verabredeten miteinander, daß der Thronprätendent in den Dienst der Reichskanzlei gestellt werden sollte, damit er einen Einblick in die Staatsgeschäfte zur Vorbereitung seines hohen Amtes gewinne. Auf dieses Gespräch hin gab Papen Hindenburg die Anregung, durch ein politisches Testament dem deutschen Volk nach seinem Tode die Monarchie zu empfehlen, und entwarf auf dessen Bitte den Text. Als Papen nach Hindenburgs Tode Hitler die beiden Teile des Hindenburgschen Testamentes übergab, lehnte Hitler die Veröffentlichung des Teils über Monarchie ab.

Nichts hat Papens Ruf in der Öffentlichkeit mehr geschadet als die scheinbare Charakterlosigkeit, mit der er trotz aller Erfahrungen zwei diplomatische Posten annahm. Er ging nach Wien, obwohl er in den Wirren des 30. Juni vier Tage in seiner Wohnung eingesperrt worden war, obwohl zwei seiner engsten Mitarbeiter ermordet, ein weiterer verhaftet und seine Amtsräume durchsucht wurden. Und er ging nach der Türkei, trotz allem, was er in Wien erlebt hatte. Eben hier aber handelt es sich um Umstände, die stärker waren als er. Nach dem 30. Juni 1934 war Papen wohl selbst des Glaubens, daß er nur wie durch ein Wunder mit dem Leben davongekommen sei. Die Gestapo und SS hatten in seinen Amtsräumen sicherlich Material gefunden, das ihn in den Augen der Partei belastete. Er mußte daher für seine Freiheit und sein Leben fürchten. Nach seinem Wiener Abgang befand er sich tatsächlich in ernster Gefahr. Er hatte einen Teil seiner amtlichen Akten über seine Diplomaten-tätigkeit in Österreich in einem Zürcher Banksafe deponiert⁵². Das war auch nach rechtsstaatlichen Vorstellungen ein schweres Vergehen⁵³. Das nationalsozialistische Regime hätte ihm deswegen ohne weiteres einen Landesverratsprozeß machen können. Jetzt gab es für Papen nur noch die Rettungsalternative, entweder sofort ins Ausland zu flüchten oder jeden Auftrag Hitlers anzunehmen. Daß der Schneid aufhört, wenn der Mord oder das KZ auf einen lauert, ist menschlich. Ob nicht auch die Gewohnheit, Aufträge auszuführen, mitwirkte, wird man mindestens fragen dürfen. Sicher hoffte er, auf diplomatischem Posten am ehesten noch für Deutschland etwas zu erreichen. Vor allem aber rang er in der Türkei um sein Leben. Wurde diese in den Krieg auf alliierter Seite hereingezogen, so mußte er nach Deutschland auf Lebensgefahr hin zurück und kam um die letzte Möglichkeit der Rehabilitierung. Seine Aufgabe in Ankara war eine eng begrenzte, rein diplomatische. Der Kreis der Menschen, mit denen er zu tun hatte, war ein solcher, mit dem er im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Parteigrößen umzugehen verstand. Er hatte vielleicht auch einiges aus den eigenen Erlebnissen der letzten Jahre gelernt. Er scheint in Ankara zum erstenmal einer politischen Aufgabe, nämlich einer, die ihm gestellt und die auf eine ganz bestimmte Frage beschränkt war, gewachsen gewesen zu sein.

⁵¹ A. a. O. S. 369.

⁵² A. a. O. S. 499.

⁵³ Deutsches Beamtengesetz vom 26. Januar 1937, § 8.

VIII.

Das Wort aus Theodors Körners „Aufruf“ — „Der Freiheit eine Gasse“⁶⁴ hat man nach Büchmann irrtümlicherweise Arnold Winkelried in der Schlacht bei Sempach 1386 zugeschrieben. Indem Winkelried die Speere des ihm gegenüberstehenden Feindes ergriff, schlug er für seine Mitkämpfer eine Bresche in die feindliche Front. Durch seinen Opfertod wurde der Sieg der Schweizer über die Österreicher entschieden. Der Titel der Papenschen Memoiren drängt dem Leser geradezu die Vorstellung auf, daß deren Verfasser ein Winkelried der Wahrheit sein will. Der Inhalt erfüllt den Anspruch dieses Titels nicht. Die Denkwürdigkeiten mit ihren Entstellungen und Auslassungen sind eine mäßige Verteidigungsschrift. Aber daß Papen für diesen Inhalt einen so anspruchsvollen Titel gewählt hat, kennzeichnet ihn. Papen spricht in diesem Buch gern von sich, nicht in der „Ich-Form“ sondern vom „Kanzler“ oder „Staatsmann“. Brockhaus' Konversationslexikon bezeichnet vielfach Politiker, die einmal Minister waren, als Staatsmänner. Insofern war Papen auch einer. Er bringt aber manchmal auch das Adjektiv „staatsmännisch“ mit seiner Person und seiner Politik in Verbindung. Das Eigenschaftswort will nach deutschem Sprachgebrauch einem positiven Werturteil Ausdruck verleihen, es sei denn, daß es mit einem negativ wirkenden ausdrücklich verbunden wird.

Wenn Papen für sich staatsmännisches Format in Anspruch nimmt, dann muß er auch ein diskreditierendes Beiwort in Kauf nehmen. Eitelkeit ist keine seltene Eigenschaft der Politiker und Staatsmänner. Metternich, Disraeli und Talleyrand zeigen sie trotz ihrer großen Begabung in reichem Maße. Das Bemerkenswerte an den Papenschen Erinnerungen ist nur, wie sehr bei ihm Eitelkeit und politische Begabung im umgekehrten Verhältnis zueinander stehen.

Man mag über die historische Bewertung der Zielsetzung Papens allenfalls verschiedener Meinung sein, aus seinen eigenen Erinnerungen geht um so eindeutiger sein Versagen in der praktischen Politik hervor. Papen war als Persönlichkeit wie als Politiker in den letzten Jahren umstritten; daß dies nicht mehr der Fall zu sein braucht, ist das Verdienst seiner Memoiren.

⁶⁴ Die ganze Strophe lautet:

„Das höchste Heil, das letzte liegt im Schwert!
Drück dir den Speer ins treue Herz herein:
„Der Freiheit eine Gasse“, wasch die Erde,
dein deutsches Land mit deinem Blute rein.“

HEINRICH STUEBEL

DIE ENTWICKLUNG DES NATIONALSOZIALISMUS IN SÜDWESTAFRIKA

Vorbemerkung des Verfassers: Die folgende Arbeit stützt sich in erster Linie auf amtliches Material¹. Ergänzt durch Mitteilungen Deutscher, die in der Hitlerzeit im Mandatsgebiet wohnten, soll sie ein objektives Bild der Entwicklung des Nationalsozialismus in einer größeren deutschen Volksgruppe im Auslande bringen. Aus naheliegenden Gründen werden Namen von Personen nicht genannt.

*

Die Stellung der Deutschen in SWA unterschied sich wesentlich von der Lage der Deutschen in selbständigen Staaten. Zum Verständnis der Verhältnisse ist daher ein Rückblick auf die Entwicklung des Deutschtums im Mandatsgebiet SWA erforderlich.

Auf Grund von Artikel 119 des Versailler Vertrages hatte das Deutsche Reich auf seine Kolonien zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte verzichtet, die sie als Mandatsgebiete dem Völkerbund unterstellten. Die Verwaltung von SWA wurde der Südafrikanischen Union übertragen. An ihrer Spitze stand ein Administrator, dem ein beratender Ausschuß von sechs ernannten Mitgliedern zur Seite stand. Durch Verfassungsgesetz von 1925 (SWA Constitution Act) erhielt das Mandatsgebiet Selbstverwaltung. Sie sah die Einrichtung einer Gesetzgebenden Körperschaft, eines Exekutiv- und eines Beirates vor. Die Gesetzgebende Körperschaft sollte aus 18 Mitgliedern bestehen, von denen 12 von der weißen Bevölkerung gewählt, sechs vom Administrator ernannt wurden.

Von den rd. 13000 Deutschen, die bei Ausbruch des 1. Weltkrieges in SWA ansässig waren, blieben rd. 10000 nach dem Kriege in SWA wohnen, da die Union von ihrem Rechte, die Deutschen gemäß Artikel 122 des Versailler Vertrages zu „repatriieren“, im allgemeinen nur bei Regierungsbeamten und Militärpersonen Gebrauch machte. Um die Deutschen, die 1922 55 Prozent der weißen Bevölkerung ausmachten, an der Verwaltung des Landes zu beteiligen, mußten sie eingebürgert werden. Im Herbst 1925 kam es in London zwischen dem Ministerpräsidenten der Union, General Smuts, und zwei deutschen Regierungsvertretern in dieser Frage zu einem Abkommen, durch das die Deutschen in SWA die britische und dadurch auch die südafrikanische Staatsangehörigkeit automatisch erhalten sollten, soweit sie keinen Einspruch erhöben. Die Reichsangehörigkeit sollte ihnen verbleiben, ein Umstand, der in der Hitlerzeit zu schweren Differenzen zwischen Deutschen und Regierung führen sollte. Im Jahre 1925 schien die doppelte Staatsangehörigkeit un-

¹ Report of South West Africa Commission. Printed in the Union of South Africa by the Government Printer, Pretoria, 1936. U. G. No. 26, 1936.

Report Presented by the Government of the Union of South Africa to the Council of the League of Nations Concerning the Administration of South West Africa for the Year 1939. Printed in the Union of SA by the Government Printer, Pretoria, 1940. U. G. No. 30, 1940.

bedenklich zu sein. Sie war zudem ein Mittel, um den Deutschen die Annahme der britischen Staatsangehörigkeit schmackhafter zu machen. Tatsächlich schloß sich nur ein kleiner Teil der Deutschen von der Einbürgerung aus, als auf Grund der Londoner Vereinbarung die Union das Naturalisierungsgesetz von 1924 (SWA Naturalisation of Aliens Act) erließ. Es setzte als Stichtag den 1. 1. 1924 fest. Alle Deutschen, die nach diesem Tage einwanderten, mußten, wenn sie Bürgerrechte erwerben wollten, einen Antrag auf Naturalisierung stellen, bei dessen Genehmigung sie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Die ersten Wahlen, bei denen die Deutschen von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machten, fanden 1926 statt. Sie ergaben eine deutsche Mehrheit. Von den zwölf zu wählenden Mitgliedern des Parlaments waren sieben Deutsche.

Infolge der Politisierung der Verwaltung verschlechterte sich das bisher harmonische Verhältnis zwischen der deutschen und den anderen Volksgruppen. Die Deutschen fühlten sich mehrfach benachteiligt. Obwohl sie die Mehrheit im Lande hatten, waren Afrikaans und Englisch die Landessprachen, aber nicht Deutsch. Das Naturalisationsgesetz von 1924 wurde als Bruch des Londoner Abkommens angesehen. Es setzte nämlich die Wartefrist auf fünf Jahre fest, während das Naturalisationsgesetz von 1910, das zur Zeit des Londoner Abkommens in Kraft war, nur eine Wartefrist von zwei Jahren bedingte. Die deutschen Einwanderer fühlten sich dadurch um so mehr zurückgesetzt, als die Einwanderer aus der Union bereits bei ihrer Ankunft in SWA das aktive und passive Wahlrecht besaßen. Dabei waren die südafrikanischen Neusiedler meist unbemittelt und weder charakterlich noch beruflich den schwierigen Anforderungen des Landes gewachsen. Sie bedurften zum Bau von Wohnhäusern, zum Ankauf von Vieh und zur Anlage von Bohrlöchern namhafter staatlicher Zuschüsse und wurden daher nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen Volksgruppen als schwere finanzielle Belastung empfunden. Infolge der steigenden Einwanderung aus der Union verloren die Deutschen die bisherige Mehrheit im Parlament. Bei den Wahlen von 1929 gewannen die Südafrikaner acht von den 12 Parlamentssitzen. Die Zweidrittelmehrheit bekamen sie aber nicht, weil der Administrator die Sitze der sechs zu ernennenden Mitglieder gleichmäßig auf Deutsche und Südafrikaner verteilte.

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, die in SWA durch zwei völlige Dürrejahre wesentlich verschärft wurde, kam eine versöhnlichere Stimmung auf. Im Januar 1932 kam in Kapstadt zwischen der deutschen und der südafrikanischen Volksgruppe eine Vereinbarung zustande, in der den Deutschen Deutsch als dritte Landessprache und die Erleichterung der Naturalisierung zugestanden wurden. Dafür wollten sich die Deutschen für eine Erweiterung der politischen Rechte des Parlaments einsetzen, die bisher die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erhalten hatte. Ministerpräsident Hertzog begrüßte bei einem Empfang der Delegierten beider Volksgruppen ihre Zusammenarbeit und versprach, die Wünsche nach Erweiterung der politischen Rechte im allgemeinen und der Deutschen im besonderen zu begünstigen.

Der Frieden dauerte aber nicht lange, da von deutscher Seite nichts geschah, um die

Wühlarbeit gewisser Elemente gegen die Landesregierung zu unterbinden, und von südafrikanischer Seite die Eingliederung des Mandatsgebiets als fünfte Provinz in die Union propagiert wurde. Das Kapstädter Abkommen wurde daher nicht durchgeführt.

Als der Nationalsozialismus in Deutschland zum Siege kam, fand er in SWA für seine Anschauungen und Ziele einen fruchtbaren Boden vor. Obgleich die Regierung die heimatlichen Gefühle der deutschen Bevölkerung schonte², Deutsch auch im amtlichen Verkehr zugelassen war und die deutschen Privatschulen bis 1955 staatliche Zuschüsse erhielten, fühlten sich die Deutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt und von einer Volksgruppe majorisiert, der sie sich kulturell und wirtschaftlich überlegen glaubten. Traditionell wurzelten sie im Kaiserreich, an dessen Farben sie unentwegt festhielten. Viele von ihnen hatten die Kämpfe gegen die Hereros und Hottentotten 1903–1907 mitgemacht, in denen 5000 deutsche Soldaten und Farmer gefallen oder ermordet worden waren. Nach der Befriedung des Landes hatten sie den großen wirtschaftlichen Aufbau erlebt. Der Vertrag von Versailles hatte zwar das Band mit der alten Heimat durchschnitten, aber das Mandatssystem wurde nur als eine Zeiterscheinung angesehen, die verschwinden würde, wenn die politische Stellung Deutschlands in Europa sich änderte. Keinesfalls wünschte man eine Eingliederung in die Union. In den Herzen der Deutschen blieb vielmehr der Gedanke an eine Rückkehr SWA's ins Reich lebendig. Der Regierungsantritt Hitlers schien die Erfüllung langgehegter Wünsche und Hoffnungen zu versprechen. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen ging daher nach 1933 mit fliegenden Fahnen zum Nationalsozialismus über.

Eine NSDAP hatte in SWA bereits vor 1933 bestanden. Sie trat indessen kaum in Erscheinung. Das Bild änderte sich jedoch, als Mitte 1933 ein Abgesandter der Partei eintraf, der mit Vollmachten und Geldmitteln der Partei zur Nazifizierung aller deutschen Einrichtungen in SWA versehen war. „Er begann diktatorische Methoden einzuführen. Alle sozialen, kulturellen und politischen Einrichtungen, die hauptsächlich von naturalisierten Deutschen getragen waren, wurden in den nationalsozialistischen Machtbereich hineingezwungen. Die Schulen wurden die Pflanzstätten nationalsozialistischer Rekruten. Provozierende Umzüge mit Hakenkreuzfahnen und Absingen nationalsozialistischer Lieder wurden veranstaltet. Die Unionsflagge wurde vom Regierungsgebäude in Windhoek niedergeholt und an ihrer Stelle die deutsche Flagge gehißt. Propagandaschriften wurden verteilt, die die Rückkehr SWA's zu Deutschland forderten“³.

Im Dezember 1933 ersuchte der deutsche Konsul in Windhoek den Direktor für das Erziehungswesen, den Geschichtsunterricht in den deutschen Regierungsschulen nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten auszurichten. Als dieses Ersuchen abgelehnt wurde, teilte die Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg allen Kreis- und Ortsgruppenführern im Auslande mit, daß „es die Aufgabe der Heimat sein würde, daß in Zukunft nur solche Lehrer die Jugend im Auslande

² In Windhoek hängen heute (1951) noch die alten Straßenschilder aus der Kaiserzeit. Es gibt eine Kaiser-, Bismarck-, Bülowstraße.

³ Übersetzung aus Report of SWA Commission a. a. O. § 264.

unterrichten dürften, die fest im nationalsozialistischen Geiste verwurzelt seien“. Der Leiter der Oberrealschule in Windhoek, der es ablehnte, seine Schüler auf unbedingten Gehorsam gegen die Führer der Hitlerjugend zu verpflichten, weil er dies als schädlich für die elterliche Autorität ansah, kehrte auf Veranlassung des Landesgruppenleiters von seinem Urlaub nicht wieder auf seinen Posten zurück.

Für die Organisation der Hitlerjugend wurde Mitte 1934 ein Jugendführer der Partei nach SWA entsandt. Die bisherige Pfadfinderjugend wurde nach den Grundsätzen der Hitlerjugend und des Bundes deutscher Mädel reorganisiert, die Uniformen der Pfadfinderjugend aber in Reserve gehalten, um im Falle eines Verbots der Hitlerjugend eine Rückverwandlung leichter durchführen zu können.

Anfang 1934 verlangte die Parteileitung in Hamburg, daß alle Amtsträger auch im Auslande auf Adolf Hitler zu vereidigen wären. Ende Mai konnte der Landesgruppenleiter melden, daß die Stabswalter und Hoheitsträger in der angeordneten Weise feierlich vereidigt, die Naturalisierten und die Jugend verpflichtet worden seien.

Über alle Deutschen, die sich dem nationalsozialistischen Druck nicht beugten, berichtete die Partei nach Deutschland. Sie mußten befürchten, daß Repressalien gegen ihre in Deutschland wohnenden Verwandten ergriffen würden. Außerdem stand ihnen, soweit sie Reichsdeutsche waren, Ausbürgerung auf Grund des Gesetzes vom 14. VII. 1933 bevor, was den Verlust ihres Eigentums in Deutschland bedeutete.

Bereits in den zwanziger Jahren hatten sich die Deutschen SWA's zum „Deutschen Bund“ zusammengeschlossen, dem die politische, soziale und kulturelle Vertretung des Deutschtums der Landesregierung gegenüber oblag. Es konnte nicht ausbleiben, daß zwischen dieser Organisation und den Parteistellen Differenzen eintraten. Im November 1933 begaben sich daher der deutsche Generalkonsul in Pretoria und ein Abgesandter der Partei aus der Heimat nach Windhoek, um Personal- und Zuständigkeitsfragen zu regeln. Der bisherige Vorsitzende des Deutschen Bundes wurde zum Rücktritt veranlaßt und an seine Stelle ein Mann ernannt, dessen Gesinnungstüchtigkeit außer Frage stand. Der Deutsche Bund sollte in Zukunft eine völkische Vereinigung sein, die alle Reichsbürger, ob Mann oder Frau, Pg. oder Nicht-Pg., umfassen solle und dessen Ziel die Aufrechterhaltung der deutschen Interessen im Mandatsgebiet sei. Die Erreichung dieses Zieles solle gemäß den allgemeinen politischen Weisungen der zuständigen Dienststellen in der Heimat erfolgen. Die Partei solle den Bund unterstützen und darauf achten, daß seine Politik die Genehmigung der Reichsregierung habe.

Das lärmende und provozierende Auftreten der Parteiorganisationen erregte den Unwillen der nicht-deutschen Volksgruppen. Die Gesetzgebende Körperschaft beschloß daher am 3. VIII. 33 ein Gesetz, das die Landesverwaltung ermächtigte, gegen Personen vorzugehen, die den öffentlichen Frieden störten. Es erhielt erst am 12. II. 1934 die Genehmigung des Generalgouverneurs. (Criminal Law Amendment Ordinance, 1933.) Es kam zur Anwendung, nachdem Anfang Juli 1934 ein „Tag der Deutschen Jugend“ in Windhoek stattgefunden hatte, bei dem der Landesgruppenleiter und der Führer der Hitlerjugend aufreizende Reden gehalten hatten. Am 12. VII. wurden die Geschäftsräume der NSDAP polizeilich

durchsucht und Akten und Papiere beschlagnahmt. Einen Tag später wurde die Hitlerjugend verboten und ihr Führer ausgewiesen. Dasselbe Schicksal ereilte die Partei und ihren Führer am 29. X. 1934.

Die beiden Verbote waren ein Schlag ins Wasser. Die Partei setzte ihre Tätigkeit mit Unterstützung des deutschen Konsuls illegal fort. Die Hitlerjugend verwandelte sich in eine Pfadfinderjugend, nachdem sich der Deutsche Bund der Regierung gegenüber verpflichtet hatte, daß sie nicht wie die Hitlerjugend unter ausländischem Einfluß stehen und keine Politik in die Schule hineinbringen würde. Dies schloß aber nicht aus, daß ihre Führer auf Reichskosten nach Deutschland geschickt und dort in Kursen ausgebildet wurden.

Die Regierung war in einer heiklen Lage. Die Verteidigung oder Verpflichtung auf das Staatsoberhaupt eines fremden Staates, die bei doppelter Staatsangehörigkeit theoretisch möglich war, warf die Frage auf, ob und wie weit sich ein Bürger der Union unter diesen Umständen seinem eigenen Lande gegenüber loyal verhalten könne. Auch daß der Deutsche Bund, die politische Organisation der zweitstärksten Volksgruppe, seine Weisungen aus dem Auslande erhielt, war unerträglich. Zwar konnte der deutsche Gesandte in Pretoria an Hand von Briefauszügen, deren Richtigkeit von der südafrikanischen Gesandtschaft in Berlin beglaubigt war, nachweisen, daß die Dienststellen in der Heimat die Deutschen in SWA vor unbedachten Schritten warnten und zur Loyalität gegen ihr Gastland anhielten. Aber die Regierung hatte unter den beschlagnahmten Papieren der NSDAP Briefe gefunden, die das Gegenteil bewiesen. Die Propaganda für eine Rückkehr SWA's ins Reich rief wirtschaftlich eine Unsicherheit hervor, die die Entwicklung des Landes hemmte, da unter den obwaltenden Umständen keine Neigung zu Kapitalinvestitionen vorhanden war.

Wenn die Regierung trotzdem sehr vorsichtig vorging und Landesverweisungen nur auf die beiden erwähnten Fälle beschränkte, so hatte dies zwei Gründe: Einmal waren die Deutschen wirtschaftlich das stärkste und fortgeschrittenste Element. Sie besaßen die größten und besten Farmen und spielten auch in Handel und Industrie eine bedeutende Rolle. Zum anderen hatten die Deutschen in Pretoria mächtige Freunde. Zu ihnen gehörten der Ministerpräsident General J. B. M. Hertzog und Oswald Pirow, Minister für Verteidigung, Handel und Industrie, Mitglied des sog. inneren Kabinetts und persönlicher Freund Hertzogs.

Hertzog hatte 1902 den Frieden von Vereeniging mit unterzeichnet, durch den die Burenrepubliken ihre Selbständigkeit verloren hatten. Er hatte daher volles Verständnis für die Lage, in die Deutschland durch den Vertrag von Versailles geraten war. Bei verschiedenen Gelegenheiten betonte er die Ungerechtigkeiten dieses Vertrages. Er sagte einen neuen Krieg voraus, wenn sie nicht beseitigt würden. Vor allem müsse Deutschland seine Kolonien zurückerhalten. SWA nahm er jedoch aus, weil sich dort bereits 18000 Südafrikaner angesiedelt hätten⁴. Er war aber bereit, im Rahmen einer Gesamtregelung der Kolonialfrage an Deutschland eine Geldent-

⁴ van den Heever: General J. B. M. Hertzog. Johannesburg. 1948. S. 276.

schädigung von 50 Millionen Pfund zu zahlen, wenn Deutschland endgültig auf SWA verzichte⁵.

Oswald Pirows Sympathien für Deutschland erklärten sich durch seine deutschstämmige Herkunft. Er hatte zudem in Deutschland studiert.

Zur Beruhigung der nichtdeutschen Bevölkerung mußte aber irgend etwas geschehen. Die Regierung erließ daher im Herbst 1936 eine Proklamation, in der sie es für unmöglich erklärte, daß Ausländer Mitglieder einer politischen Organisation wären oder würden. Der Administrator erhielt das Recht, die Mitgliedschaft von Ausländern auch in anderen Organisationen für unerwünscht zu erklären. Der Vorsitzende des Deutschen Bundes, der seit dem Besuch des deutschen Generalkonsuls 1933 mehrfach gewechselt hatte und zur Zeit ein Reichsdeutscher war, antwortete auf die Proklamation mit einem Rundschreiben, in dem er die Haltung der Regierung als unversöhnlich, ja als feindselig bezeichnete. Sie verhindere die Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit, dem Führer des deutschen Volkes die Treue zu halten. Die Satzungen des Bundes würden so geändert werden, daß er in Zukunft nur noch eine kulturelle und wirtschaftliche Organisation sei. Zu einer Satzungsänderung kam es jedoch nicht mehr, weil die Regierung acht Tage später den Deutschen Bund und zwei nichtdeutsche Organisationen zu „politischen Organisationen“ erklärte. Auf Weisung des Auswärtigen Amtes in Berlin löste sich daraufhin der Deutsche Bund „zur Aufrechterhaltung der deutschen Ehre“ auf. An seiner Stelle wurde der Deutsche Südwest-Bund gegründet, dem nur naturalisierte Deutsche angehören durften.

Die Regierung irrte aber, wenn sie glaubte, die Entwicklung des Nationalsozialismus dadurch irgendwie gedämpft zu haben. Im Gegenteil! Die Nazi-Reichsdeutschen entfalteten nunmehr eine fieberhafte Tätigkeit, kulturelle und wirtschaftliche Organisationen ins Leben zu rufen. Das Land wurde mit einem engmaschigen Netz von „Kulturvereinen“ überzogen, in die auch Nicht-Pgs aufgenommen wurden. Wirtschaftlich wurden die Deutschen in dem Verband Deutscher Berufsgruppen für SWA erfaßt. In Verbindung mit der Landwirtschaftskammer, dem Frauenbund, den Schul-, Turn- und Pfadfindervereinen wurde das Deutschtum zu einem soliden Block verschmolzen, in dem die gemäßigten Elemente durch die radikalen in den Hintergrund gedrängt wurden, die freie Meinungsäußerung so gut wie ausgeschlossen und die persönliche Haltung jedes einzelnen scharf kontrolliert wurde.

Bezeichnend für die Art des Nationalsozialismus in SWA war, daß der Antisemitismus keine besondere Rolle spielte. Obwohl zahlreiche Juden in Windhoek leben, die sich hauptsächlich mit Karakulfellhandel befassen, kamen nur zwei unbedeutende Ausschreitungen gegen Juden vor.

Mit dem Kauf der beiden deutschen Zeitungen in SWA, der „Allgemeinen Zeitung“ in Windhoek und der „Swakopmunder Zeitung“, die sich lange Zeit eine gewisse Selbständigkeit bewahrt hatten, war der Sieg des Nationalsozialismus vollendet. Die Swakopmunder Zeitung wurde stillgelegt. Die Allgemeine Zeitung änderte ihren Namen in „Deutscher Beobachter“.

⁵ Mitteilung des Herrn O. Pirow an den Verfasser.

Der Anteil der Nationalsozialisten an der Gesamtzahl der Deutschen in SWA wurde auf 80–95 Prozent geschätzt. Die letztere Zahl ist wahrscheinlicher.

Nur eine kleine Gruppe von Deutschen widerstand den Lockungen und Drohungen der Partei. Sie hatten sich zur „Volksdeutschen Gruppe“ zusammengeschlossen, die etwa 400 Mitglieder umfaßte. Sie mußten damit rechnen, ihr Leben verwirkt zu haben, wenn SWA an Deutschland zurückkam.

Als sich im Frühjahr 1939 die internationale Lage immer mehr verschärfte, schickte die Regierung auf Grund von Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch in SWA namhafte Polizeiverstärkungen in das Mandatsgebiet. Verteidigungsminister Pirow entsandte überdies Truppen und die drei Panzerwagen der Union nach Windhoek, da er Schießereien zwischen Deutschen und Polizei befürchtete, wodurch unter Umständen ein Bruch mit Deutschland hätte eintreten können⁶. Hitlers Geburtstag – der kritische Tag – verlief aber ruhig. Die Deutschen hatten in den Reichsfarben geflaggt. Umzüge mit provozierenden Reden unterblieben.

Das Verhängnis brach über das Deutschtum herein, als am 4. IX. 1939 das Unionsparlament mit 80 zu 67 Stimmen die Neutralitätserklärung des Generals Hertzog ablehnte, Hertzog daraufhin zurücktrat und die Union an Deutschland den Krieg erklärte. Soweit die Deutschen offiziell mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gestanden hatten, wurden sie verhaftet und interniert. Dabei kam es der Polizei zustatten, daß der deutsche Konsul bei seiner Abreise die vollständigen Mitgliederlisten der Partei in seinem Geschäftszimmer unzerstört zurückließ. Die britische Staatsangehörigkeit wurde den Deutschen durch Gesetz vom Jahre 1942 abgesprochen, soweit sie nicht als Freiwillige dienten oder nächste Angehörige eines Freiwilligen waren. Im Jahre 1944 wurden die Deutschen in die Heimat zurückbefördert.

Nach dem Siege der Nationalen Partei erlaubte die Regierung Malan den Deutschen die Rückkehr nach SWA und gab ihnen nach ihrer Ankunft im Lande das beschlagnahmte Eigentum zum größten Teil zurück.

Auch die deutschen Privatschulen in Windhoek, Karibib und Lüderitz wurden wieder eröffnet und erhalten seit 1950 wieder Staatszuschüsse. In den Regierungsschulen ist Deutsch wieder Unterrichtsfach.

Trotz der entgegenkommenden Haltung der Regierung Malan hat das Deutschtum den Rückschlag, den es durch den Nationalsozialismus erlitten hat, noch nicht überwunden. Die deutsche Bevölkerung hat zahlenmäßig noch nicht wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht. Ihr Anteil an der weißen Bevölkerung, der vor dem Kriege 40 Prozent betrug, ist auf unter ein Drittel gesunken. Dadurch ist die Erhebung des Deutschen zur dritten Landessprache, die durch die Kapstadter Vereinbarung in greifbare Nähe gerückt war, auf unabsehbare Zeit verschoben.

Die Frage, ob die Deutschen in SWA noch heute nationalsozialistisch eingestellt sind, beantwortete ein langjähriger Kenner des Landes mit folgenden Worten: „Der nationalsozialistische Traum ist in Südwest völlig ausgeträumt, nachdem man erlebt hat, daß der Nationalsozialismus seinem Wesen nach und in seiner Handlungsweise etwas völlig anderes war, als wir uns darunter gedacht hatten.“

⁶ Mitteilung des Herrn O. Pirow an den Verfasser.

Dokumentation

AUGENZEUGENBERICHT ZU DEN MASSENVERGASUNGEN

Vorbemerkungen des Herausgebers

Das Quellenstück, das hier veröffentlicht wird, ist eine Parallelfassung zu dem Kernbestand eines überwiegend in Französisch niedergeschriebenen Dokuments (PS-1553-RF-350), das schon dem IMT vorgelegen hat¹. Dieses Dokument wurde dann im „Ärzteprozeß“ als Beweismittel der Anklage zugelassen (Exhib. 428); danach sind die sachlichen Hauptabschnitte aus ihm in der Sitzung des Militärgerichtshofs Nr. 1 in Nürnberg am 16. Januar 1947 in deutscher Übersetzung verlesen und ins Protokoll aufgenommen worden². Andere Teile des Dokuments, insbesondere die ihm beigelegten Blausäurerechnungen, sowie die Person des Verfassers der hauptsächlichlichen Niederschrift und des Adressaten der Rechnungen, Bergassessor a. D. Kurt Gerstein, haben ferner eine erhebliche Rolle im ersten deutschen Giftgasprozeß (Degesch-Prozeß) in Frankfurt im Januar 1949 gespielt³.

Es handelt sich im folgenden also um keine „Enthüllung“, wohl aber um die Aufgabe, ein bisher nur für Prozeßzwecke benutztes Dokument, das der Öffentlichkeit und der geschichtlichen Forschung noch in keiner zureichenden Ausgabe vorliegt, wissenschaftlich-kritisch zu edieren und zu kommentieren. Das erscheint um so dringlicher, als die Aufzeichnungen Gersteins einen in vieler Hinsicht einzigartigen Augenzeugenbericht aus dem Bereich der Massenvergasungen darstellen.

Es ist keine angenehme Aufgabe, sich mit diesen grauenhaften Vorgängen zu beschäftigen. Sie werden hier in Erinnerung gerufen, nicht um Haß zu pflanzen oder lebendig zu erhalten, sondern gemäß der Verpflichtung, wie sie im Eingangsheft für diese Zeitschrift dahin bestimmt wurde, „daß sie an keinerlei heißen Eisen, weder internationalen noch nationalen, sich vorbeidrückt und keine leeren Räume offen läßt, in die Legenden sich einzunisten neigen“. Man fängt mit der Erfüllung dieser Pflicht wohl sinngemäß am besten vor der eigenen Türe an. — Aber so sehr die Rationalisierung des Unmenschlichen und Untermenschlichen zu den spezifi-

¹ Erwähnt in: Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher (Nürnberg 1948) VI, S. 370f., 400f., 467. Zwei Rechnungen (s. u.) sind gedruckt, das. XXVII, S. 341f. — PS 1553 wurde von dem französischen Ankläger verwandt (daher RF 350) — Dem Herausgeber lag eine Fotokopie in Blättern vor. — Außerdem zum französischen Text ein handschriftlicher Entwurf von 10 Folioseiten.

² Das. S. 1806—1815. Vgl. auch den Auszug in *Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals . . .*, vol. I, p. 865—70. — Ebenfalls ein Auszug im ursprünglichen, nur etwas geglätteten, Französisch ist veröffentlicht in Poliakov-Mauriac, *Bréviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs*. Paris 1951, S. 221—24.

³ Vgl. Neue Zeitung, Jahrg. 1949, No. 34 v. 22. 5. 49, S. 5.

schen Wesenszügen des nationalsozialistischen Regimes gehört und so sehr die Systematisierung der Massenvernichtung wie auch die anmaßliche Entscheidung über das, was „lebenswert“ ist, eine Eigenart eben dieses Regimes sind, so wenig wird man übersehen wollen, welch unbarmherziges Licht hier auf unsere Epoche und ihre latenten Möglichkeiten im ganzen fällt. Sie hat ja auch sonst und anderwärts gezeigt und zeigt immer wieder, wie dünn der zivilisatorische Firnis über den dunklen Kräften der Tiefe geworden ist und was ihre Freisetzung bedeutet, sowie einmal die Bande gelöst sind. Diese Erfahrungen, die am nachdrücklichsten allerdings in der nationalsozialistischen Zeit gemacht worden sind, durch den Schleier des Vergessens oder des Bagatellisierens zu überdecken, würde nicht nur Stumpfheit und Gewissenlosigkeit gegenüber den Opfern dieser bestimmten Zeit bedeuten, sondern auch Einschläfern der Wachsamkeit und des Gewissens überhaupt. So angesehen ist das Gerstein-Dokument „zeitgeschichtlich“ im eminenten Sinn.

* * *

Für die Art der Edition waren eine Reihe von technischen Vorfragen zu erwägen. Das Dokument PS-1553 erscheint weder seinem Umfang noch seiner Beschaffenheit nach zur Veröffentlichung im vollen Wortlaut ohne weiteres geeignet, so sehr es die psychologische Situation des Frühjahrs 1945 anschaulich widerspiegelt. Es beginnt mit dem kurzen englischen und maschinenschriftlichen Feststellungsbericht eines vorgeschobenen amerikanischen „Field Team“, das Gerstein in einem beschlagnahmten Hotel in Rottweil am 5. Mai 1945 antraf. Der Bericht enthält die allgemeinen Bekundungen von G. über seine nahen Beziehungen zu Pf. Niemöller, über seine beratende Teilnahme an den Vergasungen und seine Bereitschaft zur Zeugenaussage. Die Vernehmenden (Major D. C. Evans u. Mr. J. W. Haught) kommen zu keinen besonderen Schlußfolgerungen, abgesehen von der Erwägung, „ob Dr. Gerstein Schutz gegen örtliche Nazis gewährt werden soll“. Es folgt die bei den Nürnberger Dokumenten übliche „Summary“. Das nächste und Hauptstück ist eine französisch geschriebene Darlegung von G. über seinen Lebenslauf, seine politische Tätigkeit und seine Erlebnisse. Sie ist datiert: Rottweil, 26. April 1945 und den Amerikanern am 5. Mai eingehändigt worden. Der französische Text umfaßt im Original 6 maschinenschriftliche Seiten, abschließend mit einer Formel, in der G. sich zur Beerdigung bereit erklärt, und mit seiner vollen eigenhändigen Namensunterschrift. Es folgt ein „Supplement“ von einer Seite, ebenfalls maschinenschriftlich, das die Namen einer Reihe von Antinazis enthält, die in seiner Wohnung Berlin W 35, Bülowstr. 47 I, verkehrt hätten, sowie von 11 Referenzen, namentlich aus den Kreisen der Bekennenden Kirche. Dem ist hinzugefügt, gleichfalls in Französisch, eine handschriftliche und eigenhändig unterschriebene Seite mit Angaben über die Blausäurelieferungen. Dann kommen, wiederum handschriftlich und eigenhändig unterzeichnet, 2 Seiten in sehr unbeholfenem und fehlerhaftem Englisch, ebenfalls datiert 26. April 1945; hier erklärt G., was er gesehen, hätten nicht mehr als 4–5 andere gesehen, „und diese anderen waren Nazis“. In einer Schlußbemerkung bittet er, seinen Bericht nicht eher zu veröffentlichen, bis man wisse,

ob Niemöller (damals von Dachau deportiert) tot oder befreit sei. Es folgen im Original 12 Rechnungen der Degesch über Blausäurelieferungen für Auschwitz und Oranienburg (zwischen 14. Februar und 31. Mai 1944), adressiert an Obersturmführer Kurt Gerstein, sowie ein Brief der Degesch an ihn vom 9. Juni 1944. Den Abschluß bilden 2 maschinenschriftliche Seiten mit Zusammenstellung der Lieferungen nach Daten und Mengen.

Die Schwäche des vorstehend beschriebenen Dokuments liegt nicht nur in der Disparatheit des Inhalts wie der Form, sondern vor allem in der Tatsache, daß G. in dem Hauptstück auf Französisch offenbar nur unvollkommen auszudrücken vermag, was er sagen will. Erst recht ist die im Ärzteprozeß vorgelegte deutsche Übersetzung (Rückübersetzung?) voller Irrtümer. Aber auch eine korrektere Wiedergabe kann nicht alle Unklarheiten beseitigen. Es ist daher als ein glücklicher Umstand zu betrachten, daß sich eine deutsche Parallelfassung zu dem französischen Hauptstück von PS -1553 gefunden hat. Sie ist datiert: Rottweil, 4. Mai 1945, ist also am Tag vor der amerikanischen Vernehmung verfaßt. Nach Angabe von Frau Gerstein hat ihr Mann diese Niederschrift für sie im Hotel Mohren in Rottweil deponiert, wo sie erst nach einem Jahr sie abholen lassen konnte, weil ihr die Tatsache der Hinterlegung vorher nicht bekannt war⁴. Unleugbar hat diese Parallelfassung gegenüber dem französischen Text gewisse formelle Nachteile. Einmal ist sie um ein paar Tage späteren Datums, was indessen nicht ins Gewicht fallen dürfte⁵. Als ein wesentlicherer Einwand mag erscheinen, daß die deutsche Lesart nur maschinenschriftlich (auf 24 Quartblättern - übrigens auch mit einem handschriftlichen Zusatz) und ungezeichnet vorliegt. Jedoch ergibt sich bei näherem Vergleich sofort, daß nur der Autor des unterschriebenen und zum Teil handschriftlichen französischen Textes auch der des deutschen sein kann. Sie sind sachlich im großen und ganzen identisch. Die Anmerkungen zu dem im folgenden gedruckten Dokument erlauben es, den Vergleich stichprobenmäßig durchzuführen. Dabei wird zugleich auch deutlich, daß die deutsche Niederschrift — ganz abgesehen vom Gesichtspunkt sprachlicher Präzision — im allgemeinen — wenngleich nicht durchweg — sowohl klarer wie reicher an jenen Einzelheiten ist, die nur auf sehr persönlicher Kenntnis beruhen können. Zudem erscheint sie als wirklichkeitsnäher durch die Wiedergabe eigentümlicher Sprechweisen und vielleicht etwas weniger beeinflußt von Wirkungsabsicht im Hinblick auf den Adressaten. Sie hält sich im Hauptteil enger an das, was der persönlichen Beobachtung zugänglich war. So fehlt insbesondere die im französischen Text eingefügte verall-

⁴ Bekundung von Frau G., 13. 12. 1952.

⁵ Bei der geringen Flüssigkeit des französischen Textes ist kaum anzunehmen, daß er das wirkliche Original darstellt (obwohl sich ein handschriftlicher Entwurf gefunden hat), also ohne deutsche Vorlage geschrieben ist. Die Möglichkeit einer gemeinsamen (verlorengegangenen) Urform für beide Texte scheidet angesichts erheblicher Verschiedenheit in Ausdruck und Anordnung aus. Eher ist anzunehmen, daß G. sich über die gleichen Vorgänge des öfteren schon früher mündlich (was bestätigt ist, s. u.) oder vielleicht auch schriftlich geäußert hat. Den 24 Quartblättern deutschen Textes lagen 10 ebensolche maschinenschriftliche Blätter mit „Ergänzungen“ bei, die aber nur Angaben vom Hörensagen enthalten.

gemeinernde und sehr übertreibende Schätzung der Gesamtzahl an Opfern⁶. Aus einer Reihe von Gründen verdient daher die deutsche Parallelfassung den Vorzug. An ihrer Authentizität ist nicht zu zweifeln, auch nicht an dem durchgehenden subjektiven Willen zur Genauigkeit und Wahrhaftigkeit.

* * *

Gleichwohl kann an der Frage objektiver Glaubwürdigkeit nicht leichtthin vorbeigegangen werden. Sie konzentriert sich auf den Augenzeugenbericht und die anderen direkten Bekundungen. Alles Übrige (mit Ausnahme der Autobiographie) ist beim Abdruck ausgelassen bzw. auf Anmerkungen verwiesen worden. Was nur nach Hörensagen berichtet wird, mag wichtig sein (für Auschwitz etwa), macht aber nicht den eigentlichen Wert des Dokuments aus, der in der Schilderung der Vorgänge in Belzec und ihres Nachspiels liegt. Die Frage stellt sich daher dahin, ob solche Beobachtungen für G. in dem behaupteten Maße äußerlich möglich waren und ob sie innerlich glaubwürdig sind. Was das eine betrifft, so läßt die Autobiographie (nebst unterstützenden Zeugnissen, auf die zurückzukommen ist) keinen Zweifel darüber, daß der Verfasser des Dokuments nächste Fühlung mit den geschilderten Dingen hatte und daß es der entschlossenste Wille zum Beobachten war, der ihm diesen ungewöhnlichen Zugang eröffnete.

Die psychologischen Fragen, die sich hier erheben, müssen einstweilen beiseite bleiben. Für sie sind (außer den Zeugnissen) die autobiographischen Angaben unentbehrlich, die selbst eine Art dokumentarische Bedeutung besitzen. Daneben bieten sie einiges Kontrollmaterial auch für die innere Glaubwürdigkeit. Dem ist in den Anmerkungen zu den beiden ersten Abschnitten des Dokuments nachgegangen worden. Man wird das Ergebnis der Prüfung dahin zusammenfassen dürfen, daß die vorhandenen Urkunden den Kern der betreffenden Aussagen voll bestätigen (religiöse Propaganda, zweimalige Schutzhaft, Ausschluß aus der Partei), daß der frühe Parteieintritt (Mai 33) nicht verschwiegen wird, daß aber G. dazu neigt, für die Einzelheiten sein Gedächtnis an Genauigkeit gewissermaßen zu überfordern (z. B. 2. statt 15. Okt.; 14. statt 23. Juli).

Man wird diesen kritischen Gesichtspunkt durchaus auch auf den Hauptteil des Dokuments anwenden müssen. Ist solche Genauigkeit der Beobachtung überhaupt im erregenden Moment möglich, ist sie technisch vollziehbar (200 Ukrainer, etwa 100 Stühle, 12–13 Peitschenhiebe), ist sie im Gedächtnis bewahrbar? Es dürfte klar sein, daß man hier nicht jedes Wort beim Worte nehmen kann, aber auch, daß es

⁶ G. schätzt hier auf 25 Millionen („Nicht nur Juden, sondern vorzugsweise Polen und Tschechen.“) Wenn man dies als enorme Übertreibung abwehren muß, so soll damit nicht der Meinung Vorschub geleistet werden, es sei „nicht so schlimm“ gewesen. Solche Stimmen dringen merkwürdigerweise aus der Schweiz herüber (Basler Nachrichten, 12. Juni 1946; „Der Turmwart“, Dezember 1950). Darnach soll die Zahl der umgebrachten (Glaubens-) Juden sich „nur“ auf 1,5 Millionen haben belaufen können. Von nationalsozialistischer Seite selbst sind 6 Millionen zugegeben (IMT-Dokument 2738-PS). Londoner und New Yorker Untersuchungen machen Zahlen von 5,5 bis 5,7 Millionen wahrscheinlich. (Mitteilung von Dr. H. Heffter, Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs von 1933–1945.)

sich dabei durchweg (wie übrigens auch bei den Angaben zum Lebenslauf) um Irrtumsmöglichkeiten oder Übergenaugigkeiten im Nebensächlichen handelt. Zugleich jedoch wird auch der kritischste Leser sich nicht dem Eindruck entziehen können, daß alles, was Gesicht, Gehör und Geruch unmittelbar anzusprechen geeignet ist, sich dem Sinnesapparat eines aufs schärfste gespannten Beobachters wahrheitsgetreu und unverlöschlich eingeprägt hat.

Auch fehlt es für den berichtenden Teil nicht an Kontrollmöglichkeiten in Einzelfragen. Da Belcec nur bis Dezember 1942 in Funktion gewesen ist und — nach polnischen Untersuchungen — 600 000 Menschen dort umgekommen sind⁷, hat die von Gerstein im August 42 geschätzte theoretische „Höchstleistung“ von 15 000 pro Tag nichts Unwahrscheinliches. Die von ihm geschilderten jüdischen Arbeitskommandos des Polizeikommissars Wirth, die ein psychologisches Rätsel zu bilden scheinen, sind auch sonst bezeugt⁸. Ebenso das Verfahren, das „jedesmal wie ein Film ablief“, die scheinheilige Ansprache durch Wirth (oder einen seiner Vertreter), das „Badehaus“, die „Garderobe“, das ständige Antreiben, so daß es ging „wie an einem laufenden Band“, die Menge gesammelter Wertsachen⁹. Vor allem aber läßt sich kontrollieren, was G. über seine Rückreise von Warschau und die genauen Informationen berichtet, die er dabei dem schwedischen Gesandtschaftsrat von Otter gegeben haben will. Er nannte dem begreiflicherweise mißtrauischen Diplomaten den damaligen Generalsuperintendenten D. Otto Dibelius als Bürgen für seine Glaubwürdigkeit. D. Dibelius¹⁰ hat nicht nur seine Überzeugung von der „politischen und menschlichen Zuverlässigkeit“ Gersteins, sowie die Tatsache bestätigt, daß er von ihm „zum erstenmal Genaueres“ über die Vergasungsmethoden gehört habe. Er erinnert sich auch, daß „einige Tage“ nach dem Eisenbahngespräch Herr von Otter ihm die „Unterhaltung mit Gerstein seinerseits geschildert“ habe. Der Bischof von Berlin fährt fort: „Dadurch war ich in der Lage, festzustellen, daß Gersteins Mitteilung an mich, soweit seine schwedische Bekanntschaft in Frage

⁷ Vgl. Poliakov-Mauriac, a. a. O., S. 224.

⁸ Das. S. 225. — In Sobibor und Treblinka kam es zu Revolten dieser Sonderkommandos. — Vgl. auch die Aussage von Dr. Morgen (IMT, XX, S. 537–41), dem Wirth voll Stolz von seiner „Methode“ und dem „Täuschungsmanöver“ erzählte, demzufolge in den vier ihm unterstellten Lagern über 5000 Juden an der Judenvernichtung und der Erfassung der Effekten arbeiteten. — Auch die Angabe „4 Lager“ und die Beobachtung von Morgen, daß Wirth selbst nur „drei, vier Leute“ um sich hatte, bestätigt Gersteins Genauigkeit.

⁹ Das. nach Wirths eigenen Angaben und Morgens Beobachtung.

¹⁰ Das Folgende nach einem Brief des Evangelischen Bischofs von Berlin an das Institut für Zeitgeschichte München vom 22. November 1952. — Ebenso bestätigt auch ein Schreiben des schwedischen Außenministeriums (10. Nov. 1949) an das Centre de Documenta ion Juive Contemporaine in Paris, daß G. in den letzten Tagen des August 1942 im Zug von Warschau von Otter, einem Mitglied der schwedischen Gesandtschaft in Berlin, die betr. Aufklärungen gab und daß sie an das Foreign Office weitergeleitet wurden. Eine beigelegte Aufzeichnung (London, 7. August 1945) entspricht in den angeführten Einzelheiten durchaus dem Bericht von G. über Belcec und nennt auch D. Dibelius' Zeugnis. Als Motiv wird hier betont, G. sei überzeugt gewesen, daß, wenn das von ihm Gesehene dem Ausland und dem deutschen Volk bekannt werde, das letztere dem Regime ein Ende machen werde.

kam, absolut wahrheitsgetreu gewesen war. So wird es sein eigentlicher Bericht auch gewesen sein.“

Der Historiker kann rein methodisch in der Schlußfolgerung nicht so weit gehen, aber unstreitig fällt dieses Zeugnis und die in ihm enthaltene Bestätigung neben anderen Verifizierungen schwer in die Waagschale. Erwägt man dies alles, so wird man sagen dürfen, daß im ganzen die Vermutung eindeutig für die objektive Glaubwürdigkeit des Gerstein-Berichts spricht. Was er an Kraßheiten enthält, die das an sich schon Grausige umrahmen und die man hinzunehmen sich sträubt, geht offenbar nicht zu Lasten des Beobachters, sondern der Vorgänge selbst und ihrer Akteure.

* * *

Dem günstigen Urteil von Bischof Dibelius über den menschlichen und politischen Charakter von Gerstein stehen zahlreiche gleichgeartete zur Seite. Eine ganze Reihe der in PS-1553 und auch in der deutschen Fassung angegebenen Referenzen sind befragt worden oder haben im Frankfurter Prozeß ausgesagt. So u. a. auch der bekannte katholische Kaplan Buchholz, der als Gefängnisgeistlicher den Opfern des 20. Juli beigestanden hat. Es fehlt daneben nicht an Äußerungen über das Ungewöhnliche und Seltsame in Gersteins Lebensweg und Persönlichkeit (so Pf. Niemöller und Pf. Rehling)¹¹. Der Bundestagspräsident Dr. Ehlers, der G. seit den frühen dreißiger Jahren aus der Zusammenarbeit im Bund deutscher Bibelkreise kennt, nennt ihn „eine etwas aus dem Rahmen fallende Persönlichkeit“, jederzeit bereit „Risiken einzugehen“ . . . , „um bestimmte, von ihm als richtig erkannte Ziele zu verfolgen“¹². Man möchte sagen: Ein Typus „an der Grenze“, den die „Grenzsituation“ unserer Tage zur Aktion bringt. In dieser Perspektive gesehen, hat auch die Biographie Gersteins etwas zeitgeschichtlich Dokumentarisches. Dazu werden noch einige Vorbemerkungen hier am Platze sein.

Zunächst steht außer Frage, daß Gerstein, trotz früher Parteizugehörigkeit, ein leidenschaftlicher, ethisch-religiös bestimmter Gegner der nationalsozialistischen Kirchen- und Rassenpolitik war, daß er gegen sie agitierte, verdeckt wie auch offen und daß er dafür mißhandelt und eingesperrt wurde. „Einem SA-Führer, der sich an 18 Jugendlichen vergangen hatte, legte er das Handwerk.“¹³ Bezeugt sind neben den urkundlich feststehenden biographischen Tatsachen: „Weitreichende und höchst riskante Hilfe für den in Dachau festgehaltenen Martin Niemöller, umfangreicher Lebensmittelschmuggel nach den Konzentrationslagern zugunsten von Häftlingen . . . “¹⁴ Über Gersteins Gesinnung sind sich alle, die ihm als Gewissensberater nahe kamen, einig. Um so mehr überraschte sein Eintritt in die SS, wie auch die auffallende Tatsache, daß er trotz Entlassung aus der Partei in diese Elite aufge-

¹¹ Zitate im Spruchkammerurteil, Tübingen, 17. August 1950; Bestätigung 11. Oktober 1950. Aktz.: N 3451.

¹² Aus einem Schreiben von Dr. Ehlers an Dr. Krausnick vom 12. Juli 1952.

¹³ Spruchkammerurteil, a. a. O.

¹⁴ Aus dem Bericht der N. Z. über die Beweisaufnahme im Degesch-Prozeß.

nommen wurde, Zweifel erregen muß. Die Tübinger Spruchkammer, die dem nachgegangen ist, hat an dem offensibaren Glaubhaftmachen einer „völligen inneren Wandlung“ Anstoß genommen¹⁵. Sie stellt die von Gerstein selbst angegebenen Motive für den Eintritt in die Waffen-SS in Frage, hält es jedenfalls nicht für „erwiesen“, daß er „von vornherein“ die Absicht gehabt habe, in der SS zu spionieren und sabotieren. Dem stehen indessen die nachdrücklichsten Zeugnisse entgegen. Es sei auf das sehr präzise Urteil von Kirchenrat O. Wehr-Saarbrücken verwiesen, das in den Anmerkungen zum Dokument zitiert wird. Auch der Tübinger Klinikenpfarrer G. Werner erklärt Gersteins Entschluß „aus dem zähen Bestreben, zu beobachten und Schlimmstes zu verhüten, ohne Rücksicht auf sich selbst“¹⁶. Und der Holländer J. H. Ubbink aus Doesburg, ein Studienfreund, den Gerstein während seiner SS-Ausbildung in Arnheim mehrfach besuchte und der einer seiner Kanäle zur Übermittlung seiner Beobachtungen wurde, hat bezeugt, später auf seine erstaunte Frage, warum G. denn Offizier geworden sei, die Antwort erhalten zu haben, daß er in dieser Eigenschaft „viel mehr Möglichkeiten habe, das System von innen heraus zu untergraben“¹⁷. Offenbar ist Gerstein eine vollkommene Tarnung gelungen. Ja, es scheint, daß er zwei seiner Gestapo-Referenten durch seinen religiösen „Idealismus“ beeindruckte, wie denn auch das Oberste Parteigericht eine gewisse Sympathie mit dem „Überzeugungsdelinquenten“ verrät¹⁸. Vielleicht spürte man eine verwandte Ader des Fanatismus, die einmal nutzbar werden konnte. „Mit seinen ganz ungewöhnlichen Gaben und Fähigkeiten“, meint Kirchenrat Wehr, sei es G. nicht schwer gefallen, dahin zu kommen, wohin er wollte“¹⁹. Insbesondere hat er offenbar sein technisches und medizinisches Wissen entschlossen ausgespielt. So gelangte er in raschem Aufstieg in die Reichsführung der SS und das Dezernat „Gesundheitstechnik“.

Gerstein stellt nach alledem einen exemplarischen Fall des „Mitmachens, um Schlimmeres zu verhüten“ dar, das ja ein bekanntes Phänomen ist, hier aber nicht in seiner durchschnittlichen, oft nur allzu durchschnittlichen, sondern in einer äußerst zugespitzten Gestalt erscheint. Daß selbst die SS nicht nur ein „Schwarzes Korps“ war, dürfte wohl heute anerkannt sein. Es ist interessant und spricht für G.,

¹⁵ A. a. O. – Es wird dabei Bezug genommen auf Beschwerden Gersteins gegen den Ausschluß aus der Partei (in der Tat änderte das Oberste Parteigericht am 22. Juni das Urteil in Entlassung) und auf einen (nicht vorliegenden) Brief an den Vater vom 9. Oktober 1938, in dem G. erklärt, „dem Werke Adolf Hitlers mit seiner ganzen Kraft und seinem Leben zu dienen“. Ja, nach einer Aktennotiz des Braunen Hauses von 1940 soll er versichert haben, er sei „ein radikaler Gegner der Bekenntniskirche geworden“. – Die Erwägung, wie sehr eine so schrille Zuspitzung die Aussage entwertet, ist der Kammer offenbar ferngeblieben.

¹⁶ Tübingen, 7. III. 1949.

¹⁷ Zitiert im Spruchkammerurteil a. a. O.

¹⁸ Die Abänderung des Ausschlusses in Entlassung aus der Partei wird (22. Juni 1939) damit begründet, daß der Angeklagte aus religiöser Überzeugung gehandelt habe und ihm deshalb „ein bewußt schuldhaftes und damit strafwürdiges Verhalten“ nicht zur Last gelegt werden solle! Andererseits – und auch das ist von Interesse – habe er eben doch gezeigt, daß „er andere Bindungen seinen Pflichten der Partei gegenüber voranstellt“.

¹⁹ Für die Äußerungen von Kirchenrat O. Wehr vgl. u. Anm. 34.

daß er bei schärfster Belastung einzelner Persönlichkeiten zugleich doch auch von anderen aus seiner beruflichen Umgebung auszusagen bereit ist, daß sie dem, was geschah, ablehnend gegenüberstanden²⁰. Bei ihm selbst ist diese Problematik ins Extrem gesteigert. Er wollte dabei sein, um in das Dunkelste hineinzusehen und um über das Gesehene seinen kirchlichen Freunden und dem Ausland zu berichten. Beides hat er nachweisbar getan. Er lebte in der Hoffnung (oder der Illusion), daß namentlich das Bekanntwerden im Ausland die Liquidierungen aufhalten könne. Aber er wurde zugleich selbst in das Innerste eines verbrecherischen Apparates hineingezogen.

Wieweit er in Konsequenz dieser Lage an dem Furchtbaren aktiv mitgewirkt hat, ist nicht auszumachen. Gerstein selbst hat sich nur zu beratender Anteilnahme bekannt und immer betont, daß er „reine Hände“ habe^{20a}. Die Spruchkammer²¹ hat geglaubt, in ihm ein „wichtiges Glied in der Kette“ der Verantwortlichen sehen zu sollen. Man hätte von ihm erwarten können, heißt es dann weiter, daß „er sich nach seinen Erlebnissen im Lager Belzec mit allen Kräften dagegen sträubte, sich zum Handlanger für einen organisierten Massenmord machen zu lassen . . . und daß er noch andere Mittel und Wege hätte finden können, sich persönlich aus der Aktion herauszuhalten“. Im Einspruchsverfahren²² ist die gleiche Kammer zu einer Verneinung des Notstands gelangt. „Auch wenn man anerkennt“, so wird im Urteil ausgeführt, „daß es für den Betroffenen wegen seiner gefährlichen Mitwisserschaft keine leichte Aufgabe gewesen wäre, sich von der SS zu lösen, so ist die Kammer doch der Überzeugung, daß eine unmittelbare Lebensgefahr für ihn nicht bestanden hätte, wenn er sich der Ausführung der ihm erteilten Aufträge entzogen hätte.“

Es ist hier nicht der Ort, mit Spruchkammerurteilen zu rechten. Aber daß die Ansicht, jemand, der so viel wußte, hätte irgendwie ohne Lebensgefahr „aussteigen“ können, der Wirklichkeit gerecht wird, läßt sich schwerlich behaupten. Auch bleibt die Frage offen, ob Gerstein sich den Aufträgen nicht in der Tat weitgehend entzogen oder sie sabotiert hat. Das führt auf die viel erörterten Blausäurerechnungen. Daß er zwei Lieferungen unbrauchbar gemacht habe, wird auch von der Spruchkammer anerkannt²³. Was man bisher nicht ins Gewicht hat fallen lassen, ist die Tatsache, daß Gerstein die 12 Rechnungen, die er leicht hätte verschwinden lassen können, selbst vorgelegt hat. Das gibt den Gründen, die er für die Ausstellung auf seine Person anführt, unstreitig starkes Gewicht. Auch enthält der Brief der De-gesch an ihn vom 9. Juni 1944 den deutlichen Hinweis, daß er sich Argumente gegen die „Lagerfähigkeit“ der Ware und somit für ihre alsbaldige Verwendung zu

²⁰ Vgl. u. Anm. 55.

^{20a} So heißt es in einem Brief an den Vater (Herbst 1944): . . . „Ich habe meine Hände zu nichts hergegeben, was mit diesem allem zu tun hat. Wenn ich und soweit ich derartige Befehle erhielt, habe ich sie nicht ausgeführt und die Ausführung abgedreht. . .“

²¹ A. a. O.

²² Urteil der Kammer (in gleicher Zusammensetzung) vom 16. November 1950. – Bestätigung: 2. Januar 1951. Aktz.: N 3451.

²³ Im Urteil vom 17. August 1950.

Desinfektionszwecken oder ihre Vernichtung zu verschaffen suchte. Unstreitig weist all das auf Akte der Sabotage unter großem Risiko hin. Ebenso sicher aber ist, daß sie am Gesamtgang nichts ändern konnten und daß G. der Gefangene des Weges blieb, den er in vollem Bewußtsein eingeschlagen hatte. Nach dem amerikanischen Vernehmungsprotokoll gelang es ihm erst 3 Wochen vor dem Zusammenbruch, sich abzusetzen.

Gerstein ist dann von der französischen Besatzungsmacht zunächst in einer Art Ehrenhaft gehalten worden, mit der Erlaubnis, „sich zwischen Tübingen und Rottweil zu bewegen“²⁴. Dann wurde er nach Paris ins Gefängnis gebracht. Dort hat er am 25. Juli 1945 im „Prison Militaire de Paris“ Selbstmord begangen²⁵. Das letzte Wort in seiner eigenen Sache hat er nicht sagen können.

Es mögen statt dessen, ehe das Dokument nunmehr folgt, am Schluß dieser Vorbemerkungen die Sätze stehen, in denen Kirchenrat O. Wehr seine Kenntnis der Person und der Vorgänge zusammengefaßt hat:

„Eine Gestalt wie Kurt Gersteins muß notwendigerweise im Zwielficht, oder besser, im eindeutigen Licht bürgerlicher Maßstabsbeurteilung erscheinen, ja, er muß als schlechterdings unglaubwürdig erscheinen. Die geradezu unheimliche Meisterschaft der Tarnung seiner innersten christlichen Existenz durch einen zur Schau getragenen äußeren Habitus zu keinem anderen Zweck als zu helfen, spottet aller normalen Maßstäbe. Für die Meisterschaft in der Tarnung seines eigentlichen Wollens habe ich genügend Beispiele. Eine diesem Manne wirklich nach seinem innersten Wesen und Wollen gerecht werdende Beurteilung wird allen moralischen politisch-psychologischen Versuchen unzugänglich bleiben.

Mir ist aus den seelsorgerischen Gesprächen mit ihm, zu denen er mich aufsuchte, die Konstantheit seines inneren Wesens niemals zweifelhaft gewesen.“

H. R.

Tübingen/Württemberg, Gartenstr. 24
z. Zeit Rottweil, den 4. Mai 1945.

Zur Person²⁷ Kurt Gerstein, Bergassessor außer Dienst, Diplom-Ingenieur, am 27. September 1936 wegen staatsfeindlicher Betätigung aus dem Höheren Preußischen Berg-Dienst entfernt²⁸.

²⁴ Nach dem amerikanischen Vernehmungsprotokoll.

²⁵ In der Todesurkunde die der Witwe später zugestellt wurde, heißt es: „... La mort est due à la pendaison. Cette manière de se donner la mort ne put absolument pas être évitée dans un prison.“ In einer Mitteilung, die der Delegierte in Frankreich der „Commission Oecumenique pour l'Aide Spirituelle aux Prisonniers de Guerre, Genf“ am 10. III. 1949 an Frau Gerstein sandte, heißt es u. a.: „... Leider war es trotz mehrfacher Bemühungen nicht möglich, nähere Auskunft über den Tod Ihres Gatten zu erfahren, und auch die Lage des Grabes ist nicht festzustellen.“

²⁶ A. a. O.

²⁷ Die Angaben der beiden folgenden Abschnitte sind etwas ausführlicher als im französischen Text vom 26. April 1945, aber in allem wesentlichen übereinstimmend.

²⁸ Urkundlich bezeugt – und im Original eingesehen – ist der Schutzhaftbefehl vom 26. September 1936 (Saarbrücken-B Nr. 5748/36–IIA2–2199/36). Zusammen mit der Ver-

Geboren am 11. August 1905 zu Münster/Westfalen. Teilhaber der Maschinenfabrik De Limon Fluhme & Co. zu Düsseldorf, Industriestr. 1–17, Spezialfabrik für automatische Schmieranlagen für Lokomotiven, Knorr- und Westinghouse-Bremsen^{28a}. . . .

2. Lebenslauf: 1905–1910 in Münster/Westfalen. 1910–1919 Saarbrücken. 1919 bis 1921 Halberstadt, 1921–1925 Neuruppin bei Berlin. Dort 1925 Abitur am humanistischen Gymnasium. Studien: Universität Marburg/Lahn 1925–1927. Berlin 1927 bis 1931, Technische Hochschule Aachen 1927. Diplom-Ingenieurexamen 1931 in Berlin-Charlottenburg. Seit 1925 aktives Mitglied der organisierten evangelischen Jugend (CVJM - YMCA) und der Bibelkreise an Höheren Schulen. –

Politische Betätigung: Aktiver Anhänger von Brüning und Stresemann. – Seit Juni 1933 von der Gestapo verfolgt wegen christlicher Betätigung gegen den Nazi-Staat. – Am 2. Mai 1933 Eintritt in die NSDAP, am 2. Oktober 1936²⁹ Ausschuß aus der NSDAP wegen staatsfeindlicher (religiöser) Betätigung für die Bekenntniskirche. Gleichzeitig Ausschuß als Beamter aus dem Staatsdienst³⁰. – Am 30. Januar 35 wegen Störung einer Partei-Weihefeier im Stadtheater Hagen/Westfalen – Aufführung des Dramas Wittekind – öffentlich verprügelt und verletzt. – Am 27. November 1935 Bergassessorexamen vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin, sämtliche Examen mit Prädikat. Bis zur Verhaftung am 27. September 1936 Staatsbeamter der Saargrubenverwaltung in Saarbrücken. Diese erste Verhaftung erfolgte wegen Versendung von 8500 staats- (nazi-) feindlichen Broschüren an sämtliche Ministerialdirektoren und hohen Justizbeamten in Deutschland³¹. – Einem Lieblingswunsch entsprechend studierte ich alsdann in Tübingen am Deutschen Institut für Ärztliche Mission Medizin. Dies wurde mir durch meine wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht. Als Teilhaber der Firma De Limon Fluhme & Co. in Düsseldorf bezog ich ein durchschnittliches Einkommen von jährlich 18000 Reichsmark. Etwa ein Drittel dieses Einkommens pflegte ich für meine religiösen Ideale auszugeben. Insbesondere habe ich rund 230000 religiöse und nazifeindliche Broschüren drucken lassen und dieselben auf meine Kosten an Interessenten versandt³².

Am 14. Juli 1938 erfolgte meine zweite Verhaftung und Einlieferung in das Konzentrationslager Welzheim wegen staatsfeindlicher Betätigung³³. Ich wurde vorher

haftung (obiges Datum) wird Suspension vom Amt erfolgt sein. Die formelle Entlassung aus dem Staatsdienst erfolgte erst am 9. Febr. 1937 (gez. Oberberghauptmann Schlattmann. Gesch.Z.G 313).

15

^{28a} Es folgen weitere Angaben rein familiärer Art.

²⁹ Der Ausschuß geschah tatsächlich durch einstweilige Verfügung vom 15. Oktober 1936, wie aus dem Urteil des Obersten Parteigerichts (München, 22. Juni 1939. Gesch. Nr. I/532/39) hervorgeht.

³⁰ Siehe Anm. 28.

³¹ Das Oberste Parteigericht (Anm. 29) weiß von der Versendung von je 4 Broschüren der Bekenntniskirche an 380 höhere Justizbeamte im Sommer 1938. Der Präsident des Deutschen Bundestags, Dr. Hermann Ehlers, bezeugt (a. a. O.), daß einzelne dieser Broschüren „in Auflagen von mehr als 100000 Stück verbreitet worden“ sind. – Nach dem französischen Text dauerte die Haft bis Ende Oktober.

³² „Par poste“ heißt es im französischen Text.

³³ Der (2.) Schutzhaftbefehl ist datiert vom 25. Juli 1938 (Original auf himbeerrotem Papier. Geh. Staatspolizeiamt Berlin SW. B Nr. II D Haft-Nr. W 2171. gez. Dr. Best) – Einlieferung in Welzheim durch angehefteten weißen Zettel bestätigt. – Nach dem französischen Text dauerte die Haft bis 28. August.

häufig von der Gestapo verwarnt und verhört und bin mit einem Redeverbot für das ganze Reichsgebiet belegt worden.

Als ich von der beginnenden Umbringung der Geisteskranken in Grafeneck und Hadamar und andernorts hörte, beschloß ich, auf jeden Fall den Versuch zu machen, in diese Öfen und Kammern hineinzuschauen, um zu wissen, was dort geschieht. Dies um so mehr, als eine angeheiratete Schwägerin – Bertha Ebeling – in Hadamar zwangsgetötet wurde³⁴. Mit zwei Referenzen der Gestapobeamten, die meine Sache bearbeiteten³⁵, gelang es mir unschwer, in die SS einzutreten. Die Herren waren der Ansicht, daß mein Idealismus, den sie wohl bewunderten, der Nazisache zugute kommen müßte. – Am 10. März 1941 trat ich in die SS ein. Ich erhielt meine Grundausbildung in Hamburg-Langehoorn, in Arnheim-Holland und in Oranienburg. In Holland nahm ich sofort die Föhlung mit der holländischen Widerstandsbewegung auf (Diplomingenieur Ubbink, Doesburg). Wegen meines Doppelstudiums wurde ich bald in den technisch-ärztlichen Dienst übernommen und dem SS-Führungshauptamt, Amtsgruppe D Sanitätswesen der Waffen-SS Abteilung Hygiene, zugeteilt. Die Ausbildung machte ich mit einem Ärztekursus von 40 Ärzten. – Beim Hygienedienst konnte ich mir meine Tätigkeit selbst bestimmen. Ich konstruierte fahrbare und ortsfeste Desinfektionsanlagen für die Truppe, für Gefangenenlager und Konzentrationslager. Hiermit hatte ich unverdientermaßen große Erfolge und wurde von da ab für eine Art technisches Genie gehalten. In der Tat gelang es wenigstens, die schreckliche Fleckfieberwelle von 1941 in den Lagern einigermaßen einzudämmen. Wegen meiner Erfolge wurde ich bald Leutnant und Oberleutnant. – Weihnachten 1941 erhielt das Gericht, das meinen Ausschluß aus der NSDAP verfügt hatte, Kenntnis von meinem Eintritt in die SS an führender Stelle. Es folgte ein starkes Kesseltreiben gegen mich. Aber wegen meiner großen Erfolge und wegen meiner Persönlichkeit wurde ich von meiner Dienststelle geschützt und gehalten. Im Januar 1942 wurde ich Abteilungsleiter der Abteilung Gesundheitstechnik und gleichzeitig in Doppelstellung für den gleichen Sektor vom Reichsarzt SS und Polizei übernommen. Ich übernahm in dieser Eigenschaft den ganzen technischen Desinfektionsdienst einschließlich der Desinfektion mit hochgiftigen Gasen.

In dieser Eigenschaft erhielt ich am 8. Juni 1942 Besuch von dem mir bis dahin unbekanntem SS-Sturmführer Günther³⁶ vom Reichssicherheitshauptamt, Berlin W, Kurfürstenstraße. Günther kam in Zivil. Er gab mir den Auftrag, sofort für einen äußerst geheimen Reichsauftrag 100 kg Blausäure zu beschaffen und mit dieser mit einem Auto zu einem unbekanntem Ort zu fahren, der nur dem Fahrer des Wagens

³⁴ Diese Tatsache und der Zusammenhang werden bestätigt durch Kirchenrat O. Wehr, Bevollmächtigter der Evangel. Kirche der Rheinprovinz für das Saarland, der bezeugt, die Urne der Tochter des verstorbenen Pfarrers Ebeling, die in Hadamar durch Vergasung umgebracht worden sei, selbst beigesetzt zu haben. Er fügt hinzu: damals „teilte er (Gerstein) mir seinen Entschluß mit, er wolle dahinterkommen, was über die umlaufenden Gerüchte solcher und anderer verbrecherischer Aktionen den Tatsachen entspräche. Meinen sehr starken Bedenken gegen diesen Plan, in das Lager der dämonischen Mächte hineinzugehen, begegnete er mit leidenschaftlich bewegter Entschlossenheit“. (Aussage des Kirchenrats O. Wehr, Saarbrücken, 24. Januar 1949. Tgb. Nr. 138/49. Nach Abschr. beglaubigt durch Ev. Oberkirchenrat, Außenstelle Tübingen. 31. Jan. 1949. gez. Haisch.) – Im französischen Text ist das „voir, voir“ gesperrt, im übrigen sind aber die Abgaben des deutschen Textes für diesen Abschnitt genauer.

³⁵ Einer der beiden scheint der Kriminalsekretär Zerrer in Stuttgart gewesen zu sein, der die religiösen Schriften von G. seinem eigenen Sohn gegeben haben soll und sich G. hilfreich erwies.

³⁶ Über G. vgl. IMT, IV, S. 102 u. XX, S. 249.

bekannt sei. Wir fuhren alsdann einige Wochen später nach Prag. Ich konnte mir ungefähr die Art des Auftrages denken, übernahm ihn aber, weil mir hier durch Zufall sich eine von mir seit langem ersehnte Gelegenheit ergab, in diese Dinge hineinzuschauen. Auch war ich als Sachverständiger für Blausäure so autoritär und kompetent, daß es mir auf jeden Fall ein Leichtes sein mußte, die Blausäure unter irgendeinem Vorwand als untauglich – weil zersetzt oder dergleichen – zu bezeichnen und ihre Anwendung für den eigentlichen Tötungszweck zu verhindern. Mit uns fuhr noch – mehr zufällig – der Professor Dr. med. Pfannenstiel, SS-Obersturmbannführer, Ordinarius der Hygiene an der Universität Marburg/Lahn^{36a}.

Wir fuhren alsdann mit dem Wagen nach Lublin, wo uns der SS-Gruppenführer Globocnek erwartete³⁷. In der Fabrik in Collin hatte ich absichtlich durchblicken lassen, daß die Säure für die Tötung von Menschen bestimmt sei. Prompt erschien denn auch nachmittags ein Mensch, der sich sehr stark für das Fahrzeug interessierte und, als er bemerkt wurde, in rasender Fahrt floh. Globocnek sagte: Diese ganze Angelegenheit ist eine der geheimsten Sachen, die es zurzeit überhaupt gibt, man kann sagen die geheimste. Wer darüber spricht, wird auf der Stelle erschossen. Erst gestern seien zwei Schwätzer erschossen worden. Dann erklärte er uns:

Im Augenblick – das war am 17. August 1942 – haben wir drei Anstalten in Betrieb, nämlich

1. Belcec, an der Chaussee und Bahnstrecke Lublin–Lemberg, an der Schnittlinie mit der Demarkationslinie mit Rußland. Höchstleistung pro Tag 15 000 Personen.
2. Tréblinca, 120 Kilometer nordöstlich von Warschau. Höchstleistung 25 000 Personen pro Tag.
3. Sobibor, auch in Polen, ich weiß nicht genau wo^{37a}. 20 000 Personen Höchstleistung pro Tag.
4. – Damals in Vorbereitung – Maidanek bei Lublin.

Belcec, Tréblinca und Maidanek habe ich persönlich eingehend mit dem Leiter dieser Anstalten, dem Polizeihauptmann Wirth³⁸, zusammen besichtigt.

Globocnek wendete sich ausschließlich an mich und sagte: Es ist Ihre Aufgabe, insbesondere die Desinfektion des sehr umfangreichen Textilgutes durchzuführen. Die ganze Spinnstoffsammlung ist doch nur durchgeführt worden, um die Herkunft des Bekleidungsmaterials für die Ostarbeiter usw. zu erklären und als ein Ergebnis des Opfers des deutschen Volkes darzustellen. In Wirklichkeit ist das Aufkommen unserer Anstalten das 10–20fache der ganzen Spinnstoffsammlung³⁹.

(Ich habe alsdann mit den leistungsfähigsten Firmen die Möglichkeit, solche Textilmengen – es handelte sich allein um einen aufgelaufenen Vorrat von etwa 40 Millio-

^{36a} Die zufällige Begleitung wird bezeugt von Prof. Pfannenstiel in seiner Vernehmung im I.G. Farben-Prozeß (Interrogation Nr. 2288). Auch im übrigen bestätigt diese Aussage – trotz gewisser innerer Widersprüche – Einzelheiten des Augenzeugenberichts. Da es hier um die Sache und nicht um Personen geht, sind weitere Angaben über P. im Schlußteil des Berichts ausgelassen worden.

³⁷ Odilo Globocnik, Höherer SS- und Polizeiführer, war österreichischer Nationalsozialist aus Kärnten und zeichnete sich beim „Anschluß“ als Gauleiter von Wien aus. Er endete 1945 durch Selbstmord. Er wird an vielen Stellen des Nürnberger Hauptprozesses erwähnt. – Gerstein schreibt Globocnek.

^{37a} Etwa 80 km südlich von Brest.

³⁸ Vgl. über ihn Anm. 8 u. 9. – Dazu auch IMT, XLII, S. 563. Wirth wird von Dr. Morgen als Kriminalkommissar aus Stuttgart bezeichnet. Er wurde im Partisanenkampf erschossen.

³⁹ Im französischen Text ist der Zweck deutlicher bestimmt: „pour obscurcir la provenance des vêtements juif, Polonais, Tchèques etc.“. Der folgende Absatz fehlt. Er ist im deutschen Text handschriftlicher Zusatz.

nen Kilogramm = 60 komplette Güterzüge voll – in den vorhandenen Wäschereien und Desinfektionsanstalten zu desinfizieren, durchgesprochen. Es war aber völlig unmöglich, so große Aufträge unterzubringen. Ich benutzte alle diese Verhandlungen, um die Tatsache der Judentötung in geschickter Weise bekanntzumachen oder durchblicken zu lassen. Es genügte Globocnek alsdann, daß das ganze Zeug mit etwas Detenolin (?) übersprüht wurde, damit es wenigstens nach Desinfektion röche. Das ist denn auch geschehen.)

Ihre andere noch weit wichtigere Aufgabe ist die Umstellung unserer Gaskammern, die jetzt mit Dieselauspuffgasen arbeiten, auf eine bessere und schnellere Sache. Ich denke da vor allem an Blausäure. Vorgestern^{39a} waren der Führer und Himmler hier. Auf ihre Anweisung muß ich Sie persönlich dorthin bringen, ich soll niemand schriftliche Bescheinigungen und Einklaßkarten ausstellen. –

Darauf fragte Pfannenstiel: Was hat denn der Führer gesagt? – Glob.: Schneller, schneller die ganze Aktion durchführen. Sein Begleiter, der Ministerialrat Dr. Herbert Lindner⁴⁰, hat dann gefragt: Herr Globocnek, halten Sie es für gut und richtig, die ganzen Leichen zu vergraben, anstatt sie zu verbrennen? Nach uns könnte eine Generation kommen, die das Ganze nicht versteht! –

Darauf Globocnek: Meine Herren, wenn je nach uns eine Generation kommen sollte, die so schlapp und so knochenweich ist, daß sie unsere große Aufgabe nicht versteht, dann allerdings ist der ganze Nationalsozialismus umsonst gewesen. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß man Bronzetafeln versenken sollte, auf denen festgehalten ist, daß wir den Mut gehabt haben, dieses große und so notwendige Werk durchzuführen.

Darauf der Führer: Gut, Globocnek, das ist allerdings auch meine Ansicht!

Später hat sich die andere Ansicht durchgesetzt. Die Leichen sind dann auf großen Rosten, die aus Eisenbahnschienen improvisiert wurden, verbrannt worden unter Zuhilfenahme von Benzin und Dieselöl⁴¹.

Am anderen Tage fuhren wir nach Belzec. Ein kleiner Spezialbahnhof war zu diesem Zweck an einem Hügel hart nördlich der Chaussee Lublin–Lemberg im linken Winkel der Demarkationslinie geschaffen worden. Südlich der Chaussee einige Häuser mit der Inschrift „Sonderkommando Belzec der Waffen-SS“. Da der eigentliche Chef der gesamten Tötungsanlagen, der Polizeihauptmann Wirth, noch nicht da war, stellte Globocnek mich dem SS-Hauptsturmführer Obermeyer (aus Pirmasens) vor⁴². Dieser ließ mich an jenem Nachmittage nur das sehen, was er mir eben zeigen mußte. Ich sah an diesem Tage keine Toten, nur der Geruch der ganzen Gegend im heißen August war pestilenzartig, und Millionen von Fliegen waren überall zugegen. – Dicht bei dem kleinen zweigleisigen Bahnhof war eine große Baracke, die sogenannte Garderobe, mit einem großen Wertsachenschalter. Dann folgte ein Zimmer mit etwa 100 Stühlen, der Friseurraum. Dann eine kleine Allee im Freien unter

^{39a} Nach Auskünften seiner damaligen militärischen Umgebung hat Hitler zu dieser Zeit das Führerhauptquartier nicht verlassen.

⁴⁰ Schon der Ankläger im „Ärzte-Prozeß“ korrigierte den Namen in Linden. Es handelt sich um den Ministerialrat Dr. Herbert Linden vom Reichsinnenministerium, der als Leiter der „Gemeinnützigen Transportgesellschaft“ die Durchführung des Euthanasie-Programms seit 1939 betrieb. Im Taschenbuch für Verwaltungsbeamte (1942, Berlin, Verlag Heymann, S. 13) erscheint Dr. L. als Ministerialrat und Referent in der Abt. IV (Gesundheitswesen und Volkspflege) des R.M.d.I.

⁴¹ Dieser Satz findet sich im französischen Text erst am Ende des eigentlichen Augenzeugenberichts.

⁴² Der Name Obermeyer kommt in den Verhandlungen des IMT nicht vor.

Birken, rechts und links von doppeltem Stacheldraht umsäumt, mit Inschriften: Zu den Inhalier- und Baderäumen! – Vor uns eine Art Badehaus mit Geranien, dann ein Treppchen, und dann rechts und links je 3 Räume 5×5 Meter⁴³, 1,90 Meter hoch, mit Holztüren wie Garagen. An der Rückwand, in der Dunkelheit nicht recht sichtbar, große hölzerne Rampentüren. Auf dem Dach als „sinniger kleiner Scherz“ der Davidstern!! – Vor dem Bauwerk eine Inschrift: Heckenholt-Stiftung! – Mehr habe ich an jenem Nachmittag nicht sehen können.

Am anderen Morgen um kurz vor sieben Uhr kündigt man mir an: In zehn Minuten kommt der erste Transport!^{43a} – Tatsächlich kam nach einigen Minuten der erste Zug von Lemberg aus an. 45 Waggons mit 6700 Menschen, von denen 1450 schon tot waren bei ihrer Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauten, entsetzlich bleich und ängstlich, Kinder durch, die Augen voll Todesangst, ferner Männer und Frauen. Der Zug fährt ein: 200 Ukrainer reißen die Türen auf und peitschen die Leute mit ihren Lederpeitschen aus den Waggons heraus. Ein großer Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen usw. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden (wegen der Spinnstoffsammlung), denn in dem Haufen von reichlich 25 Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wieder zusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden läßt. „Das ist für irgendwelche Spezialzwecke für die U-Boote bestimmt, für Dichtungen oder dergleichen!“ sagt mir der SS-Unterscharführer, der dort Dienst tut. –

Dann setzt sich der Zug in Bewegung. Voran ein bildhübsches junges Mädchen, so gehen sie die Allee entlang, alle nackt, Männer, Frauen, Kinder, ohne Prothesen. Ich selbst stehe mit dem Hauptmann Wirth oben auf der Rampe zwischen den Kammern. Mütter mit ihren Säuglingen an der Brust, sie kommen herauf, zögern, treten ein in die Todeskammern! – An der Ecke steht ein starker SS-Mann, der mit pastoraler Stimme zu den Armen sagt: Es passiert Euch nicht das Geringste! Ihr müßt nur in den Kammern tief Atem holen, das weitet die Lungen, diese Inhalation ist notwendig wegen der Krankheiten und Seuchen. Auf die Frage, was mit ihnen geschehen würde, antwortet er: Ja, natürlich, die Männer müssen arbeiten, Häuser und Chausseen bauen, aber die Frauen brauchen nicht zu arbeiten. Nur wenn sie wollen, können sie im Haushalt oder in der Küche mithelfen. – Für einige von diesen Armen ein kleiner Hoffnungsschimmer, der ausreicht, daß sie ohne Widerstand die paar Schritte zu den Kammern gehen – die Mehrzahl weiß Bescheid, der Geruch kündigt ihnen ihr Los! – So steigen sie die kleine Treppe herauf und dann sehen sie alles. Mütter mit Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder, Erwachsene, Männer und Frauen, alle nackt – sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern, von den anderen hinter ihnen vorgetrieben oder von den Lederpeitschen der SS getrieben. Die Mehrzahl, ohne ein Wort zu sagen. Eine Jüdin von etwa 40 Jahren mit flammenden Augen ruft das Blut, das hier vergossen wird, über die Mörder. Sie erhält 5 oder 6 Schläge mit der Reitpeitsche ins Gesicht, vom Hauptmann Wirth persönlich, dann verschwindet auch sie in der Kammer. – Viele Menschen beten⁴⁴. Ich bete mit ihnen, ich drücke mich in eine Ecke und schreie laut zu meinem und ihrem Gott. Wie gern wäre ich mit ihnen in die Kammern gegangen, wie gern wäre ich ihren Tod mitgestorben. Sie hätten

⁴³ Im französischen Dokument: 4×5 mètres. Doch zeigt die spätere (übereinstimmende) Quadratmeterberechnung, daß 5×5 gemeint ist.

^{43a} Nach IMT, XX, S. 427 begann die Aktion im August 1942!

⁴⁴ Im französischen Text folgt hier: . . . „andere sagen: Wer wird uns das Totenwasser reichen? (Israelitischer Ritus?)“ – Die folgenden vier Sätze fehlen.

dann einen uniformierten SS-Offizier in ihren Kammern gefunden – die Sache wäre als Unglücksfall aufgefaßt und behandelt worden und sang- und klanglos verschollen. Noch also darf ich nicht, ich muß noch zuvor künden, was ich hier erlebe! – Die Kammern füllen sich. Gut vollpacken – so hat es der Hauptmann Wirth befohlen. Die Menschen stehen einander auf den Füßen. 700–800 auf 25 Quadratmetern, in 45 Kubikmetern! Die SS zwingt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. – Die Türen schließen sich. Währenddessen warten die anderen draußen im Freien, nackt. Man sagt mir:⁴⁵ Auch im Winter genau so! Ja, aber sie können sich ja den Tod holen! sage ich. – Ja, grad for das sinn se ja doh! – sagt mir ein SS-Mann darauf in seinem Platt. – Jetzt endlich verstehe ich auch, warum die ganze Einrichtung Heckenholt-Stiftung heißt. Heckenholt ist der Chauffeur des Dieselmotors, ein kleiner Techniker, gleichzeitig der Erbauer der Anlage. Mit den Dieselauspuffgasen sollen die Menschen zu Tode gebracht werden. Aber der Diesel funktioniert nicht! Der Hauptmann Wirth kommt. Man sieht, es ist ihm peinlich, daß das gerade heute passieren muß, wo ich hier bin. Jawohl, ich sehe alles! Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Minuten – der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeblich. Man hört sie weinen, schluchzen.^{45a} . . . Der Hauptmann Wirth schlägt mit seiner Reitpeitsche dem Ukrainer, der dem Unterscharführer Heckenholt beim Diesel helfen soll, 12, 13mal ins Gesicht. Nach 2 Stunden 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen 4 Kammern⁴⁶, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! – Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch das kleine Fensterchen, in dem das elektrische Licht die Kammer einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten ist alles tot! – –

Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando die Holztüren. Man hat ihnen – selbst Juden – die Freiheit versprochen und einen gewissen Promillesatz von allen gefundenen Werten für ihren schrecklichen Dienst. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinander gepreßt in den Kammern. Es wäre auch kein Platz, hinzufallen oder auch nur sich vornüber zu neigen. Selbst im Tode noch kennt man die Familien. Sie drücken sich, im Tode verkrampft, noch die Hände, so daß man Mühe hat, sie auseinander zu reißen, um die Kammern für die nächste Charge freizumachen. Man wirft die Leichen – naß von Schweiß und Urin, kotbeschmutzt, Menstruationsblut an den Beinen, heraus. Kinderleichen fliegen durch die Luft. Man hat keine Zeit, die Reitpeitschen der Ukrainer sausen auf die Arbeitskommandos. Zwei Dutzend Zahnärzte⁴⁷ öffnen mit Haken den Mund und sehen nach Gold. Gold links, ohne Gold rechts. Andere Zahnärzte brechen mit Zangen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern. –

Unter allen springt der Hauptmann Wirth herum. Er ist in seinem Element. – Einige Arbeiter kontrollieren Genitalien und After nach Gold, Brillanten und Wertsachen. Wirth ruft mich heran: Heben Sie mal diese Konservendbüchse mit Goldzähnen, das ist nur von gestern und vorgestern! In einer unglaublich gewöhnlichen und falschen Sprechweise⁴⁷ sagt er zu mir: Sie glauben gar nicht, was wir jeden Tag finden an Gold und Brillanten – er sprach es mit zwei L – und Dollar. Aber schauen Sie selbst! Und nun führte er mich zu einem Juwelier, der alle diese

⁴⁵ Das Folgende verständlicher und durch Wiedergabe der Sprechweise vermutlich getreuer als im französischen Text.

^{45a} Hier folgt eine rein persönliche Notiz.

⁴⁶ Es ist nicht klar, wieso hier von 4 statt 3 Räumen die Rede ist.

⁴⁷ „Arbeiter“ heißt es glaubwürdiger im französischen Text.

Schätze zu verwalten hatte, und ließ mich dies alles sehen⁴⁸. Man zeigte mir dann noch einen früheren Chef des Kaufhauses des Westens in Berlin und einen Geiger: Das ist ein Hauptmann von der alten Kaiserlich-Königlich österreichischen Armee, Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse, der jetzt Lagerältester beim jüdischen Arbeitskommando ist! – Die nackten Leichen wurden auf Holztragen nur wenige Meter weit in Gruben von 100×20×12 Meter geschleppt. Nach einigen Tagen gärten die Leichen hoch und fielen alsdann kurze Zeit später stark zusammen, so daß man eine neue Schicht auf dieselben draufwerfen konnte. Dann wurde 10 Zentimeter Sand darüber gestreut, so daß nur noch vereinzelt Köpfe und Arme herausragten. – Ich sah an einer solchen Stelle Juden in den Gräbern auf den Leichen herumklettern und arbeiten. Man sagte mir, daß versehentlich die tot Angekommenen eines Transportes nicht entkleidet worden seien. Dies müsse natürlich wegen der Spinnstoffe und Wertesachen, die sie sonst mit ins Grab nähmen, nachgeholt werden. – Weder in Belzec noch in Treblinka hat man sich irgendeine Mühe gegeben, die Getöteten zu registrieren oder zu zählen. Die Zahlen waren nur Schätzungen nach dem Waggoninhalt⁴⁹. . . – Der Hauptmann Wirth bat mich, in Berlin keine Änderungen seiner Anlagen vorzuschlagen und alles so zu lassen, wie es wäre und sich bestens eingespielt und bewährt habe. – Die Blausäure habe ich unter meiner Aufsicht vergraben lassen, da sie angeblich in Zersetzung geraten sei. –

Am anderen Tage – dem 19. August 1942 – fuhren wir mit dem Auto des Hauptmanns Wirth nach Treblinka, 120 Kilometer NNO von Warschau. Die Einrichtung war etwa dieselbe, nur viel größer als in Belzec. 8 Gaskammern und wahre Gebirge von Koffern, Textilien und Wäsche. Zu unseren Ehren wurde im Gemeinschaftssaal im typisch Himmmlerschen altdeutschen Stil ein Bankett gegeben. Das Essen war einfach, aber es stand alles in jeder Menge zur Verfügung. Himmler hatte selbst angeordnet, daß die Männer dieser Kommandos soviel Fleisch, Butter und sonstiges erhielten, insbesondere Alkohol, wie sie wollten^{49a}.

Wir fuhren dann mit dem Auto nach Warschau. Dort traf ich, als ich vergeblich ein Schlafwagenbett zu erhalten versuchte, im Zuge den Sekretär der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin, Baron von Otter⁵⁰. Ich habe noch unter dem frischen Eindruck der entsetzlichen Erlebnisse diesem alles erzählt mit der Bitte, dies seiner Regierung und den Alliierten sofort zu berichten, da jeder Tag Verzögerung weiteren Tausenden und Zehntausenden das Leben kosten müsse. Er bat mich um eine Referenz, als welche ich ihm Herrn Generalsuperintendenten D. Otto Dibelius, Berlin, Brüderweg 2, Lichterfelde-West – angab, einen vertrauten Freund des Pfarrers Martin Niemöller und Mitglied der kirchlichen Widerstandsbewegung gegen den Nazismus. Ich traf dann Herrn von Otter noch zweimal in der Schwedischen Gesandtschaft. Er hatte inzwischen nach Stockholm berichtet und teilte mir mit, daß dieser Bericht erheblichen Einfluß auf die schwedisch-deutschen Beziehungen gehabt habe. Ich versuchte in gleicher Sache dem Päpstlichen Nuntius in Berlin Bericht zu erstatten. Dort wurde ich gefragt, ob ich Soldat sei. Daraufhin wurde jede weitere Unterhaltung mit mir abgelehnt, und ich wurde zum Verlassen der Botschaft Seiner Heiligkeit aufgefordert. Beim Verlassen der Päpstlichen Botschaft wurde ich von einem Polizisten mit dem Rade verfolgt, der kurz an mir vorbeifuhr, abstieg, mich dann aber völlig unbe-

⁴⁸ Das Folgende ist klarer als im französischen Text.

⁴⁹ Hier folgt im französischen Text die in den Vorbemerkungen erwähnte eigene Schätzung von G. – Im deutschen Text folgen einige Sätze über das Aussieben der „biologisch Wertlosen“ (Kategorie III) in polnischen Dörfern durch SS-Kommissionen. Sie sind fortgelassen als offenbar nicht zum Augenzeugenbericht gehörig.

^{49a} Hier folgen einige Sätze mit rein persönlichen Notizen.

⁵⁰ Zum Folgenden vgl. Vorbemerkungen u. Anm. 10.

greiflicherweise laufen ließ. Ich habe dann alles dies Hunderten von Persönlichkeiten berichtet, u. a. dem Syndikus des katholischen Bischofs von Berlin, Herrn Dr. Winter, mit der ausdrücklichen Bitte um Weitergabe an den päpstlichen Stuhl. – Ich muß noch hinzufügen, daß der SS-Sturmbannführer Günther vom Reichssicherheitshauptamt – ich glaube, er ist der Sohn des Rassen-Günthers^{50a} – Anfang 1944 nochmals sehr große Mengen Blausäure von mir verlangte für einen sehr dunklen Zweck. Er zeigte mir in der Kurfürstenstraße in Berlin einen Schuppen, in dem er die Blausäure zu lagern gedachte. Ich erklärte ihm darauf, daß ich dafür ausgeschlossenerweise (!) die Verantwortung übernehmen könne. Es handelte sich um mehrere Waggons, genug, um viele Millionen Menschen damit umzubringen. Er sagte mir, daß er selbst noch nicht wisse, ob das Gift gebraucht würde, wann, für wen, auf welche Weise usw. Aber es müsse ständig verfügbar gehalten werden. Ich habe später oft an die Worte von Goebbels⁵¹ denken müssen. Ich kann mir denken, daß sie einen großen Teil des deutschen Volkes töten wollten, sicher einschließlich der Pfarrerschaft oder der mißliebigen Offiziere. Das sollte in einer Art Lesesälen oder Klubräumen geschehen, soviel entnahm ich den Fragen der technischen Durchführung, die Günther an mich richtete. Es kann auch sein, daß er die Fremdarbeiter umbringen sollte oder Kriegsgefangene – ich weiß es nicht. Auf jeden Fall richtete ich es so ein, daß die Blausäure sofort nach ihrer Ankunft in den beiden Konzentrationslagern Oranienburg und Auschwitz für irgendwelche Zwecke der Desinfektion verschwand. Das war etwas gefährlich für mich, aber ich hätte einfach sagen können, daß das Gift sich bereits in einer gefährlichen Zersetzung befunden habe. Ich bin sicher, daß Günther das Gift beschaffen wollte, um Millionen Menschen eventuell umzubringen. Es reichte für etwa 8 Millionen Menschen, 8500 Kilogramm. Über 2175 Kilogramm habe ich die Rechnungen eingereicht. Die Rechnungen ließ ich stets auf meinen Namen ausstellen, angeblich wegen der Diskretion, in Wahrheit, um in meiner Verfügung freier zu sein und um das Gift verschwinden lassen zu können. Vor allem vermied ich es, durch Vorlage von Rechnungen die Sache immer wieder in Erinnerung zu bringen, sondern ließ die Rechnungen lieber völlig unbezahlt, unter Vertröstung der Firma⁵². . . .

Ich habe es im übrigen vermieden, allzu oft in Konzentrationslagern zu erscheinen, denn es war manchmal üblich, zu Ehren der Besucher Leute aufzuhängen oder Exekutionen vorzunehmen⁵³.

Alle meine Angaben sind wörtlich wahr. Ich bin mir der außerordentlichen Tragweite dieser meiner Aufzeichnungen vor Gott und der gesamten Menschheit voll bewußt und nehme es auf meinen Eid, daß nichts von allem was ich registriert habe, erdichtet oder erfunden ist, sondern alles sich genau so verhält⁵⁴. . . .

^{50a} Nach Auskunft des „Document Center“ ist diese Vermutung unzutreffend.

⁵¹ Im französischen Text: „vom Zuschlagen der Tür“.

⁵² Es folgen hier Angaben des Direktors der Degesch über den beabsichtigten Gebrauch von Blausäure auch in Theresienstadt sowie sichtlich nicht selbst beobachtete Einzelheiten über die „scheußlichsten Konzentrationslager“ (Auschwitz und Mauthausen), über die medizinischen Experimente und das Verschwinden der Homosexuellen in Oranienburg.

⁵³ Gerstein läßt hier Einzelheiten folgen, die ihm berichtet worden sind, und spricht im Anschluß daran von 2 „Antinazis“ in seiner Dienststelle. Im französischen Text ist nur einer von ihnen erwähnt. Die „Ergänzungen“ (s.o. Anm. 5) bringen 6 solcher Namen.

⁵⁴ Es folgen Referenzen, zum Teil identisch mit denen im französischen Text, aber weniger zahlreich. Es fehlen einige der Antinazis, die in seiner Wohnung verkehrt haben sollen. So etwa die beiden holländischen Deportierten Nieuwenhuiszen und sein Freund Hendrik, die, wie es in PS-1553 heißt, „seit langem zwei- oder dreimal wöchentlich meine Gäste waren, um zu essen und Radio zu hören“ . . . (Dazu liegt ein Brief der beiden Holländer — Eindhoven 15. Okt. 46 — vor.) — Die Angaben über den Verkehr in seiner Wohnung (Herbst 44)

werden von Dr. Ehlers weitgehend bestätigt, der (a. a. O.) u. a. schreibt: „... Er hatte eine Haushälterin, die jahrelang bei einer jüdischen Familie gearbeitet hatte, von der SS zu entwürdigenden Säuberungsarbeiten im SS-Hauptamt verpflichtet und von Gerstein für seine Privatwirtschaft in Anspruch genommen worden war. Diese ältere Frau haßte die Nationalsozialisten noch glühender als Gerstein, so daß der Ton in dieser Wohnung außergewöhnlich radikal war. Im übrigen war Gerstein, wie immer, außerordentlich unvorsichtig. Der englische Sender wurde ständig abgehört und brüllte in ziemlicher Lautstärke durch die Wohnung. Offenbar nahmen die Mitbewohner des Hauses, die das zweifellos hörten, an, daß ein SS-Führer berechtigt sei, diese Sender in dienstlicher Eigenschaft abzuhören...“

Notizen

ÜBERSICHT ÜBER DEUTSCHE INSTITUTE AUF DEM GEBIET ZEITGESCHICHTLICHER FORSCHUNG

FORSCHUNGSSTELLE DES INSTITUTS FÜR VÖLKERRECHT AN DER UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Göttingen, Prinzenstr. 21. Direktor: Professor Dr. Herbert Kraus. – Gegründet 1947. – Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Völkerstrafrecht, Kriegsliquidationen, Verträge, internationale Organisationen. Besitzt eine fast vollständige Sammlung der Nürnberger Akten sowie sehr umfangreiche Materialien in- und ausländischer Prozesse wegen Kriegsverbrechen. – Die zeitgeschichtliche Abteilung (Dr. Seraphim) hat die Erschließung der Nürnberger Akten in Form von Indices zu den Protokollen und von Regesten der etwa 60000 Dokumente übernommen.

Veröffentlichungen des Instituts: „Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen“ (erschienen Bd. 1–6); „Indices zu den 12 US-Militärgerichtsprozessen“ (bisher erschienen Bd. 1 und 2); „Die Rechtsprechung der Nürnberger Militärtribunale“, 1952 (Verfasser: Dr. Heinze und Dr. Schilling).

FORSCHUNGSSTELLE FÜR DIE GESCHICHTE HAMBURGS VON 1933 bis 1945

Die Forschungsstelle (Hamburg 36, ABC-Straße 41) ist im August 1949 vom Hamburger Senat eingerichtet worden. Leiter ist Dr. H. Heffter, Dozent für neuere Geschichte an der Universität Hamburg; weitere ständige wissenschaftliche Mitarbeiter sind Dr. H. Haßbargen und Dr. H.

Schottelius. Der Forschungsstelle steht ein Beirat zur Seite, in dem die Universität durch die beiden ordentl. Professoren für neuere Geschichte und das Hamburgische Staatsarchiv vertreten sind. Verwaltungsmäßig ist die Forschungsstelle der Hamburger Schulbehörde (Kultusministerium) angegliedert.

Ihre wissenschaftliche Arbeit fügt sich unter dem stadt- und zugleich landesgeschichtlichen Gesichtspunkt der Hansestadt Hamburg in die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung ein. Dieser besondere Gesichtspunkt gründet sich vor allem darauf, daß Hamburg auch in der Hitlerzeit trotz aller zentralistischen „Gleichschaltung“ tatsächlich viel von der überlieferten politischen Eigenart behauptet und außerdem das Außenhandelsinteresse des Welthafens gegen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik verteidigt hat.

Die Sammlung und Sichtung des Quellenmaterials ist die nächste Aufgabe der Forschungsstelle. Die vorhandenen amtlichen Akten sind ein sehr lückenhaftes Material; um ihre Lücken auszufüllen, bemüht sich die Forschungsstelle um die zum Teil sehr reichen privaten Quellen (Tagebücher, Briefe u. ä.), um die Aussagen der Zeitgenossen aller Richtungen und um das ins Ausland verbrachte Material. Ein besonderes Anliegen der Forschungsstelle ist es dabei, zeitgeschichtliche Memoiren anzuregen und zu fördern.

werden von Dr. Ehlers weitgehend bestätigt, der (a. a. O.) u. a. schreibt: „... Er hatte eine Haushälterin, die jahrelang bei einer jüdischen Familie gearbeitet hatte, von der SS zu entwürdigenden Säuberungsarbeiten im SS-Hauptamt verpflichtet und von Gerstein für seine Privatwirtschaft in Anspruch genommen worden war. Diese ältere Frau haßte die Nationalsozialisten noch glühender als Gerstein, so daß der Ton in dieser Wohnung außergewöhnlich radikal war. Im übrigen war Gerstein, wie immer, außerordentlich unvorsichtig. Der englische Sender wurde ständig abgehört und brüllte in ziemlicher Lautstärke durch die Wohnung. Offenbar nahmen die Mitbewohner des Hauses, die das zweifellos hörten, an, daß ein SS-Führer berechtigt sei, diese Sender in dienstlicher Eigenschaft abzuhören...“

Notizen

ÜBERSICHT ÜBER DEUTSCHE INSTITUTE AUF DEM GEBIET ZEITGESCHICHTLICHER FORSCHUNG

FORSCHUNGSSTELLE DES INSTITUTS FÜR VÖLKERRECHT AN DER UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Göttingen, Prinzenstr. 21. Direktor: Professor Dr. Herbert Kraus. – Gegründet 1947. – Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Völkerstrafrecht, Kriegsliquidationen, Verträge, internationale Organisationen. Besitzt eine fast vollständige Sammlung der Nürnberger Akten sowie sehr umfangreiche Materialien in- und ausländischer Prozesse wegen Kriegsverbrechen. – Die zeitgeschichtliche Abteilung (Dr. Seraphim) hat die Erschließung der Nürnberger Akten in Form von Indices zu den Protokollen und von Regesten der etwa 60000 Dokumente übernommen.

Veröffentlichungen des Instituts: „Göttinger Beiträge für Gegenwartsfragen“ (erschienen Bd. 1–6); „Indices zu den 12 US-Militärgerichtsprozessen“ (bisher erschienen Bd. 1 und 2); „Die Rechtsprechung der Nürnberger Militärtribunale“, 1952 (Verfasser: Dr. Heinze und Dr. Schilling).

FORSCHUNGSSTELLE FÜR DIE GESCHICHTE HAMBURGS VON 1933 bis 1945

Die Forschungsstelle (Hamburg 36, ABC-Straße 41) ist im August 1949 vom Hamburger Senat eingerichtet worden. Leiter ist Dr. H. Heffter, Dozent für neuere Geschichte an der Universität Hamburg; weitere ständige wissenschaftliche Mitarbeiter sind Dr. H. Haßbargen und Dr. H.

Schottelius. Der Forschungsstelle steht ein Beirat zur Seite, in dem die Universität durch die beiden ordentl. Professoren für neuere Geschichte und das Hamburgische Staatsarchiv vertreten sind. Verwaltungsmäßig ist die Forschungsstelle der Hamburger Schulbehörde (Kultusministerium) angegliedert.

Ihre wissenschaftliche Arbeit fügt sich unter dem stadt- und zugleich landesgeschichtlichen Gesichtspunkt der Hansestadt Hamburg in die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung ein. Dieser besondere Gesichtspunkt gründet sich vor allem darauf, daß Hamburg auch in der Hitlerzeit trotz aller zentralistischen „Gleichschaltung“ tatsächlich viel von der überlieferten politischen Eigenart behauptet und außerdem das Außenhandelsinteresse des Welthafens gegen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik verteidigt hat.

Die Sammlung und Sichtung des Quellenmaterials ist die nächste Aufgabe der Forschungsstelle. Die vorhandenen amtlichen Akten sind ein sehr lückenhaftes Material; um ihre Lücken auszufüllen, bemüht sich die Forschungsstelle um die zum Teil sehr reichen privaten Quellen (Tagebücher, Briefe u. ä.), um die Aussagen der Zeitgenossen aller Richtungen und um das ins Ausland verbrachte Material. Ein besonderes Anliegen der Forschungsstelle ist es dabei, zeitgeschichtliche Memoiren anzuregen und zu fördern.

KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

Die Aufgabe der vom Bundesminister des Innern berufenen Kommission ist die Erforschung der politischen Parteien und der Parlamente in Deutschland vornehmlich in der Zeit von 1848 bis 1933. Mitglieder der Kommission sind: Prof. Dr. W. Abendroth, Prof. Dr. L. Bergsträßer, Prof. Dr. M. Braubach, Prof. Dr. Conze, Prof. Dr. Th. Eschenburg, Prof. Dr. F. Fischer, Prof. Dr. A. Herrmann (Vorsitzender), Prof. Dr. Th. Schieder (stellv. Vorsitzender), Prof. Dr. Spindler.

Zur Durchführung ihrer organisatorischen und wissenschaftlich-technischen Aufgaben unterhält die Kommission in Bonn eine Geschäftsstelle unter Leitung von Dr. A. Milatz (In der Sürst 1). Geplant ist die Veröffentlichung von Dissertationen zur deutschen Partei- und Parlamentsgeschichte sowie die Vergebung von Forschungsaufträgen, deren erste Ergebnisse 1954 vorgelegt werden sollen. Die Geschäftsstelle bearbeitet als karteimäßige Hilfsmittel 1. ein biographisch-bibliographisches Verzeichnis aller deutschen Parlamentarier von 1867 bis 1933, 2. ein Standortverzeichnis des politischen Zeitungsmaterials und 3. ein Verzeichnis einschlägiger Archivbestände, insbesondere zur Parteigeschichte.

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE MÜNCHEN

Das Institut wurde am 7. Oktober 1947 durch ein Staatsabkommen der Länder der amerikanischen Zone in Stuttgart gegründet und erhielt die Aufgabe der Erforschung der nationalsozialistischen Zeit. Infolge finanzieller und sachlicher Schwierigkeiten vor und nach der Währungsreform konnte die Arbeit erst aufgenommen werden, nachdem im September 1950 eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und dem Lande Bayern zustande kam, das bis dahin eine vorläufige Finanzierung des Instituts ermöglicht hatte. Am 8. September erhielt das Institut seine Satzung; am 11. Septem-

ber konstituierten sich Kuratorium und wissenschaftlicher Beirat.

Dem Kuratorium, das den Haushaltsplan feststellt und über die Verwendung der dem Institut von Bund und Ländern zufließenden Mittel beschließt, gehören zwei Vertreter des Bundes (Staatssekretär a. D. Dr. Wende, geschäftsführendes Mitglied, und Staatssekretär Dr. Strauß) und je ein Vertreter der beteiligten Länder an: Für Bayern Ministerialrat von Elmenau, für Baden-Württemberg Staatsrat Professor Dr. Eschenburg, für Hessen Ministerialrat Dr. Dr. Kühn.

Der Beirat gibt mit Zustimmung des Kuratoriums Richtlinien für die wissenschaftliche Arbeit. Ihm gehören als Ehrenmitglieder Bundespräsident Prof. Dr. Heuß und Geheimrat Prof. Dr. Meinecke an. Vorsitzender ist Prof. Dr. L. Bergsträßer MdB; ordentliche Mitglieder sind Rechtsanwalt Hellmut Becker, Prof. Dr. L. Brill MdB, Prof. Dr. H. Dehio, Prof. Dr. C. von Dietze, Prof. Dr. F. Hartung, Prof. Dr. E. Kaufmann, Prof. Dr. E. Kogon, Prof. Dr. Th. Litt, Prof. Dr. G. Ritter, Prof. Dr. H. Rothfels, Prof. Dr. F. Schnabel, Dr. H. Speidel, Staatsarchivdirektor Dr. B. Vollmer, Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns Dr. W. Winkler.

Das Institut wird von einem Generalsekretär geleitet und gliedert sich gegenwärtig in folgende Abteilungen: Bibliothek, Archiv, Abteilung für Dokumentation, Historisch-Politische Abteilung, Wehrgeschichtliche Abteilung. Nach dem Tod des Generalsekretärs Dr. Hermann Mau am 25. Oktober 1952 wurde Dr. Helmut Krausnick von Kuratorium und Beirat am 7. November vorläufig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Instituts beauftragt.

Das Institut verfügt über Planstellen für 5 wissenschaftliche Mitarbeiter (einschließlich des Generalsekretärs), 3 Kräfte des mittleren Dienstes und 4 Schreibkräfte. Es ist satzungsgemäß gehalten, Dokumente, Berichte, Aussagen und andere Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus zu sammeln und zugleich als

Zentralnachweisstelle tätig zu werden. Es soll darüber hinaus dieses Material wissenschaftlich wie allgemeinverständlich auswerten und schließlich auch fremde wissenschaftliche Darstellungen vorbereiten und unterstützen.

Die Bibliothek des Instituts ist mit einem derzeitigen Bestand von etwa 20 000 Bänden die größte deutsche Spezialbibliothek zur Geschichte des Nationalsozialismus. Neben dem alphabetischen Katalog, der auch Nachweise in der Bibliothek nicht vorhandener nationalsozialistischer Literatur enthält, steht ein systematischer Katalog zur Verfügung. Die zeitgeschichtliche Forschung außerhalb Münchens wird durch Titelmeldungen an verwandte Institute des In- und Auslandes sowie durch Aufnahme des auswärtigen Leihverkehrs gefördert. Ein bibliographischer Apparat zur nationalsozialistischen Zeit und ihrer Vorgeschichte wird aufgebaut und dient als Grundlage für die bibliographischen Vorhaben des Instituts.

Das Archiv des Instituts sammelt im Einvernehmen mit dem Bundesarchiv und den Staatsarchiven der Länder Quellen zur Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus. In einer umfangreichen Sammlung von Protokollen werden die Ergebnisse systematischer Befragungen von überlebenden Zeugen festgehalten. Das Archiv sammelt alle Nachrichten über das Schicksal der Akten und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Zeit (deren wichtigste Bestandteile der deutschen For-

schung bekanntlich bisher nicht zugänglich sind) in einer ständig ergänzten Dokumentenkartei. Es verfügt über einen umfassenden Bestand an Akten zu den Nürnberger Prozessen und fördert deren wissenschaftliche Erschließung. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Auswertung geschichtlich wichtiger Spruchkammer- und Gerichtsakten. Besonderes Augenmerk wird der Erwerbung von Mikrofilmen der noch im Ausland befindlichen deutschen Dokumente gewidmet. Als allgemeine Hilfsmittel für die zeitgeschichtliche Forschung werden eine biographische Personalkartei und ein Pressearchiv geführt.

Das Institut wird häufig für Auskünfte und Gutachten in Anspruch genommen und vermittelt für Wissenschaft und Publizistik Anregungen und Unterstützung. Ein kleiner Kreis ständiger Mitarbeiter ist auf Grund von Sacherfahrung und Vertrautheit mit dem Stoff und seinen Problemen in der Lage, die dringend nötige Vorverarbeitung der Quellen unter Erfassung des Wesentlichen zu leisten. Mit der Beteiligung an der vorliegenden Zeitschrift wünscht das Institut seinen Wirkungskreis zu erweitern und den Anschluß an die internationale Forschung zu sichern.

BERICHTIGUNG

Die Amtsbezeichnung des auf S. 75 des ersten Heftes genannten Dr. Grütznert ist nicht Ministerialrat, sondern Oberregierungsrat.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Staatsrat Dr. Theodor Eschenburg, Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen, Nauklerstr. 47

Dr. Hermann Mau (Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte München), † 25. Oktober 1952

Dr. Andreas Predöhl, Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Kiel, Eichendorffstr. 42

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an den Universitäten Chicago und Tübingen, Tübingen, Wildermuthstraße 10

Dr. Heinrich Stuebel, Dipl.-Volkswirt, Hage (Ostfriesland)

Dr. Thilo Vogelsang, Bibliothekar des Instituts für Zeitgeschichte München, Reitmorstr. 29